

# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 17



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 22. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 22. 10. 1991

## WORT UND WIDERWORT

### Soll die Politik auf die Technikentwicklung Einfluß nehmen?

Auf Antrag der SPD-Fraktion sei der Ausschuß „Mensch und Technik“ eingerichtet worden. Er solle dazu beitragen, die Politik in schwierigen Fragen der Technikbewertung zu unterstützen. Hier habe die Landespolitik eine einmalige Chance, wichtige Technik- und damit Zukunftsfragen zu beraten. Leitsatz der SPD sei: Ein klares Ja zur Freiheit von Technik und Wissenschaft — aber auch ein ebenso klares Ja zur demokratischen Kontrolle bei ihrer Anwendung. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Helmut Hellwig**. Der CDU-Abgeordnete **Lothar Hegemann** unterstreicht, dem Ausschuß „Mensch und Technik“ falle die Aufgabe zu, Problembereiche der Technikentwicklung zu identifizieren und Zielvorgaben zu erarbeiten. Als wichtige Technikfelder, die der parlamentarischen Begleitung dringend bedürften, sehe die CDU-Landtagsfraktion die Energie-, Umwelt- und Verkehrstechnologie sowie das Feld der zukunftsorientierten und innovativen Technikentwicklungen. Der F.D.P.-Abgeordnete **Dr. Horst-Ludwig Riemer** betont, unabhängig davon, ob eine neu entwickelte Technik ihre Ursache in freier wissenschaftlicher Forschung oder in der Initiierung durch die Politik habe, bleibe den Politikern die Pflicht der Technikfolgenabschätzung. Diesem subjektiven Prozeß liege eine bestimmte Werterhaltung zugrunde. Politik solle also nicht nur, sie müsse auf die Technikentwicklung durch Rahmenbedingungen Einfluß nehmen. Die GRÜNEN-Abgeordnete **Dr. Katrin Grüber** stellt fest, die Entscheidung über die Einführung oder Anwendung von Techniken dürfe nicht länger Industrie und Wirtschaft überlassen bleiben, sondern müsse im Rahmen eines gesellschaftlichen Entscheidungsprozesses gefunden werden. Notwendige Wegbereiterin für diesen Prozeß sei aus Sicht der Grünen die Technologie-Folgenabschätzung. Sie ermögliche das Aufzeigen der jeweiligen Interessen und entscheidungsfähiger Alternativen. (Seite 2)

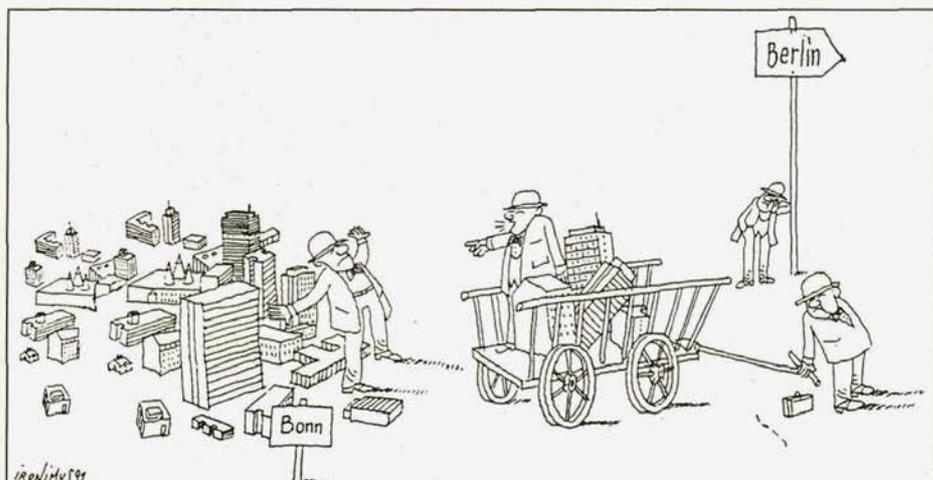
### Rau am 27. September über Krupp-Pläne informiert

## Hoffnung auf einvernehmliches Konzept

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat am 27. September um 15.30 Uhr erstmals erfahren, welche gemeinsamen Überlegungen beim Krupp-Konzern bestehen und mit dem Vorstand der Hoesch AG erörtert werden. Das teilte Rau am Donnerstag, 17. Oktober, vor dem Hauptausschuß des Landtags unter Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) mit.

Nach Angaben des Ministerpräsidenten hatte ihn der Krupp-Aufsichtsratsvorsitzende, Berthold Beitz, am 26. September angerufen, ob er in den nächsten Tagen den Vorstandsvorsitzenden der Fried. Krupp GmbH, Cromme, zu einem Gespräch empfangen könne. Cromme wolle wichtige Informationen des Vorstands weitergeben. Rau sollte nach eigenen Worten nicht durch eine Indiskretion davon erfahren. Der Regierungschef betonte ferner, er habe vor dem Zusammentreffen mit Cromme am 27. September kein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der WestLB, Friedel Neuber, geführt. Es sei auch nicht Sache der Landesregierung, die operativen Geschäfte der WestLB zu begleiten.

Nach dem 27. September habe er dann Kontakte mit Neuber aufgenommen. Er wies darauf hin, die Erklärung der WestLB, ihren Hoesch-Aktienbesitz von 12 v. H. nicht vor Fortsetzung Seite 22



Der Umzug

Zeichnung: Ironimus (Süddeutsche Zeitung)

## Die Woche im Landtag

### Haushaltskontrolle

In Kiel hat sich der Haushaltskontrollausschuß über die schleswig-holsteinische Praxis der Etatüberwachung informiert. (Seite 3)

### Hilfsleistungen

Deutsche Hilfsleistungen sollten nach Regierungsangaben im Hauptausschuß nicht nur auf die neuen Bundesländer konzentriert werden, sondern auch Osteuropa zugute kommen. (Seite 4)

### Magna Charta

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat den Rundfunkstaatsvertrag als Magna Charta für das duale Rundfunksystem im vereinten Deutschland bezeichnet. (Seite 5)

### Länderparlamente

Die Länderparlamente müssen bei der Reform des Grundgesetzes zu einer neuen Verfassung gleichberechtigt beteiligt werden. (Seite 13)

### Energiepolitik

Über eine künftige umweltschonende Energiepolitik informierte sich der Wirtschaftsausschuß in einer Anhörung von Energie-Experten. (Seite 17)

### Erklärungsbedarf

Hohen Erklärungsbedarf für die Bonner Politik meldeten Landtagsabgeordnete aus Sachsen bei einer Parlamentarismus-Tagung in Dresden an. (Seite 24)

## WORT UND WIDERWORT

# Technikfelder bedürfen parlamentarischer Begleitung

Von  
Helmut Hellwig

Man stelle sich vor: Große Bereiche der Zukunftstechnologien wären einer Pflicht zum privaten Versicherungsschutz unterworfen. Man stelle sich vor: Diejenigen Techniker, die der Gentechnik, der Reaktortechnologie oder der Chemie ständig und überall ein Nullrisiko bescheinigen, müßten sich an einen Tisch setzen mit den Versicherungsexperten, die sich dieses Riesengeschäft mit dem vermeintlichen Nullrisiko offenbar aus guten Gründen entgegen lassen.

Der fehlende Versicherungsschutz für große Bereiche der Zukunftsindustrien ist eine Warnblinkanlage für Unkontrollierbarkeit. Wir leben in einer Zeit immer größerer Chancen, aber auch immer größerer Risiken durch Technikentwicklungen. Die nach wie vor bestehenden Technikängste und Techniksepsis – vor allem im Hinblick auf die Umweltrisiken von Technologien – bestätigen

Von  
Lothar Hegemann

Seit dem Altertum hat Politik Einfluß auf die Technikentwicklung genommen. Technik wurde politisch immer begleitet und gesteuert. Dies ist auch heute noch der Fall, jedoch stellt sich die Frage, ob alle Technikfelder in einer sich explosiv entwickelnden Techniklandschaft politisch begleitet werden und ob die Technikentwicklungen keine negativen Folgen nach sich ziehen.

Hilfe soll hier die Technikfolgenabschätzung (TA) anbieten. Sie soll der Vorbereitung der wesentlichen forschungs- und technologie-politischen Entscheidungen dienen. Die TA soll für eine breite und solide Informationsbasis Sorge tragen. Entscheidend für den Beratungswert einer Technikfolgenabschätzung ist jedoch, daß sie so ausgelegt ist, daß sie die Technikentwicklung aus einem umfassenden Ansatz heraus

Von  
Dr. Horst-Ludwig Riemer

Politik nimmt nicht direkt, sondern nur indirekt Einfluß auf die Technikentwicklung. Sie muß Rahmenbedingungen schaffen, die es der Gesellschaft ermöglichen, die Entwicklung der Technik zu beeinflussen. Die politische Entscheidung, etwa Forschungsprojekte zu finanzieren, ist immer abhängig auch von den politischen Zielvorstellungen. Liberale Forschungs- und Technologiepolitik heißt jedoch nicht Reduzierung dieser Politik auf die Verausgabung von Steuermitteln. Ziel und Maßstab dieser Politik ist die Erhaltung, Sicherung und Gewinnung dauerhafter guter Lebensbedingungen. Zur Erreichung dieses Ziels muß Politik indirekt Einfluß auf die Technikentwicklung nehmen. Sie muß aber aus liberaler Sicht den Wissenschaftlern ein freies, schöpferisches und unabhängiges Arbeiten gewährleisten, beruhend auf den ethischen Prinzipien der Humanität. Unabhängig davon, ob eine neu entwickelte Technik ihre Ursache in freier, wissenschaftlicher Forschung oder in der Initiierung durch die Politik hat, bleibt den Politikern die Pflicht der Technikfolgenabschätzung. Diesem subjektiven Prozeß liegt eine bestimmte Werterhaltung zugrunde.

Von  
Dr. Katrin Grüber

Angesichts der ökologischen und sozialen Probleme, die im Verlauf der Technikentwicklung eingetreten sind, setzt sich zunehmend die Einsicht durch, daß Technikentwicklung kein wertneutraler Prozeß ist, sondern Resultat unterschiedlicher Interessen. Sinn und Unsinn, Chancen und Risiken, können nur vor dem Hintergrund der beabsichtigten oder ungewollten Folgen bewertet werden.

Die Entscheidung über die Einführung oder Anwendung von Techniken darf nicht länger Industrie und Wirtschaft überlassen bleiben, sondern muß im Rahmen eines gesellschaftlichen Entscheidungsprozesses gefunden werden. Notwendige Wegbereiterin für diesen Prozeß ist aus Sicht der Grünen die Technologie-Folgenabschätzung. Sie ermöglicht das Aufzeigen der jeweiligen Interessen und von entscheidungsfähigen Alternativen. Technologie-Folgenabschätzung macht aber nur Sinn, wenn sie der Einführung von Technologien vorge-

### SPD: Ja zur Technik – Aber: Demokratische Kontrolle

dies. Deshalb wird Technikfolgenabschätzung und Technikbewertung auch in der Landespolitik immer wichtiger.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde deshalb der Ausschuß „Mensch und Technik“ im Landtag eingerichtet. Er soll sich mit der Bewertung und Abschätzung von Technikfolgen befassen. Er soll dazu beitragen, die Politik in schwierigen Fragen der Technikbewertung zu unterstützen. Hier hat die Landespolitik eine einmalige Chance, abseits des Tagesgeschäftes, abseits der Gesetzgebungs- und Haushaltsmaschinerie ressortübergreifend wichtige Technik- und damit Zukunftsfragen zu beraten.

Wohlgemerkt: Wir sehen in der Technikfolgenabschätzung keine Technikverhinderung, sondern vielmehr Technikanpassung und sozial- und umweltverträgliche Technikförderung. Unser Leitsatz hierbei ist: Ein klares Ja zur Freiheit von Technik und Wissenschaft – aber auch ein ebenso klares Ja zur demokratischen Kontrolle bei ihrer Anwendung!

### CDU: Zielvorgaben für Technikentwicklung erarbeiten

betrachtet. Das heißt, daß der Schwerpunkt in der Arbeit mit der Technikfolgenabschätzung nicht alleine auf der Umwelt- oder der Sozialverträglichkeitsprüfung liegen darf.

Dem Ausschuß „Mensch und Technik“ fällt die Aufgabe zu, Problembereiche der Technikentwicklung zu identifizieren und Zielvorgaben für die Entwicklung und Gestaltung dieser Problembereiche zu erarbeiten. Hierbei ist der Entscheidungs- und Handlungsbedarf des Parlaments besonders zu berücksichtigen. Vorgabe hierfür muß die Art und Bedeutung, die Zuständigkeit des Landesparlamentes und die Zeitdringlichkeit des Themenfeldes sein. Als wichtige Technikfelder, die der parlamentarischen Begleitung in NRW dringend bedürfen, sieht die CDU-Landtagsfraktion die Energie-, Umwelt- und Verkehrstechnologie sowie das Feld der zukunftsorientierten und innovativen Technikentwicklungen.

### F.D.P.: Wissenschaftlern freies Arbeiten gewähren

Eine vergleichsweise positive Rolle haben Technikfolgenabschätzungen in der Arbeit der Enquet-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnik“ spielen können. Hier ist es ganz offensichtlich gelungen, das weite Feld möglicher unproduktiver Konflikte zwischen den Parteien über technische Auswirkungen durch eine umfassende und glaubwürdige, wissenschaftlich aufbereitete Faktendarstellung weitgehend auf wirklich unterschiedliche politische Bewertungen zu reduzieren. Dies ist gewiß als Erfolg für das Instrument zu betrachten.

Durch die Fragestellung wird auch deutlich, daß es kaum darum gehen kann, Technik für sich alleine zu bewerten. Der Prozeß muß, wenn er eine brauchbare Grundlage für Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse liefern soll, neben der reinen Technik immer auch zugleich die organisatorischen und strukturellen Zusammenhänge, in denen die jeweilige Technik Anwendung finden soll, mit in Betracht ziehen.

Fazit: Politik soll also nicht nur, sie muß auf die Technikentwicklung durch Rahmenbedingungen Einfluß nehmen. Der politische Gestaltungswille und der Mut zu zukunftsweisenden Entscheidungen kann auch durch eine noch so perfekte Technikfolgenabschätzung nicht ersetzt werden.

### GRÜNE: Technikentwicklung kein wertneutraler Prozeß

schaltet ist. Dabei ist es nicht Ziel der Grünen, sich grundsätzlich von der technischen Entwicklung abzukoppeln, sondern die Dynamik und Richtung des Technisierungsprozesses zu verändern. Soziale und ökologische Belange müssen künftig primäre Bezugsgrößen der technischen Entwicklung sein.

Die Einrichtung des Ausschusses „Mensch und Technik“ innerhalb des Landtages ist deshalb ein positiver Schritt. Als querschnittsorientierte Einrichtung erleichtert er die Gestaltungs- und Kontrollaufgaben der Abgeordneten und stärkt das Parlament gegenüber der Regierung. Er hat drei wesentliche Aufgaben:

1. Schaffung einer besseren Informationsgrundlage für die Abgeordneten und Erarbeitung von Entscheidungsalternativen;
2. Organisation eines parlamentarischen Diskussionsprozesses, der öffentlich mit Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern, Akteuren und Betroffenen geführt werden muß;
3. Unterstützung und Initiierung einer gesellschaftlichen Diskussion über Einführung und Nutzung von Technologien.

## Haushaltskontrolle à la Schleswig-Holstein: Mit zusätzlichen Instrumenten und weitgehend im parteipolitischen Konsens

Unterschiedliche Vorgehensweisen und Kompetenzen bei Haushaltskontrolle und Rechnungsprüfung durch das Parlament und durch den Landesrechnungshof (LRH) standen im Mittelpunkt einer mehrtägigen Informationsreise, die Mitglieder des Ausschusses für Haushaltskontrolle des nordrhein-westfälischen Landtags unter Leitung des Vorsitzenden Walter Neuhaus (CDU), Vertreter des Finanzministeriums und die Spitze des Landesrechnungshofs NRW in die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt Kiel führte. Dort hatte man, als positive Folge der Barschel-Affäre, eine Parlamentsreform vorangetrieben und im vergangenen Jahr die Verfassung geändert. Oberstes Ziel war dabei, die Rechte des Parlaments und der Abgeordneten gegenüber der Regierung zu stärken. Im Zuge dieser Reform wurde auch die Haushaltskontrolle durch das Parlament intensiviert und dem schleswig-holsteinischen LRH mehr Kompetenz zugewiesen. Die Arbeit ist noch nicht abgeschlossen. Zwar gibt es seit dem 2. Januar 1991 ein neues Gesetz über den LRH; die beabsichtigte neue Landeshaushaltsordnung (LHO) befindet sich aber derzeit noch in der Beratung. Dieser von der Mehrheitsfraktion der SPD (sie hat 46 im 74 Sitze umfassenden schleswig-holsteinischen Landtag, die CDU verfügt über 27, der Südschleswigsche Wählerverband SSW über ein Mandat) vorgelegte Entwurf versucht, „den Haushaltsgrundsätzen der Vollständigkeit, Einheitlichkeit, Klarheit und Genauigkeit stärker zu entsprechen und die Durchsicht für das Parlament zu erhöhen“, wie es im Begründungstext heißt. Die neue Haushaltsordnung soll am 1. Januar 1992 in Kraft treten.

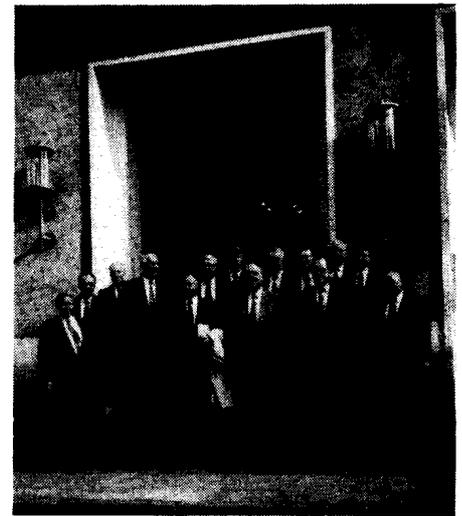
Heinrich Marschner (SPD), Vorsitzender des elf Mitglieder zählenden schleswig-holsteinischen Ausschusses für Finanzen und seit 17 Jahren in diesem Gremium tätig, stellte vor den Gästen aus NRW das hohe Maß an Übereinstimmung zwischen den Fraktionen im Finanzausschuß und dessen Prüfgruppe, deren fünf Mitglieder die Kontrolle über die Abwicklung des Landesetats obliegt. „Bei der Haushaltsprüfung haben wir parteipolitisch keine Schwierigkeiten“, die Prüfberichte des Finanzausschusses seien in seiner Zeit von allen Fraktionen gemeinsam getragen worden. Auch Ausschußmitglied Fritz Latendorf (CDU) unterstrich, daß die Opposition voll in die Arbeit der Haushaltsaufstellung eingebunden sei, damit werde ihrem Wunsch auf möglichst frühzeitige und umfassende Information entsprochen. Dennoch konnte sich der Sprecher weitere Verbesserungen vorstellen: Der Kieler LRH sollte noch mehr beratend tätig werden und seine Kontrollinstrumente schon im Beratungsstadium einsetzen — das sei eine echte Hilfe für Parlament und Exekutive.

Im nördlichsten Bundesland sei die Haushaltserstellung Aufgabe der Regierung, erklärte Dr. Joachim Lohmann (SPD) und wie Latendorf finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Er nannte die beiden Ausnahmen, wo das Parlament die alleinige

Befugnis habe: bei den Etats von Parlament und Rechnungshof. Die SPD lege mit der Regierung die Eckpunkte des Haushalts fest, etwa die Höhe des Zuwachses, die Nettokreditaufnahme und die Personalquote; ferner gehe es dabei um bestimmte Schwerpunkte, etwa im Wohnungsbau oder bei den Kindergärten. Bei ihrer Arbeit habe die Fraktion den Ehrgeiz, die politischen Schwerpunkte in der Beratung deutlicher werden zu lassen, als sie im Etat erscheinen.

Aus zeitlichen Gründen, so Karl Otto Meyer, Vertreter des SSW bei der gemeinsamen Sitzung des schleswig-holsteinischen Finanzausschusses und des nordrhein-westfälischen Haushaltskontrollausschusses im Kieler Landeshaus, nehme er als Vertreter einer nationalen Minderheit nicht teil; das sei auch nicht seine Aufgabe. Er habe auf Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der nationalen Minderheit zu achten. Er habe, so Meyer weiter, zum Regierungswechsel 1988 beigetragen, nun wolle er dafür sorgen, daß sich dieser Wechsel für die Minderheit „gelohnt“ habe.

„Der Landesrechnungshof ist kein Hilfsorgan von Regierung oder Landtag. Er steht mit seinem verfassungsrechtlichen Sonderstatus dazwischen und ist ein eigenständiges Organ der Finanzkontrolle“, stellte Dr. Gernot Korthals, Präsident des Kieler LRH fest. Er strich als wesentliches Ergebnis der



Die Besuchergruppe aus Düsseldorf auf der Treppe zum Kieler Landeshaus. Bildmitte: Ausschußvorsitzender Walter Neuhaus, ganz rechts Heinrich Marschner, Vorsitzender des Finanzausschusses des schleswig-holsteinischen Landtags. Auf dem Bild vierter von links: LRH-Präsident Professor Dr. Eberhard Munzert.

Parlamentsreform heraus, daß sich die Struktur der Arbeit von Parlament, der Abgeordneten und der Ausschüsse verändert habe. Was das neue Verhältnis zwischen Parlament und Regierung angehe, so nannte Korthals als Neuerung das Aktenvorgangerecht, von dem die Abgeordneten regen Gebrauch machten. Als weitere Verbesserungen führte der Präsident das Recht jedes einzelnen Abgeordneten an, eine Gesetzesinitiative vorzunehmen; bei der Beantragung von Untersuchungsausschüssen habe man das erforderliche Quorum auf ein Fünftel der Abgeordneten des Landtags herabgesetzt. Auch das plebiszitäre Element sei gestärkt worden, so seien für die Einleitung einer Volksinitiative 20000 Unterschriften erforderlich. Das inzwischen erreichte rechtliche Instrumentarium in Haushaltswesen und Finanzkontrolle sei ausreichend, fand der Präsident, nur sollte das Parlament von seinen Rechten stärker Gebrauch machen.

Die Rechte des LRH seien maßgeblich gestärkt worden, urteilte Korthals, so sei im neuen LRH-Gesetz das Informationsrecht des LRH ausdrücklich klargestellt worden, seine Behörde dürfe Einzelveröffentlichungen vornehmen und könne es nicht verhindern, wenn ein Thema in die öffentliche Diskussion gerate.

Man habe für die erste Reise des nordrhein-westfälischen Haushaltskontrollausschusses in ein anderes Bundesland bewußt Schleswig-Holstein ausgewählt, erklärte Ausschußvorsitzender Walter Neuhaus (CDU), um hier die Auswirkungen einer neuen Landesverfassung auf die Haushaltskontrolltätigkeit des Parlaments zu studieren. In der plenaren Diskussion finde die Haushaltskontrolle oft nicht den Stellenwert, der ihr zukomme, fuhr Neuhaus fort. Er erhoffe sich von den intensiven Gesprächen in Kiel Erkenntnisse, die für die Arbeit in NRW von Nutzen sein können. Neuhaus zeigte sich angetan von der Möglichkeit seiner schleswig-holsteinischen Parlamentskollegen, über Computerlisten den Vollzug des laufenden Haushalts abzufragen: „Das geht bei uns nicht, es gibt Haushaltsreste von über 1,3 Milliarden Mark“, teilte der Vorsitzende seinen Kieler Fachkollegen und -kolleginnen mit.



Ein Informationsbesuch mit anschließender Führung durch die Werft der Preussag AG-Tochter HDW bildete den Abschluß der Ausschußreise an die deutsche Ostseeküste. Auf dem Bild sind zu sehen: Ausschußvorsitzender Neuhaus (links), LRH-Vizepräsident Dr. Blasius (3. v.l.), Franz-Josef Britz (3. v.r.), Franz-Josef Balke (2. v.r., beide CDU) und Günter Harms (r., SPD).

## Klose im Hauptausschuß: Agrarüberschüsse der EG für osteuropäische Staaten

### Minister Clement fordert massive Hilfe des Westens

*Als falsch hat der Minister für besondere Aufgaben, Wolfgang Clement (SPD), die Vorstellung einer Konzentration der deutschen Hilfeleistungen nur auf die neuen Bundesländer bezeichnet. Vor dem Hauptausschuß des Landtags unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) machte Clement deutlich, daß Hilfe gleichzeitig auch für die osteuropäischen Länder geleistet werden müsse. Diese anderen Staaten warteten nicht, betonte der Minister. Er teilte mit, die Landesregierung versuche neben der russischen Föderation und Weißrußland auch mit einem Staat des Baltikums in enge Zusammenarbeit zu kommen. Ferner sollen Berater in der Tschechischen Republik eingesetzt werden. Als wichtigstes Ziel bezeichnete es der Minister, in den osteuropäischen Ländern strukturelle Veränderungen herbeizuführen.*

Der SPD-Abgeordnete und Kölner Oberbürgermeister, Norbert Burger, forderte, bei allen Hilfsmaßnahmen müsse die deutsche Seite versuchen, die westlichen Nachbarn einzubinden. Sonst könne wieder Mißtrauen aufkommen. Der CDU-Abgeordnete Dr. Hans-Ulrich Klose sprach sich dafür aus, Agrarüberschüsse der Europäischen Gemeinschaft in Osteuropa und der Sowjetunion einzusetzen. Grünen-Sprecherin Bärbel Höhn nannte drei Säulen der Hilfeleistungen und Zusammenarbeit: humanitäre Hilfe, Austausch junger Menschen und personelle Unterstützung, um strukturelle Änderungen herbeizuführen. Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde wollte wissen, ob daran gedacht sei, verstärkt Menschen aus den neuen Bundesländern wegen ihrer russischen Sprachkenntnisse im Osten einzusetzen. Bei der Aussprache machte Frau Höhn ferner auf die Logistikprobleme vor Ort in der Sowjetunion aufmerksam. Sie erinnerte daran, daß der Winter im Januar und Februar des nächsten Jahres richtig einsetzen werde. Dann könne es zu einem „Lebensmittelproblem“ kommen. Clement antwortete darauf, daß dann Hilfsmaßnahmen über die bewilligten Mittel bis zum Jahresende hinaus weitergesteuert werden müßten. Das sei aber noch nicht übersehbar. Der CDU-Abgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Lothar Hege- mann gab sich pessimistisch. Er vermutete, so große Hilfsbereitschaft bei den Deut-

schen wie im letzten Jahr werde es wohl nicht wieder geben.

Der Hauptausschuß war auf Antrag der Grünen vom Vorsitzenden am 4. Oktober einberufen worden. Die Grünen hatten ihrem Antrag die Überschrift „Den gesellschaftlichen Umbau in der Sowjetunion unterstützen“ gegeben. Minister Wolfgang Clement wies zu Beginn auf die krisenhaften Erscheinungen in der Sowjetunion und in südosteuropäischen Staaten hin. Sie befänden sich in einem Umbruch ohnegleichen. Dabei vollziehe sich die Entwicklung mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Die Lage sei teilweise

#### Private Hilfe

nur schwer einschätzbar. Die anfängliche Euphorie über friedliche Revolution drohe jetzt von äußerst kritischen Krisenerscheinungen überlagert zu werden. Der Minister ließ keinen Zweifel daran, daß Westeuropa und die USA in besonderem Maße gefordert seien, Unterstützung und Hilfe zu gewähren. Kritisch merkte Clement indessen an, die Westeuropäische Gemeinschaft befinde sich in außenpolitischen Fragen in einer außerordentlich enttäuschenden Verfassung. Europa müsse sich allerdings auf die Situation einstellen. Appelle hülften nichts mehr. „Massive Hilfe des Westens ist nötig“, sagte Clement. Er zeigte dabei ein Handicap auf, das Hilfen Grenzen setzt. Wenn sich

NRW mit fast 900 Mitarbeitern in Brandenburg engagiert habe, seien hierzulande kaum noch Kräfte freizubekommen. Dabei agiere Nordrhein-Westfalen „in unvorstellbarer Weise“ außenpolitisch. Es gebe kaum einen Staat außer Albanien, wo man unterhalb der Kompetenzen der Bundesregierung nicht tätig sei. Ziel bei all diesen Bemühungen sei es, über die Nothilfemaßnahmen hinaus zu kommen und dauerhafte Strukturen zu entwickeln. Der Minister erwähnte das Beispiel Rumänien. Zunächst sei es darum gegangen, zu verhindern, daß 90 Prozent der Kinder in Kinderheimen starben. Das sei gelungen: Nun sei man dazu übergegangen, Pflegeschulen einzurichten und Schwesternorganisationen aufzubauen. „Genauso versuchen wir es in der Sowjetunion“, betonte Clement. Die Koordinierungsbüros dort würden bereits von Einheimischen übernommen.

Ein großes Lob hielt der Minister vor dem Hauptausschuß für private Hilfe und private Helfer bereit. Alles wäre nicht möglich gewesen, wenn man sich nicht auf die Hilfsorganisationen in Nordrhein-Westfalen hätte stützen können. 130 Initiativen aus NRW seien seit einem Jahr tätig. Allein in Westrumänien seien „Woche für Woche“ 1 000 Hilfskräfte freiwillig und ohne Bezahlung unterwegs. Der Minister sprach von „ungeahnter Hilfsbereitschaft“. Er schloß: „Was wir noch leisten müssen, ist, die Zusammenarbeit der Bundesländer zu koordinieren.“



#### Bauindustrie

Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (Bild) hat die Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie Nordrhein-Westfalen zu einem Antrittsbesuch im Landtag empfangen. Mit dem Präsidenten des Verbandes, Dipl.-Ing. Heinz-August Schüssler (2. v. l.), sowie Verbandsdirektor Dr. Hasbach (2. v. r.) erörterte die Präsidentin Aufgaben und Bedeutung des Verbandes. An dem Gespräch nahmen von seiten des Parlaments auch der stellvertretende Landtagspräsident Uli Schmidt (l.) sowie der Direktor beim Landtag, Heinrich Große-Sender (r.) teil. Foto: Leuschner

#### Ladendetektive: Nur Jedermannsrecht

Ladendetektive oder „mobile Detektive“ haben zwar das Jedermannsrecht zur vorläufigen Festnahme, das Verfolgungsmonopol der Strafverfolgungsbehörden ist jedoch nicht teilbar: Maßnahmen anderer Institutionen oder Personen sind nur auf der Grundlage gesetzlicher Vorgaben möglich. Das geht aus der Antwort des Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Beate Scheffler hervor, die nach „Selbsthilfeaktionen“ des Handels gegen Ladendiebstahl gefragt hatte (Drs. 11/2320).

## Regierungschefs mußten sich unter Zeitdruck auf Vertragswerk verständigen

# Rau: Dieser Staatsvertrag ist die Magna Charta für das duale Rundfunksystem im vereinten Deutschland

Den Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland hat Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in den nordrhein-westfälischen Landtag eingebracht. Er wies darauf hin, daß es sich um sechs umfangreiche Rundfunkstaatsverträge handle, die unter dem Dach eines Vertragswerks gebündelt seien. Die Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer hätten diesen Staatsverträgen zugestimmt. Mit dem Vertragswerk sollen laut Rau die Strukturen des dualen Rundfunksystems in Deutschland bis ins nächste Jahrtausend geprägt werden. Der Ministerpräsident erinnerte daran, unter wie großem Zeitdruck die Regierungschefs gestanden hätten, um sich auf dieses sechs Staatsverträge zu verständigen. Sprecher der drei Oppositionsfraktionen von CDU, F.D.P. und den GRÜNEN äußerten sich positiv zu dem Verhandlungsergebnis, allerdings mit einer Ausnahme. Die geplante Erhöhung der Rundfunkgebühren fand nicht ihre Zustimmung. Von der SPD wurde betont, daß die Rundfunkstaatsverträge in sich einen Kompromiß darstellten. Der Staatsvertrag und eine Beschlüßempfehlung des Rechtsausschusses zu verfassungsgerichtlichen Verfahren wurden an den Hauptausschuß sowie den Sportausschuß überwiesen (Drs. 11/2409 und 11/2374).

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) erklärte, die Landesregierung mute dem Landtag mit der Einbringung des Staatsvertrages über den Rundfunk im vereinten Deutschland eine ganze Menge zu. Der Landtag solle innerhalb weniger Wochen über sechs umfangreiche Rundfunkstaatsverträge beraten, die unter dem Dach dieses einen Staatsvertrages gebündelt seien. Es gehe um ein Vertragswerk, das die Strukturen des dualen Rundfunksystems in Deutschland bis ins nächste Jahrtausend prägen werde. Rau verwies darauf, daß auch die Regierungschefs der 16 Länder unter einem großen Zeitdruck gestanden hätten. Es sei ihnen gelungen, sich trotz unterschiedlicher medien- und standortpolitischer Interessen innerhalb von nur vier Monaten auf diese sechs Staatsverträge zu verständigen. Es gebe bei diesem Vertragswerk keine Sieger und keine Verlierer. Der Vertrag spiegele die Unterschiede der jeweiligen Länderpositionen ebenso wider wie das feste Fundament gemeinsamer Überzeugungen und Interessen. Rau sprach von einem „sensibel austarierten Gefüge von Kompromissen“. Der Zeitdruck ergebe sich nicht zuletzt aus den zeitlichen Vorgaben des Einigungsvertrages. Der Staatsvertrag schaffe für den öffentlich-rechtlichen und den privaten Rundfunk in Deutschland ein dauerhaft tragfähiges Fundament. „Dieser Staatsvertrag ist die Magna Charta für das duale Rundfunksystem im vereinten Deutschland.“ Der Ministerpräsident führte weiter aus, er sehe zur Erhöhung der Rundfunkgebühren keine Alternative. Der Staatsvertrag schaffe die finanziellen Voraussetzungen dafür, daß die publizistischen und die kulturellen Ressourcen des

Deutschlandfunks, des RIAS-Hörfunks und von DS-Kultur weitgehend erhalten bleiben könnten. Das ZDF werde die nationale Fernsehanstalt der alten und der neuen Länder.

Jürgen Büssow (SPD) sagte, beim Rundfunkstaatsvertrag mußten aus Sicht der SPD-Fraktion folgende Grundsätze erfüllt werden: Die Sicherung der Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Das bedeute die Sicherung der Grundfinanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalten durch Gebühren. Deshalb habe sich die SPD mehrheitlich auch gegen eine Ausweitung der Werbezeit nach 20 Uhr ausgesprochen. Für die privaten Veranstalter strebe die SPD einen möglichst gleichrangigen Zugang aller Bundesländer zu den terrestrischen Frequenzen an. Es solle den privaten Veranstaltern wirtschaftlich gutgehen, damit sie die geforderte Meinungsvielfalt und Programmqualität auch einbringen könnten. Als gut bezeichnete es der SPD-Medienexperte, daß sich alle Länder auf das Recht aller Rundfunkveranstalter zur Kurzberichterstattung verständigt hätten. In einer freien und offenen Gesellschaft dürfe die Information nicht einfach wie ein Wirtschaftsgut behandelt werden. Die Länder hätten ferner den Finanzausgleich akzeptiert, der betreffe nur den saarländischen Rundfunk, Radio Bremen und SFB. Als Unternehmensziel von ARD und ZDF für die Zukunft nannte Büssow „Konzentration der Kräfte und nicht Diversifikation“. Als NRW-Abgeordneter begrüße er es sehr, daß sich die Ministerpräsidenten darauf verständigt hätten, daß die Doppelfrequenzversorgung der öffentlich-rechtlichen Anstalten abgebaut werden solle.

Ruth Hieronymi (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, sagte, die CDU begrüße grundsätzlich den Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland. Er sei ein wesentlicher Beitrag dafür, die staatliche Einheit Deutschlands auch in den Köpfen und den Herzen der Menschen zu vollenden. Der Staatsvertrag trage ebenfalls der europäischen Entwicklung des Rundfunks Rechnung. Für die privaten Rundfunkveranstalter bringe der Rundfunkstaatsvertrag eine Präzisierung des Programmauftrages und eine nähere Präzisierung der Verbreitungsmöglichkeiten der Werbung. „Wir stimmen auch dem ARD-Staatsvertrag und dem ZDF-Staatsvertrag zu; denn sie gewährleisten die Integration der neuen Bundesländer in die bisher geltende Rundfunkstruktur der alten Bundesländer.“ Die medienpolitische Sprecherin wies indessen auch auf Unterschiede in den Auffassungen hin. Die CDU-Fraktion sei außerordentlich betroffen davon, wie die Neuordnung des Rundfunks in Deutschland für eine sonst nur schwer durchzusetzende Gebührenordnung instrumentalisiert worden sei. Die CDU sei für eine Neuordnung des Rundfunks in Deutschland, aber dagegen, daß diese Neuordnung ausgenutzt werde, um möglichst schnell noch eine Gebührenerhöhung zu realisieren. Nicht Programmausweitung, sondern Programmkonzentration sei das Gebot der Stunde. Man sehe nicht ein, daß es bei schon vorhandenen 40 Hörfunkprogrammen in der Bundesrepublik noch ein 5. Hörfunkprogramm beim WDR geben müsse.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, wollte trotz eines Dankes an den



Eine Rundfunkordnung für die Zukunft: v.l. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), Jürgen Büssow (SPD), stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi (CDU), Fraktionsvorsitzender Dr. Achim Rohde (F.D.P.) und Fraktionssprecherin Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN).  
Fotos: Schüler

Ministerpräsidenten „dem Gesamtkunstwerk der Verträge“ nicht zustimmen. Egal, ob man öffentlich-rechtlichen Rundfunk und öffentlich-rechtliches Fernsehen einschaltet oder nicht, die Gebührenzahler müßten im nächsten Jahr 4,80 Mark pro Monat mehr bezahlen. Die Bereitschaft der Bürger, für öffentlich-rechtliche Leistungen, die sie überhaupt nicht in Anspruch nehmen wollten, Gebühren zu zahlen, schmelze, wenn das so weitergehe, bis zur Ärgernisschwelle. Die Angaben der öffentlich-rechtlichen Anstalten zu ihrem Finanzbedarf hätten auch diesmal ungeprüft übernommen werden müssen. Rohde nahm dann die Gelegenheit wahr, „etwas zu dem Kollegen Grätz zu sagen, der ja gestern zum Rundfunkratsvorsitzenden gewählt worden ist“. Die Frage, die sich „für uns“ stelle, sei, ob er Vorsitzender des Rundfunkrates und zugleich Vorsitzender des Hauptausschusses sein könne. Die F.D.P. halte das nicht für ein Problem persönlicher Integrität, sondern für ein Problem der Inkompatibilität. Man sei der Auffassung, daß beide Positionen nicht miteinander vereinbar seien.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN), Fraktions-sprecherin, sagte, es gehe bei den Verträgen nicht nur um einen großen Zeitdruck, sondern es gehe auch um viel Geld und viel Macht. Das Bundesverfassungsgericht habe mehrfach festgestellt, daß der Rundfunk Sache der Allgemeinheit sei und deshalb in voller Unabhängigkeit betrieben und von jeder Beeinflussung freigehalten werden müsse. Doch die medienpolitische Wirklichkeit sehe anders aus. Medien seien als Meinungsverbreitungsorgane gerade für die Politiker elementar wichtig. Zum Beispiel Grätz sagte Frau Höhn, man teile die Kritik, das gehe nicht. Aber man müsse auch an die CDU die Frage stellen, ob das nicht ebenso für andere gelte, die einerseits Mitglied des Landtages, speziell sogar des Hauptausschusses, und andererseits zugleich Mitglied im Hauptausschuß seien. Das gelte beispielsweise genauso für Frau Hieronymi, das gelte auch für andere Mitglieder der CDU-Fraktion.

**Jürgen Büsow** (SPD) erwiderte in einem zweiten Beitrag zu den Vorwürfen, es sei rechtlich, verfassungsrechtlich, inkompatibel, daß ein Mitglied dieses Hauses auch als Mitglied in einer Führungsposition des Rundfunkrates des WDR tätig werden könne, für diese Behauptung gebe es keinen Beleg, keine Begründung, kein Rechtsgutachten. Das könne es auch nicht geben, weil der Rundfunkrat des WDR in seiner Zusammensetzung auf Antrag der CDU-Bundestagsfraktion vom Bundesverfassungsgericht überprüft worden sei. Das Bundesverfassungsgericht habe keine Kritik an der Zusammensetzung des Rundfunkrates gefunden. Im übrigen sei das Parlament von NRW auch nicht die Rechtsaufsicht des Rundfunks, sondern die Landesregierung.

**Eckhard Uhlenberg** (CDU) erklärte, daß es keine rechtliche Beanstandung gebe, was die Doppelfunktion von Herrn Grätz angehe. Aber es sei nach Auffassung der CDU-Landtagsfraktion schon eine Frage der politischen Sensibilität, ob der Vorsitzende des Hauptausschusses — er betone, der Hauptausschuß sei für alle Fragen der Medienpolitik zuständig — auch gleichzeitig Vorsitzender des Rundfunkrates sei.



Stellungnahmen, Entgegnungen: v.l. Eckhard Uhlenberg (CDU), Minister Wolfgang Clement (SPD) und Reinhard Grätz (SPD).  
Fotos: Schüler

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) unterstrich, es gebe sehr wohl Kritik an der Zusammensetzung des Rundfunkrates. Man hätte wie in anderen Ländern sagen können, jede Partei oder jede Fraktion bekomme ein Grundmandat. „Sie haben uns dies nicht zugebilligt, das heißt, hier haben Sie ganz persönlich auch als SPD-Fraktion nach diesem Parteienproporz das Gesetz geändert — einfach um Ihre Macht dort im Rundfunkrat zu behalten“, folgerte die Sprecherin.

**Staatskanzleiminister Wolfgang Clement** (SPD) sagte zu den Ausführungen der Vordröner, er halte Abgeordnete für kompetent und fachkompetent, und diejenigen, die kompetent seien, sollten in einem Rundfunkrat sitzen. An die Opposition gerichtet, meinte Clement: „Wann immer es Ihnen paßt und Sie glauben, nicht zum Zuge gekommen zu sein, erwecken Sie einen bösen Schein, den Sie auf andere werfen.“

### „Populistisch, opportunistisch“

Das ist nicht in Ordnung. Ich finde das schäbig. Das ist kein böser Schein, in den der Vorsitzende des Rundfunkrates kommt, sondern es ist böses Gerede, das zur Zeit in Gang gebracht werden soll.“ Zum Rundfunkstaatsvertrag merkte der Minister an, er finde die Einwände der Opposition gegen die Gebührenerhöhung zur Zeit recht dürftig begründet. Ansonsten verhalte sich die Opposition in dieser Frage wie eine Opposition fast immer, nämlich ein bißchen populistisch und ein bißchen opportunistisch. Clement teilte dem Landtag ferner mit, daß die Landesregierungen jetzt in die Verhandlungen mit der Bundesregierung einträten, und er hoffe, in aller Kürze auch einen Staatsvertrag zu den Fragen Deutschlandfunk, RIAS und DS-Kultur vorlegen zu können.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) wandte sich in einem weiteren Beitrag an den Minister Clement und den Abgeordneten Büsow mit der Feststellung: „Wir müssen hier im Lande immer wieder klarmachen, daß wir die Grundsätze der Gewaltenteilung in Gefahr sehen. Wir sehen sie deswegen in Gefahr — ob beim WDR oder Institutionen des Landes —, weil es überall zuviel SPD gibt.“

**Reinhard Grätz** (SPD) stellte in einer persönlichen Bemerkung fest, es seien Forderungen an den WDR, an den Intendanten ergangen, ein Gutachten erstellen zu lassen, ob er diese beiden Funktionen inneha-

ben könne. In der gestrigen Sitzung des Rundfunkrates, in der alle Akteure, zumindest von ihren jeweiligen Parteien her, vertreten gewesen seien, sei diese Forderung mit keinem Wort angesprochen worden. Es sei ferner von allen, die gesprochen hätten, gesagt worden, daß es keine formalrechtlichen Bedenken gegen die Innehaltung dieser beiden Funktionen bei einer Person gebe. Ferner sei gestern wiederholt gefragt worden, ob es im Rundfunkrat bei irgendeiner Person, bei irgendeiner Gruppe irgendwelche Beanstandungen „an meiner Amtsführung sowohl als Rundfunkratsvorsitzender als auch im Zusammenhang mit meinem Parlamentsmandat gibt“. Grätz schloß: „Solche Beanstandungen sind in keiner Weise vorgebracht worden.“ Er unterstrich, sein Beruf sei der eines Landtagsabgeordneten. Welche Funktion er hier habe, habe nichts mit seiner Funktion im WDR zu tun. „Ich bin von einem breiten Vertrauen getragen. Ich bin von vielen Vertretern, die nicht meiner Partei angehören, gebeten worden, wieder für den Vorsitz des Rundfunkrates zu kandidieren. Gerade weil mich diese Vertreter gebeten haben, habe ich dies gern getan. Ich empfinde überhaupt keine Verletzung irgendeiner Stillfrage“, betonte Reinhard Grätz.

### Engpässe bei Pflegepersonal

Um den in den Krankenhäusern zum Beispiel der Stadt Düsseldorf herrschenden Pflegeengpässen vorzubeugen, plant die Landesregierung ein Bündel abgestimmter Maßnahmen. Neben einer pflegesatzfinanzierten Ausbildungsvergütung bedarf es Umstellungen der Organisation in Krankenhäusern, besserer Qualifizierungsmöglichkeiten für das Pflegepersonal, der Finanzierung ausreichender Planstellen sowie werbender Anstrengungen. Empfehlungen wurden von der 3. Landespflegekonferenz „Krankenpflege“ erarbeitet. Dies geht aus der Antwort des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Beatrix Philipp (Drs. 11/1462) hervor. Das Land, so das Ministerium, arbeite unter anderem an Weiterbildungsordnungen für Pflegeberufe und unterstütze die Werbeaktion der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Als Koordinationsraum für die Maßnahmen wird ein Landesfachbeirat für Pflege eingerichtet.

## „Über ein neues Finanzsystem reden“

An den federführenden Haushalts- und Finanzausschuß hat am 4. Oktober der Landtag den SPD-Antrag (Drs. 11/2433) überwiesen, die Gewerbesteuer zu erhalten und auf Vermögenssteuersenkungen zu verzichten.

**Ernst Walsken** (SPD) bezifferte die Verluste der Länder durch die Streichung oder Senkung der Vermögenssteuer auf 2,7 Milliarden, die Verluste der Gemeinden durch Wegfall der Gewerbesteuer auf vier Milliarden Mark. Das stelle eine weitere Verschlechterung des Finanzierungssystems zwischen Ländern, Bund und Gemeinden dar und sei eine sozialpolitische Unverträglichkeit. Letztlich sei die Selbstverwaltungsgarantie der Gemeinden durch die Maßnahme des Bundes gefährdet, das Land als Treuhänder der Gemeinden dürfe das nicht zulassen.

**Leo Dautzenberg** (CDU) machte darauf aufmerksam, daß nirgends in der EG das betriebliche Investitionskapital so hoch besteuert wird wie in der Bundesrepublik. Die Gewerbesteuer sei längst zu einer Großbetriebssteuer geworden. Eine Entlastung der Mittelbetriebe sei mithin nicht zu erwarten. Es wäre wünschenswert, wenn sich Bund, Länder und Gemeinden auf ein neues Gemeindefinanzierungsgesetz konzentrieren könnten, in das alle Interessen eingebunden würden.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) nannte es unredlich, aus dem gesamten Steuerentlastungspaket einige wenige Dinge herauszugreifen, aber nicht über das Gesamtpaket zu reden. Die ertragsunabhängige Besteuerung sei in der Bundesrepublik am höchsten, das wirke sich auf Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit aus. Andererseits gehe es nicht an, daß ohne ein neues Gleichgewicht in der bundesstaatlichen Finanzverteilung von Bund und Land immer wieder eingegriffen und die Autonomie der Gemeinden ausgehöhlt werde.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) hielt nichts davon, die Mehrheit der Menschen mit neuen Kosten zu belasten und Unternehmen, „die kräftig von der Einheit profitiert haben“, auch noch zu entlasten. Die Gewerbesteuer müsse als eine der wenigen und großen Steuereinnahmen der Gemeinden erhalten bleiben, sonst nehme deren Abhängigkeit vom Land noch weiter zu. Die Finanzautonomie der Gemeinden sei zu stärken.

**Finanzminister Heinz Schlußer** (SPD) unterstützte den SPD-Antrag und machte darauf aufmerksam, daß derzeit die geplanten Steuerentlastungen ausschließlich zu Belastungen der Länder und Gemeinden, aber nicht des Bundes führten.

## Antrag abgelehnt

Abgelehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und den Grünen hat der Landtag am 4. Oktober den Antrag der F.D.P.-Fraktion (Drs. 11/2442) einen Untersuchungsausschuß einzurichten, um die politische Verantwortung für die im Kienbaum-Gutachten festgestellten Mängel im Schulwesen des Landes zu prüfen.

## Kindertagesstättengesetz verabschiedet

In namentlicher Abstimmung hat der Landtag mit den Stimmen von SPD und gegen das Votum von CDU, F.D.P. und Grünen in zweiter Lesung das Kindertageseinrichtungsgesetz (Entwurf der Landesregierung Drs. 11/1640) verabschiedet. Gleichzeitig wurde ein Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 11/2168) angenommen, der ein Ausbauprogramm für die Förderung von Kindertageseinrichtungen für die Jahre 1992 bis 1995 zum Inhalt hat.

**Heinz Hilgers** (SPD) stellte heraus, daß NRW als erstes Bundesland ein Tagesstättengesetz beschließt, das alle Altersgruppen bis zum vollendeten 14. Lebensjahr umfaßt. Es sei Ziel des Gesetzes, bald jedem Kind einen Kindergartenplatz zu bieten und im Lande zu einem bedarfsgerechten Angebot an Ganztagsplätzen zu kommen, zudem sollten genügend Hortplätze eingerichtet werden. Von 1992 bis 1995 sollten nach dem Ausbauprogramm 100000 Kindergartenplätze geschaffen werden, das erfordere eine Milliarde Mark Landeszuschuß allein in dieser Legislaturperiode. Solche konkreten Maßnahmen seien besser als ein bloß auf dem Papier stehender Rechtsanspruch; aber auch hier werde man 1997 so weit sein, daß er umgesetzt werden könne.



Kein Konsens zwischen Regierungsfraktion und Opposition beim Kindertageseinrichtungsgesetz (v.l.): Heinz Hilgers (SPD), Georg Gregull (CDU), Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) und Beate Scheffler (DIE GRÜNEN).

Fotos: Schüler

**Georg Gregull** (CDU) hielt dagegen: Der Entwurf werde den tatsächlichen Bedürfnissen nicht gerecht, die jetzige katastrophale Situation sei auf „Tatenlosigkeit und Selbstgefälligkeit“ der politisch Verantwortlichen zurückzuführen. Dem Ausbauprogramm stimme seine Fraktion allerdings zu. Kritik äußerte Gregull vor allem an der Erhöhung des Elternbeitrags und am Einzugsverfahren; auch die vorgesehene Regelung der Investitionsförderung ziehe erhebliche Belastungen der Kommunen nach sich. Die Tagespflege müsse endlich gesetzlich geregelt werden.

**Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) geißelte die Form des Beratungsverfahrens im Parlament und wiederholte die Forderung der Liberalen, die zweite Lesung zu verschieben, bis genauere Daten über den tatsächlichen Bedarf vorlägen und ein Finanzierungs-konzept vorgelegt werde. Die F.D.P. sei für Betreuungsvielfalt im Lande, fordere einheitliche Elternbeiträge und halte nichts von einem Zwei-Klassen-System bei den Kindergärten.

**Beate Scheffler** (DIE GRÜNEN) bezifferte

die große Zahl der Änderungen am Entwurf und hielt es angesichts dieses Umfangs für besser, noch einmal eine Anhörung zu dem inzwischen stark veränderten Text durchzuführen. Dann hätte man in dritter Lesung das Gesetz verabschieden können. Der SPD mache sie den Vorwurf, daß das Gesetz vor allem unter finanzpolitischen Gesichtspunkten zustande gekommen sei, die Qualität der pädagogischen Arbeit stehe nicht im Vordergrund. Ihre Fraktion unterstütze das Ausbauprogramm als „das geringere Übel“. Sie verwies auf den eigenen Gesetzentwurf.

**Carla Boulboulé** (fraktionslos) signalisierte Ablehnung: Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz werde auf die lange Bank geschoben. Es sei nicht Aufgabe der SPD, die Politik des Bundes unter dem Stichwort „Umverteilung von unten nach oben“ durch Kürzungen bei Leistungsgesetzen und sozialen Aufgaben umzusetzen.

**Antonius Rösenberg** (CDU) erinnerte an die vernichtende Kritik, die der Entwurf der Landesregierung draußen gefunden habe, erst massiver Protest habe die SPD zum Einlenken gebracht. Mit dem Entwurf sei der Ministerpräsident „kläglich gescheitert“; die positiven Änderungen, die die SPD-Fraktion

erzielt habe, seien eine „schallende Ohrfeige“ für den zuständigen Ressortminister.

**Brigitte Speth** (SPD) wandte sich gegen den Wunsch der Liberalen, das Ausbauprogramm in die Ausschüsse zu verweisen; schließlich sei es die materielle Absicherung des Kindertagesstättengesetzes. Der Rechtsanspruch, der ohnehin nichts nütze, wenn real nicht die erforderlichen Plätze vorhanden seien, werde 1995 wieder als frauenpolitische Forderung aufgenommen, kündigte sie an.

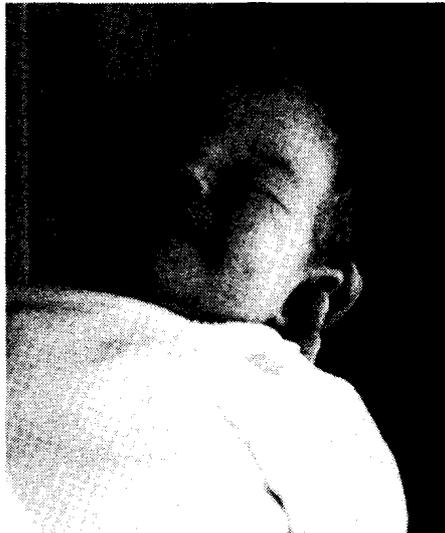
**Arbeitsminister Hermann Heinemann** (SPD) unterstrich die Leistung des Gesetzes, für die Betreuung von Kindern aller Altersstufen eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. Der Regierungsentwurf sei trotz der öffentlichen Diskussion in der Substanz unverändert geblieben. Der zügige Ausbau der letzten Jahre solle in dieser Legislaturperiode mit hoher Geschwindigkeit fortgesetzt werden, sagte der Minister und stellte fest, der 2. Oktober 1991 werde sich als ein wichtiges Datum für die Kinder im Lande herausstellen: „Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, Kinder haben in unserem Land auch eine Zukunft“, schloß Heinemann.

## Schutz ungeborener Kinder nach der Einheit Mehrheit gegen Pflichtberatung und Arztvotum

Der CDU-Antrag „Verbesserter Schutz des ungeborenen Kindes in einem vereinten Deutschland“ (Drs. 11/2402) wurde nach ablehnenden Stellungnahmen der anderen Fraktionen in die Ausschußberatung (Federführung: Ausschuß für Frauenpolitik) überwiesen.

**Regina van Dinther** (CDU) hob auf eine kinderfreundliche Gesellschaft ab. Größere Anstrengungen müßten schon bei der ganzheitlichen Sexualaufklärung ansetzen. Schon Jugendlichen müsse die gemeinsame Verantwortung im Umgang mit der Sexualität nähergebracht werden. Im Unterricht sei auch die Tragweite eines Schwangerschaftsabbruchs zu vermitteln. Im Bundeshaushalt würden die familienpolitischen Leistungen verstärkt. Durch die Pflichtberatung sollten Frauen vor dem Druck des Umfeldes geschützt werden und ein genauer Überblick über Hilfen gegeben werden. Medizinische und psychosoziale Notlagen sollten durch einen Gynäkologen festgestellt werden.

**Anne Garbe** (SPD) hielt ein hohes Kindergeld und verlängerte Zahlung von Erziehungsgeld für eine Sache des Bundes. Statt Mittel für die Stiftung Mutter und Kind müsse ein Rechtsanspruch auf ausreichende Sozialhilfe durchgesetzt werden. Für Leistungen der Länder und Kommunen müsse der Finanzausgleich neu geordnet werden. Eine große Mehrheit in der SPD sei für die freiwillige Beratung in Konfliktsituationen. Bei der Entscheidung für einen Abbruch dürften Frauen nicht mit Strafe bedroht werden. Die Verantwortung dürfe nicht durch



Noch mit geschlossenen Augen erwartet das Neugeborene die liebevolle Annahme durch die Eltern.

Dritte übernommen werden. Moral könne nicht vom Staat gestiftet werden.

**Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) sprach von der Hoffnung auf einen liberaleren Gesetzentwurf der CDU und lenkte den Blick auf Län-

der mit weniger rigorosen Gesetzen. Im CDU-Entwurf würden viele einzelne Maßnahmen präsentiert und Frauen irreführt. Bei der Beratung gehe es um moralische Aspekte, die durch ärztliche Entscheidung nicht manipuliert werden dürften. Ein neues Verantwortungsgefühl der Väter sei ein wichtiger Schritt zu einer familienfreundlicheren Gesellschaft.

**Marianne Hürten** (DIE GRÜNEN) hielt den CDU-Antrag für eine Provokation. Der Schutz ungeborenen Lebens dürfe nicht gegen die Frau möglich sein. Beim Verschmelzen von Ei- und Samenzelle handele es sich noch nicht um ein ungeborenes Kind und um ein eigenständiges Leben, vielmehr um eine Zwangsgemeinschaft. Die CDU nehme Zwangsmutterschaft bei vergewaltigten Frauen billigend in Kauf. Die Frau bleibe unmündig, an keiner Stelle werde ihr Spielraum gelassen. Mit Strafandrohung würden mehr Frauen in die Illegalität getrieben.

**Ilse Ridder-Melchers** (SPD), Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, bedauerte den CDU-Antrag als vertane Chance gemeinsamer Vertretung eines effektiven Lebensschutzes. Der strafrechtliche Teil laufe auf wesentliche Verschärfung hinaus. Bei der Beratung träten Fachfrauen durchweg für Freiwilligkeit ein. Die Rolle des Arztes, nach Gründen für einen Abbruch zu forschen, sei entwürdigend. Die schriftliche Feststellung einer psychosozialen Notlage erübrige sich bei richterlicher Überprüfung. Die Betonung vertiefter Sozialerziehung sei zu begrüßen. Der CDU-Entwurf passe nicht in ihr Frauenbild, sagte die Ministerin.

## Politische Bildung: Kein „Laberfach“

Der Grünen-Antrag „Politische Bildung in den Schulen sicherstellen“ (Drs. 11/2298) wurde in die Ausschußberatung überwiesen. Politik dürfe nicht zum „Laberfach“ verkommen, meinten die Abgeordneten. Minister Schwier: Schlechte Politik könne durch Unterricht nicht schöner gemacht werden.

**Brigitte Schumann** (DIE GRÜNEN) forderte die SPD auf, den Unterrichtsausfall und den fachfremden Unterricht abzubauen. Politik sei das Fach mit der höchsten Kürzungsquote. Dafür müsse die feste Einstellungsquote angewendet werden. Dringend zu behandeln seien der Golfkrieg, die Friedenserziehung und das Leben in einer multikulturellen Gesellschaft. Auch in Brandenburg warteten große Aufgaben.

**Herbert Heidtmann** (SPD) monierte, die SPD setze sich schon seit längerem für mehr Lehrer für die politische Bildung ein. Sie brauche keine Belehrung. NRW habe ein größeres Angebot, inhaltlich erfaßten die Richtlinien mehr als das Gewünschte. Überlegenswert sei grundsätzliche Einstellungsrelevanz bei Mangelfächern.

**Beatrix Philipp** (CDU) sagte, auch die CDU halte Unterrichtsausfall und fachfremden Unterricht in Politik für einen Skandal. Über die Inhalte der Richtlinien und darüber, was dann in den Schulen stattfinde, müsse intensiv diskutiert werden.



## Bonn: Von Sportbootsteuer wird abgesehen

Die im Zuge von Steuergesetzänderungen 1992 erwogene Sportbootsteuer ist nach einer Anhörung im Finanzausschuß des Bundestages fallengelassen worden. Rechtliche und praktische Einwände gaben den Ausschlag. Auch NRW-Landespolitiker hatten die Besteuerung von privaten Motorbooten und Segelbooten mit Hilfsmotor als nicht zweckmäßig bezeichnet.

**Andreas Reichel** (F.D.P.) bezog sich auf den Unterrichtsausfall zwischen 44 und 74 Prozent. Politik drohe zum Laberfach zu verkommen. Demokratie lebe von Urteilsvermögen und Verantwortungsbewußtsein. Jugendliche neigten dazu, radikal zu wählen und sich nicht in demokratischen Parteien zu engagieren. Die Politik lehre, Konflikte ohne Gewalt zu lösen.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) hielt auch die Einführung des Faches Politik in den 70er Jahren für mitursächlich für das heutige Defizit. Als Ende der 80er Jahre der große Einstellungsstopp kam, sei der Aufbau für das Fach Politik erst knapp zur Hälfte gelungen gewesen. Im übrigen könne auch der beste Unterricht schlechte Politik nicht schöner machen.

Mit der Problematik der Flüchtlingsaufnahme hat sich der Landtag in einer Debatte am 4. Oktober befaßt. Grundlage der Aussprache waren das Flüchtlingsvorsorgeprogramm 1991 der Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 11/1298) sowie das Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes der CDU-Fraktion in zwei Gesetzentwürfen (Drs. 11/1556 und 11/2395). Der Grünen-Antrag sowie der CDU-Gesetzentwurf (Drs. 11/1556) wurden abgelehnt, der CDU-Änderungsentwurf (Drs. 11/2395) an die Ausschüsse überwiesen.

**Horst-Dieter Vöge** (SPD) betonte, bisher habe er geglaubt, daß Gewalt wie in Hünxe, einer Gemeinde in seinem Wahlkreis, nicht möglich sei. Positiv wolle er zu dem Vorfall in Hünxe anmelden, daß sich nach dem Anschlag weite Teile der Bevölkerung mit den Opfern solidarisch gezeigt hätten. Inhaltlich erklärte Vöge, nach SPD-Meinung sei zur Lösung der Asylprobleme eine Änderung des Grundgesetzes nicht möglich. „Sie ist mit uns nicht machbar“. Entscheidend sei eine Straffung und Beschleunigung des Asylverfahrens im Rahmen des geltenden Verfassungsrechts. Dazu gehöre es auch, die gerichtliche Nachprüfung auf eine Instanz zu beschränken. Bis zum Abschluß des Asylverfahrens seien zukünftig anstelle von Ansprüchen nach dem BSHG Leistungen nach einem besonderen Bundesleistungsgesetz zu erbringen. Die SPD fordere Bund und Länder auf, nach Straffung und Beschleunigung des Verfahrens für eine konsequentere Abschiebung zu sorgen.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) sagte zum Antrag der Grünen, die Punkte, die zur Sprache kämen, seien auch nach Meinung von SPD und F.D.P. völlig ungeeignet, zur Problemlösung beizutragen. Einmal fordere die Fraktion der GRÜNEN, in bezug auf Asylbewerber die Integration zu forcieren. Hier gebe es eindeutig einen Meinungsunterschied. „Wir sind nicht der Auffassung, daß Asylbewerber, die ein möglichst kurzes und straffes Verfahren erhalten sollen, integriert werden sollen, um dann nach einer halb vollzogenen Integration wieder nach Hause geschickt zu werden“, sagte Arentz. Das tue den Betroffenen auch nicht gut.

## Landtag beschäftigt sich mit Flüchtlingsaufnahme

# Bund und Länder sollen nach Straffung des Verfahrens für konsequente Abschiebung sorgen

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) ging auf einen „Grundfehler“ ein: Es werde nämlich davon ausgegangen, es ginge hier darum, eine neue Situation in unserem Lande rechtlich und politisch auszugestalten, die nach dem Motto beschrieben werde, wir seien ein Einwanderungsland. Es sei das hier mit der Begründung aufgeworfen worden, man solle sich doch nur einmal die Zahlen ansehen, wie viele Menschen denn in den Jahren 1989 und 1990 zu uns gekommen seien. Hierin liege schon ein Denkfehler. Denn niemand von denjenigen, die gekommen seien, sei aufgrund eines Einwanderungsgesetzes oder eines Einwanderungswunsches oder einer Einwanderungspolitik ins Land gekommen.

**Daniel Kreutz** (DIE GRÜNEN) sagte: „Angesichts dessen, was wir doch alle wissen, auch die unter uns, die es vielleicht nicht wissen wollen oder demagogisch das Gegenteil behaupten: Restriktionen im Asylbereich werden nicht dazu führen, daß der sogenannte Einwanderungsdruck verschwindet.“ Dazu gebe es doch keine vertretbare Alternative: den Realitäten Rechnung zu tragen und vorsorgend die erforderlichen materiellen Infrastrukturen — vor allem seien auch die Asylberatung und die soziale Betreuung genannt — bedarfsgerecht auszubauen. Der Abgeordnete machte deutlich, daß in der Praxis des Landes Nordrhein-Westfalen versucht werde, die Würde von ausländischen Flüchtlingen, etwa durch die Gestaltung der Bedingungen der sozialen Versorgung, der Betreuung, zu untergraben.

**Sozialminister Hermann Heinemann** (SPD) erklärte, wenn erst einmal eine Massenflucht von Asylbewerbern und Wirtschaftsflüchtlingen einsetze, gebe es kein perfektes Vorgabeprogramm mehr. Das Gebot der Stunde laute: durch verstärkte Wirtschaftshilfe, insbesondere durch drasti-

sche Steigerung der Entwicklungshilfe des Bundes, die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen. „Das ist für mich das wirksamste Flüchtlingsvorsorgeprogramm.“ Der Minister verwies ferner darauf, für die Aufnahme und Unterbringung der ausländischen Flüchtlinge bringe das Land mehr als eine Milliarde Mark auf. Heinemann beklagte indessen, es gehe nicht weiter an, daß rund 20 Prozent seines Haushalts für den Personenkreis der Asylbewerber zur Verfügung gestellt werden müßten. „Das Geld, das ich dort ausbebe, steht mir für Kindergärten und für die Altenpflege nicht mehr zur Verfügung. Auch diese Menschen muß ich sehen, nicht nur einen Personenkreis“, folgerte der Minister.

**Albert Leifert** (CDU) sagte, wer auch immer in unser Land komme, und wer auch immer in unserem Lande sei, ob berechtigt oder unberechtigt, der habe Anspruch auf unseren Schutz — jeder! Aber dieser Schutz könne auf Dauer nur gewährleistet werden, wenn Mißbräuchen gewehrt werde. Die hohe Anzahl der Aufzunehmenden, die Länge der Verfahren und die Tatsache, daß viele unter Mißbrauch des politischen Asylrechts gekommen seien, kämen und blieben, ohne daß die Politik handele, lasse den Unmut der Bürgerschaft wachsen.

**Horst Radtke** (SPD) bekräftigte, das Land Nordrhein-Westfalen sei seiner Verpflichtung im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Lösung der Asylprobleme bisher nachgekommen. Es sei immerhin das einzige Land, das Sozialhilfeleistungen für De-facto-Flüchtlinge erstatte. Die SPD-Landtagsfraktion werde im Rahmen der Haushaltsdebatte einem Teil des CDU-Antrags entsprechen. Sie werde dafür eintreten, die Kosten erstattung für De-facto-Flüchtlinge über den 31. Dezember hinaus zu verlängern. „Damit tun wir ein gutes Werk zur Finanzierung dieser Aufgabe in den Städten.“



Immer wieder ein eindrucksvolles Bild: Die Abgeordneten stimmen im Plenum des Landtags ab und fällen damit eine parlamentarische Entscheidung (Bild links). Lebhaften Anteil am Debattenverlauf nehmen mehr und mehr junge Leute, auch wenn die eine oder den anderen wegen der zum Teil langen Anfahrten und der Vielzahl der Eindrücke einmal kurz die Müdigkeit, emanzipatorisch ausgedrückt, übermannt/-frau (Bild rechts).  
Fotos: Schüler

## Große Anfrage der SPD – Aussprache über Antwort

# Soziale Gestaltung von Technik bewirkt auch Wirtschaftlichkeit

In der Aussprache über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD zur „Technikentwicklung und -gestaltung in sozialer Verantwortung“ (Drs. 11/2226) am 2. Oktober berichteten Redner der SPD und F.D.P. von großen Erfolgen in NRW, während der CDU-Redner der Regierung jahrelange Technikbehinderung und die Grünen-Rednerin zu starke Technikförderung vorwarfen.

**Helmut Helwig** (SPD) nannte als Ziel der Großen Anfrage eine gründliche Bestandsaufnahme der NRW-Technologiepolitik. In der Antwort beeindruckten die Erfolge: 33 Technologiezentren, Transfer-, Beratungs- und Weiterbildungseinrichtungen. Der Strukturwandel sei gemeinsam erreicht worden. Die NRW-Initiativen zur sozialverträglichen Modernisierung würden inzwischen von anderen Ländern übernommen. Künftig gehe es um weniger Hinnahme von Großrisiken wie Ozonloch und Gentechnik. Im Kinderparlament hätten im Landtag die Kinder zum Teil sehr präzise auf den verheerenden Umgang mit Natur und Umwelt aufmerksam gemacht. Bei der Risikobewertung bejahe der Ausschuß Mensch und Technik die Freiheit der Wissenschaft, aber auch die demokratische Kontrolle bei der Anwendung.

**Lothar Hegemann** (CDU) hielt Anfrage und Antwort für eine Selbstdarstellung der Regierung. Unverschämt sei die falsche Bewertung anderer Bundesländer. In der Antwort werde das in der Technologiepolitik führende Bayern kaum erwähnt und die neuen Bundesländer übersehen. Lediglich ein Institut mit Altstalinisten werde genannt. In der Sache habe es das Festhalten und die Förderung alter Strukturen, ferner Technologieförderung bei Kohle und Stahl gegeben. Kernkraft sei als Höllenfeuer verteufelt worden und habe keine Chance in NRW. Bei der Verkabelung sei die SPD auf den fahrenden Zug gesprungen, auch in der Medienpolitik sei sie um zehn Jahre zu spät. Zwar gebe es einige vernünftige Institute, aber Industrie und Verbände würden von gewerkschaftslastigen Einrichtungen außen vor gelassen. Die Technik suche sich ihren Markt selbst, wie die Glasfasertechnik und die Telekommunikation zeigten.

**Dr. Horst-Ludwig Riemer** (F.D.P.) wandte dagegen ein, in der Antwort sei beachtliche

Substanz zu finden, allerdings müsse man über politische Lyrik und eine Sprache hinwegsehen, die allesand manches vergrabe. Die Regierung habe sich jedoch zuviel Zeit gelassen. Die Technikbewertung, die anfangs als Sozialverträglichkeitsprüfung, möglichst durch den Staat, gedacht worden sei, solle jetzt die Gesellschaft selbst vornehmen. Das sei ein erfreulicher Wandel. Der Rangfolge Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit sei zuzustimmen. Letzteres solle besser als menschenwerte Technik behandelt werden.

**Dr. Katrin Grüber** (DIE GRÜNEN) hielt die Antwort für zu einseitig auf Technikentwicklung, zu wenig auf -gestaltung ausgerichtet. Die Regierung nehme Kritik nicht ernst. Wenn soziale Faktoren der Effizienz geopfert würden, werde Technikfolgenabschätzung zur Akzeptanzbeschaffung. Auch nichttechnische Lösungen könnten zum Ziel führen. Der Transrapid etwa sei unsinnig, er löse kein Problem. Der positive Ansatz im SoTech-Programm werde in sechs Jahren mit so vielen Mitteln gefördert wie mittelständische Technik in einem Jahr. Garzweiler II als sozial- und umweltverträglich zu bezeichnen, sei ein schlechter Scherz. Die Grünen hielten qualitative Kriterien für nötig. Technische Entwicklung müsse verlangsamert werden, damit die Meinungsbildung stattfinden könne.

**Sozialminister Hermann Heinemann** (SPD) knüpfte an wachsende Arbeitslosigkeit und Technikängste Anfang der 80er Jahre an. Statt Fortschrittsblockade oder wirtschaftlichen Ausverkauf habe sich NRW der Zukunft gestellt und die soziale Qualität der Modernisierung gestärkt. Das integrierte NRW-Konzept sei beispielhaft. Der Erfolg gebe ihm recht. Es gehe um Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft bei Erhaltung der Arbeitsplätze und sozialer

Sicherung. Bei der Gestaltung habe NRW eindeutig eine Vorreiterrolle übernommen. Das anfänglich skeptisch betrachtete SoTech-Programm werde heute weitgehend akzeptiert. Durch sozialverträgliche Gestaltung verbesserten sich Betriebsergebnisse.

**Wolfram Kuschke** (SPD) dankte für die sachliche Diskussion, was allerdings nicht für den CDU-Redner gelte. Hegemann habe nicht zum Thema, sondern zur Wirtschaftsförderung gesprochen. Bei der Modernisierung dürfe die Gesellschaft nicht in Gewinner und Verlierer gespalten werden. Technikgestaltung müsse dezentral vor Ort stattfinden. Der Ausschuß könne sich dort zur Verfügung stellen. Allgemein müßten soziale Faktoren mehr als Produktionsfaktoren gesehen werden. Das Gespräch mit Verbänden und der Praxis habe zu einem guten Klima geführt. Schließlich habe sich die Praxisorientierung und Zusammenarbeit mit Unternehmen bewährt.

**Christa Hundermark** aus Bielefeld ist zur ersten Oberstaatsanwältin in Ostwestfalen-Lippe ernannt worden. Frau Hundermark, die aus Bad Oeynhausen stammt, wird in der Bielefelder Staatsanwaltschaft als Abteilungsleiterin unter anderem für politische Straftaten und Pressestrafsachen zuständig sein.

## AG Schieflage

Im Haushalts- und Finanzausschuß wurde am 17. Oktober der SPD-Antrag „Ein neues Gleichgewicht in der bundesstaatlichen Finanzverteilung schaffen“ (Drs. 11/2441) mit den Stimmen der SPD gegen CDU bei Enthaltung der Grünen angenommen (die F.D.P. war nicht vertreten). Darin wird die Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat für eine Korrektur der „Schieflage“, so der Name einer Arbeitsgruppe im Finanzausschuß des Bundesrats, in den Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden einzutreten, insbesondere für eine deutliche Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer und für eine Beteiligung der Länder und Gemeinden am Mineralölsteueraufkommen. CDU-Sprecher bekundeten die Bereitschaft ihrer Fraktion, an grundsätzlichen Neuregelungen der gesamtstaatlichen Finanzbeziehungen mitzuarbeiten. Der SPD-Antrag störe jedoch das Klima, die CDU fühle sich der besonderen bundesstaatlichen Verantwortung verpflichtet. Das Mitglied der GRÜNEN-Fraktion trat für Umweltabgaben als eigenständige Landeseinnahmen ein. Finanzminister Schleußer befürwortete eine grundsätzliche Aufgaben- und Ausgabenordnung der drei Ebenen staatlicher Verwaltung.



Um moderne Technik, Sicherheit und soziale Gestaltung von Strukturwandel ging es auch beim Besuchsprogramm des Grubenausschusses in Polen, hier vor der Ver- suchsgrube Barbara bei Kattowitz zusammen mit polnischen Kollegen (ausführlicher Bericht in der vorigen Ausgabe).

## **Gorlas: Mit perspektivloser Agrarpolitik der EG muß endlich Schluß sein**

### **Agrarbericht der Landesregierung findet auch bei Opposition einige positive Resonanz**

*Über Umweltschutz und Landwirtschaft — Umweltverträgliche und standortgerechte Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen hat der Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion debattiert (Drs. 11/803). In die Aussprache einbezogen war eine Mitteilung der Landesregierung.*

**Johannes Gorlas** (SPD) berichtete, die bisherige Markt- und Preispolitik sei total gescheitert. Das könne man daran erkennen, daß trotz Milliarden-Subventionen für die Landwirtschaft das Höfesterben immer weitergehe und immer weniger Landwirte eine Zukunftsperspektive hätten. Der Abgeordnete nannte ein Beispiel. In der alten Bundesrepublik seien 312 000 Hektar Ackerfläche stillgelegt worden. Das entspreche einer Verminderung der Getreideanbaufläche um 6,4 Prozent. Diese Aktion koste den Steuerzahler über 400 Millionen Mark. Die Getreideerzeugung sei aber dann nicht um etwa den gleichen Prozentsatz zurückgegangen, sondern noch einmal um 6,1 Prozent mit der Folge gestiegen, daß der Preis gefallen und der arbeitende Bauer dabei wieder einmal der Gelackmeierte sei. „Ich denke, mit dieser unbezahlbar gewordenen und auch perspektivlosen Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft muß endlich einmal Schluß sein“, sagte Gorlas und betonte, er halte auch in Zukunft eine Subventionierung der Landwirtschaft für erforderlich, jedoch keine, die weiter zur Überschussproduktion ermuntere, sondern eine, die auch beim Bauern ankomme. Der Abgeordnete begrüßte den vorliegenden Bericht. Die Landesregierung habe in ihrem Programm den richtigen Weg gewiesen.

**Eckhard Uhlenberg** (CDU) nannte das Papier, das vorgelegt worden sei, ganz interessant. Er brachte jedoch Kritikpunkte an. Die Landesregierung habe ja die Extensivierung in den Mittelpunkt ihrer agrarpolitischen Arbeit gestellt. Lese er sich nun dieses Papier der Landesregierung durch, so frage er sich, was denn in NRW geschehe, um die Extensivierung auf den Ackerflächen voranzubringen. Er müsse feststellen: Fehl-anzeige! „Man schimpft auf Brüssel, und man schimpft auf Bonn. Aber für die SPD-Fraktion reicht das ja“, sagte der Abgeordnete, wies dann aber darauf hin, daß er sich über die Aussagen zum integrierten Landbau freue. „Wir freuen uns darüber, daß unser Antrag zum integrierten Pflanzenbau nun in die landwirtschaftliche Praxis in Nordrhein-Westfalen umgesetzt wird.“ Uhlenberg vermißte dagegen Aussagen zur Klärschlammproblematik. Er wandte sich ferner an den Minister mit der Aufforderung, das Landesamt für Agrarordnung in Münster zu lassen. Er bat darum, das Gutachten, das der Minister selbst in Auftrag gegeben habe, abzuwarten, und dann erst zu entscheiden.

**Friedel Meyer** (F.D.P.) vertrat die Ansicht, daß die im Bericht angeführten Forschungs-

programme im Interesse der Landwirte und der Umwelt beibehalten und weiter ausgebaut werden müßten. Was die Vermarktung anbetreffe, habe die F.D.P. vor geraumer Zeit die Einführung eines Gütesiegels gefordert. Zu dieser Einsicht sei der Minister inzwischen auch gekommen. Dies könne man im Namen der Verbraucher wohl nur als positiv bewerten. Zum Feuchtwiesenprogramm erklärte Meyer, dieses Programm sei nach schweren Geburtswehen bisher sehr gut gelaufen.

**Siegfried Martsch** (DIE GRÜNEN) bedauerte, daß es in NRW im Ansatz keine Gemeinsamkeiten zwischen grüner und sozialdemokratischer Agrarpolitik gebe. Er meinte, Matthiesen und die nordrhein-westfälische SPD befänden sich in der Agrarpolitik schon längst nicht mehr in einem Boot mit ihrer Bundespartei. Zu den Zielen des Programms sagte Martsch, man habe eine andere Vorstellung davon, wie dies geschehen solle. „Wir möchten diesen Schutz der Natur und der Umwelt flächendeckend und überall. Wir möchten für möglichst alle Betriebe der bäuerlichen Landwirtschaft flächendeckend eine Existenzsicherung haben“, und nicht, wie es im Programm abermals zum Vorschein komme, eine Aufteilung der Landwirtschaft in schützenswerte Gebiete, in Schutzgebiete, in denen dann die Bevölkerung des Ruhrgebiets am

Sonntag den Brachvogel betrachten könne, und daneben die weitere Entwicklung einer intensiven Landwirtschaft hin bis zur agrarindustriellen Landwirtschaft. Diese Aufteilung müsse ein Ende haben.

**Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen** (SPD) sagte, die Landesregierung habe mit ihrem Bericht sehr deutlich gemacht, „daß wir uns mit dem Programm, zusammen mit den Verbänden, den Kammern und anderen Beteiligten modellhaft vorzuführen, wie umweltgerechte und standortgerechte Landwirtschaft im Rahmen von Landeszuständigkeit organisiert werden kann, auf einem guten Weg befinden“. Matthiesen ging dann auf ein Papier des Bundeswirtschaftsministers Möllemann (F.D.P.) ein. Matthiesen sagte, er sei sehr besorgt, wenn er sich vorstelle, daß Herr Möllemann vielleicht aus den industriepolitischen Interessen der Bundesregierung Deutschland heraus bereit sei, für die Bundesregierung bei den GATT-Verhandlungen eine Verhandlungsposition einzunehmen, die der deutschen Landwirtschaft keinerlei Zukunftschancen lasse. Bei ihm, Matthiesen, läuteten alle Alarmglocken. „Nachdem ich gemerkt habe, welchen Flurschaden er in der Kohlepolitik angerichtet hat, möge er uns bitte mit einem ähnlichen Flurschaden in der Agrarpolitik verschonen“, stellte der Landwirtschaftsminister fest.



*Blick auf die Regierungsbank im Plenum: v.l. der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Klaus Matthiesen, sowie Kultusminister Hans Schwier (beide SPD).*

### **Auf Grünflächen: Frischer Häcksel statt Herbizide**

Frisches Gehölz- und Rindenhäcksel sowie Rindenmulch haben, abgesehen von der Notwendigkeit des Recycling, positive Wirkungen auf Struktur und Wasserhaltung des Bodens. Sie fördern das Bodenleben und vermindern die Erosionsgefahr. Von ihnen geht vielfach eine schwachherbizide Wirkung aus, durch die eine Anwendung von chemischen Herbiziden vermieden werden kann.

Das teilt das Umweltministerium auf eine Kleine Anfrage des GRÜNEN-Abgeordneten Siegfried Martsch mit (Drs. 11/2470).

### **Russischer Bildungsminister besuchte Landtag**

Vor Mitgliedern des Kulturausschusses, Vertretern des Bildungswesens und im Beisein von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose hat der russische Bildungsminister Eduard Dimitrijewitsch Dneprow über das Bildungswesen in der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik berichtet. Wie Klose mitteilte, bat der Minister dabei um Hilfe für ein demokratisches Bildungswesen in Rußland, das wiederum die jungen Menschen zu einer demokratischen Haltung erziehen könne. Dneprow war zuvor Gast des nordrhein-westfälischen Kultusministers Hans Schwier (SPD) gewesen.

## Fachhochschulstandort Bocholt: Gute Argumente und kein Geld

Der Landtag hat am 4. Oktober an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung den Antrag der CDU (Drs. 11/2292) überwiesen, in Bocholt eine Fachhochschulabteilung des Landes NRW zu errichten.

**Heinrich Kruse** (CDU) nannte in der Begründung das westliche Münsterland und den unteren Niederrhein „den einzigen weißen Fleck auf der hochschulpolitischen Landkarte in NRW“. Die Lage und die Nähe zu Holland ergäben eine besondere Chance zu „einem europa- und binnenmarktorientierten Hochschulmodell mit gemischtsprachigem Angebot von Lehrveranstaltungen“. Im übrigen habe die Stadt Bocholt schon vor Jahren ein entsprechendes Gelände erworben, es gebe zudem eine Fördergesellschaft. Nun gelte es, für eine ganze Region ein Zeichen zu setzen.

**Rudolf Apostel** (SPD) umriß den Standpunkt der SPD: Im Grundsatz stimme man zu, daß eine FH-Abteilung ein positives Element zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur sei. Nicht folgen könne man der Behauptung, angesichts des geplanten Ausbaus der Fachhochschulkapazität im Lande könne dies kostenneutral erfolgen: „Jeder neue Standort kostet überproportional zusätzliches Geld“, sagte Apostel. Darum könne man Bocholt zur Zeit nicht verwirklichen; sobald sich die Lage gebessert hat, „sind wir sofort wieder zusammen“. Aber eine Entscheidung unter Zeitdruck diene nicht der Sache Bocholts.

**Joachim Schultz-Tornau** (F.D.P.) war auch der Meinung, daß der weiße Fleck nicht blei-

ben solle. Dabei dürfe es nicht bei unverbindlichen Willenskundgebungen bleiben, „sondern wir wollen Bocholt auch in den entsprechenden Beschlüssen des Parlaments mit einem klaren Auftrag an die Regierung festhalten“. Über Zeitpunkte könne man sich noch unterhalten. Das Engagement der Region für diesen Standort sei „beeindruckend“, und darum sei er dafür, „Nägel mit Köpfen zu machen“.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) bezifferte die Haltung im Plenum sportlich: Es stehe 3:1 für Bocholt, denn auch seine Fraktion sei für diesen Standort mit vier „Idealfaktoren“, die er benannte. Wer den Begriff „Regionale Strukturpolitik“ nicht als leere Hülse verwende, der müsse für die Abteilung in diesem Raum sein. Er sah bei dem einhelligen Willen der Region eine gute Chance für Integration und Ausbau dieser Hochschule, warnte jedoch vor einer zu engen Bindung an die Wirtschaft. Die finanziellen Gegenargumente hielt er für nicht stichhaltig.

**Marie-Luise Woldering** (CDU) freute sich über die Unterstützung der örtlichen SPD für das Projekt und bedauerte die Haltung der SPD im Landtag. Wenn man es mit der Regionalisierung im Hochschulwesen ernst meine, dann brauche man diese Hochschule — nicht zuletzt auch als „Innovationschub für unsere Wirtschaft“. Da der beabsichtigte Studienplatzausbau an anderer Stelle Probleme schaffe, solle jetzt diese Region zum Zuge kommen.

**Siegfried Martsch** (DIE GRÜNEN) sah nir-

gends ernsthafte Argumente gegen den Standort Bocholt. Wenn Bocholt nicht komme, dann sei das Folge der „Politik für Metropolen“, mit der die Austrocknung der ländlichen Regionen betrieben werde. Bocholt bekomme seine Hochschule, weil man das auf Dauer nicht durchstehen könne. „Wir werden Sie zwingen, dieser Fachhochschule zuzustimmen. Es wird Ihnen eines Tages leid tun, daß Sie aus Kostengründen nein gesagt haben“, wandte sich der Sprecher an die SPD.

**Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) beleuchtete die positive Entwicklung der Fachhochschulen im Lande und bezeichnete das Bocholter Angebot als sehr gut und ebenso die Hilfen, die für die Gründung einer Fachhochschule geboten würden. „Der Witz ist nur: Man muß sie nicht nur starten, sondern auch auf Dauer bezahlen können.“ Die Nachfrage sei in der Region sicher gegeben, die Hochschule wäre auch ein bedeutender Wachstumsfaktor, die Kooperation über die Grenze hinweg böte sich an, trotzdem könne man aber gegenwärtig keine positive Entscheidung treffen: Den Hochschulen unter Überlast sei nicht verständlich zu machen, daß Mittel in den Bau einer neuen Hochschule gesteckt würden, anstatt sie zum Abbau dieser Überlast einzusetzen.

**Rudolf Apostel** (SPD) konkretisierte die Kosten: Es gehe um 100 Millionen Mark, hinzu kämen 25 Millionen jährliche Betriebskosten. Da sehe er keine Möglichkeit, dies zusätzlich zu den vorhandenen Haushaltsansätzen zu finanzieren.

## Plenum erörtert WFA-Eingliederung in die Landesbank

In erster Lesung hat der Landtag am 2. Oktober den Entwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Regelung der Wohnungsbauförderung (Drs. 11/2329) debattiert und ihn einstimmig zur weiteren Beratung an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen.

**Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) umriß die beiden Ziele, die die Landesregierung mit der Integration der WFA in die WestLB verfolgt: Zufuhr zusätzlich haftender Eigenmittel für die Bank, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten und den Eigenkapitalanforderungen nach EG-Recht zu genügen; zum anderen solle die erfolgreiche Arbeit der WFA nach der Integration in die WestLB „unter Steuerung und Verantwortung des Landes grundsätzlich unverändert fortgeführt“ werden. Die Bank brauche mehr Eigenkapital, um neben der Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit auch ihre Aufgaben als Staatsbank bei der aktiven Gestaltung des Strukturwandels wahrzunehmen. Das WFA-Vermögen seinerseits werde als zweckgebundene Sonderrücklage in die WestLB-Bilanz eingestellt. Die Zweckbindung der WFA-Überschüsse und -rückflüsse für das Wohnungsbauvermögen werde festgeschrieben. Der Integrationsweg sei vor zwei Jahrzehnten schon in Bayern gegangen worden, in anderen Ländern sei er

vollzogen oder werde erwogen; es sei der richtige Weg.

**Bauministerin Ilse Brusis** (SPD) wies auf die eingehende Prüfung der Frage hin, die sie vorgenommen habe: Nimmt die Wohnungsbauförderung im Lande durch die Eigenkapitalverstärkung der WestLB Schaden? Nach sorgfältiger Erwägung sei sie zu dem Schluß gekommen: „Der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf weist einen Weg, der auch von der Wohnungspolitik mitgetragen werden kann.“ Die Ministerin kritisierte das wenig verantwortliche Verhalten der CDU in dieser Frage, die von vornherein ihre Ablehnung formuliert habe.

**Hartmut Schauerte** (CDU) bezweifelte die Kostenneutralität der Kapitalübertragung, er kenne keinen kostenträchtigeren Beschluß des Landtags wie diesen. „Das Land verschenkt an die WestLB 8,8 Milliarden Mark Wohnungsbauvermögen, das in über 40 Jahren von vielen Rechtsvorgängern angesammelt worden ist“, betonte er und fügte hinzu, „diese Entscheidung ist für dieses Parlament nie wieder rückholbar.“ Es gebe noch viele offene Fragen, und die CDU hege rechtliche Bedenken, zumal es sich bei den zugeführten Mitteln letztlich um „qualitätsgemindertes Kapital“ handle. Mit diesem Schritt wolle die SPD eindeutig den staatlichen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik erweitern und in Lenkung und Planung der Großindustrie eingreifen. „Das ist im Grunde die Bildung von westdeutschen Kombinat.“

**Robert Schumacher** (SPD) bestritt, daß die vorgeschlagene Lösung eine Gefahr für das Wohnungsbauvermögen des Landes dar-

stelle. Solange eine Landesregierung wie die jetzige den Wohnungsbau als politische Priorität begreife, sei das Vermögen gesichert, Gefahr drohe erst dann, wenn eine andere Mehrheit den Wohnungsbau als nachrangige Aufgabe ansehe.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) wiederholte die Auffassung der F.D.P., daß die WFA überflüssig und aufzulösen sei. Wenn man die WestLB wettbewerbsfähig halten wolle, müsse man deren Haftungskapital aufstocken. Das könne, da die anderen Kassen des Landes leer seien, mit dem Landeswohnungsbauvermögen geschehen. Seine Fraktion sehe jedenfalls absoluten Handlungsbedarf und hoffe auf eine richtige Entscheidung nach den Beratungen.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) griff den falschen Titel des Entwurfs an, er müßte lauten „WestLB-Subventionierungsgesetz“. Es gehe der SPD und der Regierung nicht um Wohnungs-, sondern um Strukturpolitik. Wobei allerdings festzuhalten sei, daß eine Großbank, die sich erklärtermaßen nicht an der strukturpolitischen Verantwortung ausrichte, Etikettenschwindel betreibe. Es handle sich nur um die verdeckte Erhöhung des Haftungskapitals zugunsten der WestLB „zu Lasten des Landes NRW und der anderen Gewährsträger“. Mit der Übertragung werde die Stellung der Bauministerin geschwächt und die des Finanzministers gestärkt. ★

Im folgenden ergriffen noch die Abgeordneten **Siegfried Zellig** (CDU) und **Gerd-Peter Wolf** (SPD) das Wort. Auch Finanzminister **Heinz Schleußer** (SPD) ging noch einmal ans Rednerpult.

## Fraktionen einig: Länderparlamente bei Reform des Grundgesetzes gleichberechtigt beteiligen

Die vier im Landtag Nordrhein-Westfalen vertretenen Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN haben sich am 4. Oktober in einem gemeinsamen Antrag dafür ausgesprochen, daß die Länderparlamente bei der Reform des Grundgesetzes gleichberechtigt beteiligt werden müßten. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe erklärte nach der Aussprache, sie wolle dies direkt den anderen Länderparlamenten mitteilen. „Ich denke, es wäre sehr gut, wenn wir auch aus anderen Länderparlamenten ähnliche Beschlüsse bekämen. Es wäre noch wirksamer“, betonte die Präsidentin. Sie kündigte an, den Antrag auch der Bundestagspräsidentin zuleiten zu wollen.

**Jürgen Büssow** (SPD) bezeichnete es als gut, daß sich die vier Fraktionen des Hauses zu der Konstituierung der Verfassungskommission in Bonn, wo das Grundgesetz ergänzt oder in Teilbereichen reformiert werden solle, äußern wollten. Dem Antrag, den man heute beraten und verabschieden wolle, liege die Situation zugrunde, daß die Länderparlamente der Bundesrepublik Deutschland an der Verfassungsdebatte und an der Verfassungsreform nicht beteiligt werden sollen, Bundestag und Bundesrat wohl. In der Begründung des Antrages heiße es, daß in der Debatte um den Standort des Regierungssitzes die Befürchtung zum Ausdruck gekommen sei, daß sich durch die Entscheidung für Berlin als Parlaments- und Regierungssitz ein neuer politischer Zentrismus in der Bundesrepublik herauschälen könne. Diese Begründung sei in der Debatte zurückgewiesen worden, mit guten Gründen. Wenn die Länder nicht an der Verfassungsreform beteiligt werden, würde das bedeuten, daß ein neuer Unitarismus, eine neue Tendenz zu einem Zentralstaat angelegt würde, der die föderative Grundordnung der Bundesrepublik in Frage stelle. „Ich freue mich, daß wir uns gemeinsam darauf geeinigt haben, daß die Länderparlamente aus eigenem Recht ihre Vertreter bestimmen können sollten, die dann ihren föderativen Beitrag in die Diskussion einer Verfassungsreform einbringen könnten.“

**Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) sagte: „Daß sich der Landtag mit der Unterstützung aller Fraktionen entschließt, sein Mitwirkungsrecht an der Beratung der Kommission zur Reform des Grundgesetzes einzufordern, halte ich für richtig. Das entspricht unserem Selbstverständnis.“ Föderalismus sei eine jahrhundertlange Tradition in der deutschen Verfassungsgeschichte. Das Kaiserreich und die erste deutsche Republik seien föderalistisch organisiert gewesen, die Bundesrepublik auch. Aber man befürchte nicht nur Kompetenzverluste im Hinblick auf eine etwaige Neuordnung des Grundgesetzes, sondern auch im Hinblick auf Europa. Hier gehe es darum, daß der Landtag durch seine Teilnahme deutlich mache, daß er sich bewußt sei — wie es auch die anderen Länderparlamente sein sollten —, daß die Bundesstaatlichkeit nur auf Dauer erhalten werden könne, wenn die Länderparlamente ihr Selbstverständnis zum Ausdruck brächten und die regelmäßige Beteiligung an verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Diskussionen anmeldeten. „Das geschieht hiermit.“

**Dr. Horst-Ludwig Riemer** (F.D.P.) faßte die Begründung der F.D.P. für die Forderung nach einer Beteiligung an der Verfassungsreform in vier Punkten zusammen: Der Rechtsstatus der Länder sei nicht vom Bund abgeleitet. Mit der Gründung des Bundesstaates hätten Bund und Länder zugleich

und gegenseitig, wenn auch begrenzt, originäre Souveränität. Bei der Neuordnung der Verfassung des Gesamtstaates hätten die Länder daher einen sich aus ihrem Eigenständigkeitsstatus ergebenden Anspruch auf angemessene, ja gleichgewichtige Mitwirkung. Historisch sei der Staat durch Beitrittsentscheidungen der Länderparlamente gegründet worden. Dieser Konstituierungsakt unterstreiche grundpolitisch das Wirkungsrecht der Länderparlamente, wenn es jetzt wieder um die Verfassung als Ganzes gehe. Das Ergebnis des historischen Ereignisses, daß es letztlich das Volk gewesen sei, das die Einheit Deutschlands herbeigeführt habe, müsse sein, daß der kooperative Föderalismus eine wesentlich verstärkte demokratische Dimension erhalte. Der Anfang dafür müsse mit der Beteiligung der Länderparlamente an der Verfassungsarbeit gemacht werden. Die gewaltigen Aufgaben der inneren Integration seien nur durch Identifikation und Solidarität der Bürger zu bewältigen. In diesem Prozeß müßten deshalb insbesondere alle Demokratie-Institutionen, an der Spitze die Parlamente, ihren Beitrag leisten.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) sagte, die Verfassung, die man bisher gehabt hätte, sei eine gute Grundlage. Sie müsse in vielen Punkten überarbeitet werden, zum Beispiel in Richtung Umweltschutz, weil damals diese Probleme noch gar nicht erkannt worden seien, aber zum Beispiel auch hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen und Männern, die in der Praxis überhaupt noch nicht erreicht worden sei. Das wären Punkte, die

neben mehr demokratischen Strukturen neu in dieses Grundgesetz aufgenommen werden müßten. Zum Verfassungsrat sagte Frau Höhn, die jetzige Konstellation sehe katastrophal aus. Es werde eine Kommission aus 64 Mitgliedern geben, 32 davon aus dem Bundestag, und zwar Mitglieder des Bundestages; es sei also nicht so, daß der Bundestag sie bestimmen könne und damit auch Experten als Mitglieder hineinwählen könnte. Die 32 anderen Mitglieder werden Vertreter des Bundesrates sein — und das im wesentlichen Regierungsvertreter, also Menschen aus der Administration. „Ich habe nichts gegen Leute aus der Verwaltung; aber das ist keine Grundlage, die Verfassung, die wir haben, wirklich im positiven Sinne zu verändern“, betonte die Abgeordnete.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) erklärte für den Ministerpräsidenten, die Landesregierung habe sich mit großem Nachdruck dafür ausgesprochen, daß nach Herstellung der deutschen Einheit die Fortentwicklung des Grundgesetzes zum Gegenstand einer breiten Diskussion gemacht werden solle, in die alle politischen Kräfte einbezogen sein sollten, auch die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Diese Diskussion solle die Menschen zusammenführen und Verfassungsbewußtsein bei ihnen wecken. Auch sei es darum gegangen, den Föderalismus zu stärken. „Wir haben uns deshalb für einen Verfassungsrat ausgesprochen, dem auch die Mitglieder der Landtage angehören sollten und könnten.“ Bedauerlicherweise habe es dafür keine Mehrheit gegeben. Da es um eine Frage der Verfassungsänderung im Rahmen des geltenden Grundgesetzes gehe, was man so habe akzeptieren müssen, seien „fast sachlogisch“ die Parlamentarier des Bundestages und des Bundesrates an einem Tisch gewesen, was nicht sachgerecht gewesen sei. „Die Parlamente gehören selbstverständlich mit an den Tisch.“



Bürgermeister und Abgeordnete aus Emek Hefer in Israel haben den nordrhein-westfälischen Landtag besucht. Ihre Gesprächspartner waren die Abgeordneten Hans-Dieter Moritz (SPD, 8. v.l.) sowie Hagen Tschoeltsch (F.D.P., 2. v.l.) und der stellvertretende Landtagsdirektor Volker Krieg (r.). Zwischen den Kreisen Emek Hefer in Israel und Siegen-Wittgenstein in Nordrhein-Westfalen besteht seit mehr als 25 Jahren eine sehr lebendige Partnerschaft. Die beiden Parlamentarier sind in Neunkirchen im Kreis Siegen-Wittgenstein zu Hause.  
Foto: Leuschner

## Kommunale Spitzenverbände zu Finanzen 1992

### Nachteile bei Einheitskosten-Umlage befürchtet

Dem Ausschuß für Kommunalpolitik trugen am 9. Oktober die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und der Landschaftsverbände ihre Einwände und Bemerkungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz 1992 vor. Im Mittelpunkt der vom Vorsitzenden Dr. Jörg Twenhöven (CDU) geleiteten Anhörung stand in diesem Jahr die Berechnung des Solidarbeitrags zur Deutschen Einheit.

„Die Städte bekennen sich zu ihrer finanziellen Mitverantwortung für den Einigungsprozeß“, führte Beigeordneter Hans Joachim Schäfer (NRW-Städtetag) aus, meldete jedoch Bedenken gegen die neue Beteiligungsformel an. Wenn die Kommunen an gestiegenem Umsatzsteueraufkommen nur in Höhe der Verbundquoten teilhätten, müsse das auch bei Mindereinnahmen gelten. Rechtlich bedenklich sei aber der jetzt praktisch gesplittete Verbundsatz. Dieser

müsse für das gesamte Aufkommen aus den Gemeinschaftssteuern (Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer) gelten. Andernfalls könne daraus ein Einstieg in weitere Sonderbelastungen der Kommunen werden. Ein erhöhter kommunaler Beitrag zu den Kosten der Deutschen Einheit könne nicht hingenommen werden. Im übrigen gehe der Finanzminister von zu niedrigen Steuereinnahmen aus.

Beigeordneter Heinrichs (NRW-Städte- und



Zum letzten Mal nahm Landkreistag-Sprecher Dr. Adalbert Leidinger (r.) im Landtag zu den Gemeindefinanzierungsstellen, daneben v. r.: Hans Joachim Schäfer (Städtetag), Beigeordneter Heinrichs (Städte- und Gemeindebund), Erster Landesrat Ferdinand Esser (Landschaftsverband Rheinland), Erika Rothstein (SPD), Beigeordneter Dr. Krämer, Albert Leifert (CDU), Dr. Jörg Twenhöven (CDU, Ausschußvorsitzender), Staatssekretär Wolfgang Riotte, Michael Ruppert (F.D.P.).  
Foto: Leuschner

Gemeindebund) kritisierte eingangs, daß Nordrhein-Westfalen beim Gerichtstermin zum bundesstaatlichen Finanzausgleich in Karlsruhe nur unzureichend vertreten gewesen sei, und wiederholte dann Vorbehalte von 1990 gegen die Verbesserung des Hauptansatzes zugunsten der Großstädte. Die Abkehr vom zentral örtlichen Gliederungsprinzip benachteilige kreisangehörige Städte mit erheblichen Versorgungsfunktionen für das Umland. Der einigungsbedingte Solidarbeitrag der Kommunen in Höhe von 367,5 Millionen Mark 1992 müsse für kommende Jahre festgeschrieben werden. Die Kostenverteilung im Rahmen des Fonds Deutsche Einheit sei kein Maßstab für den kommunalen Finanzausgleich. Auch die Übernahme von Zweckzuweisungen durch das Land (Denkmalpflege, Wasserversorgung, Übergangsheime und Kindergärten) müsse von Dauer sein. An der Kfz-Steuer müßten die Kommunen, auch wegen weniger Investitionsmitteln für Straßenbau, wieder mit 25 Prozent beteiligt werden.

Um defizitäre Kreishaushalte zu vermeiden, müsse der Anteil der Kreise an den Schlüsselzuweisungen spürbar angehoben werden, führte Vorstandsmitglied Dr. Adalbert Leidinger (Landkreistag) aus, nachdem er auf weiter steigende Soziallasten hingewiesen hatte. Eine spürbare Anhebung der Kreisumlage erscheine unumgänglich, um die Haushalte auszugleichen. Beim verfassungsrechtlich bedenklichen zusätzlichen Opfer für die Einheit sei zu berücksichtigen, daß die Gemeinden und Kreise durch vielfältige personelle und finanzielle Aktivitäten bereits nachhaltige Hilfe leisteten. Insgesamt sei dem Finanzminister zuzustimmen, daß eine finanzpolitische Kehrtwende aller Ebenen nur durch kritische Aufgabenbewertung zu erreichen sei.

Die Zuweisungen gemäß Landesblindengeld entsprächen nicht mehr den veranschlagten Kosten und müßten deutlich angehoben werden, sagte Erster Landesrat Ferdinand Esser für die Landschaftsver-

Fortsetzung Seite 16

## Bedrohte Kurden

Der Grünen-Antrag „Sofortiger Abschiebestopp für Flüchtlinge aus der Türkei, dem Irak, Iran und Syrien“ (Drs. 11/1297) wurde trotz besonderen Engagements des Grünen Siegfried Martsch gemäß Ausschußempfehlung für erledigt erklärt.

**Siegfried Martsch** (DIE GRÜNEN) hielt es für absolut notwendig, sich zum Antrag zu äußern, da Kurden in dieser Region Schaden an Leib und Leben drohe. Als Folge des Golfkrieges müsse es ein Abschiebestopp geben. Verantwortung müsse wahrgenommen werden.

**Manfred Bruckschen** (SPD) bezog sich auf die Befassung im Innenausschuß, wo dem Anliegen von allen Fraktionen Rechnung getragen worden sei. Im übrigen solle die Situation in den Herkunftsländern verbessert werden.

**Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg** (CDU) hielt den Antrag, der nur noch einer gewissen Schau diene, für erledigt.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) würdigte das persönliche Engagement des Grünen-Sprechers für die Kurden. Innenminister Dr. Schnoor wies auf abgelaufene Fristen für

## Gegen Vorurteile

Der Grünen-Antrag „Gewalt gegen Schwule bekämpfen – landespolitisches Maßnahmenprogramm“ (Drs. 11/2144) wurde nach kurzer Aussprache in die Ausschußberatung überwiesen.

**Roland Appel** (DIE GRÜNEN) erklärte, auch bei diesem Antrag gehe es um Anfeindungen. Die Gewalt gegen Schwule bleibe im Verborgenen, sei jedoch alltäglich. Die Grünen-Fraktion habe in der Sommerpause Experten zur Gewalt gegen schwule Männer angehört. Jeder fünfte Schwule sei Opfer. 90 Prozent der Gewalttaten würden aber nicht angezeigt. Auch bei der Polizei würden diskriminierende Praktiken angewandt. In NRW seien Vorurteile abzubauen.

**Manfred Lucas** (SPD) hielt das Verhältnis zwischen Polizei und Betroffenen für das zur Rede passende Thema. Das Problem der Gewalt gegen Homosexuelle müsse mit Ernst und Fingerspitzengefühl angegangen werden. Zwar gebe es dringendere Probleme, aber man dürfe sich nicht davor drücken. Öffentliche Erörterungen dienten

eine Gruppenentscheidung sowie positive Nachrichten von Mitarbeitern aus der Region hin.

nicht besonders, auch nicht die Bezeichnung Schwule. Weder Freiwillig noch ein besonderer Freiraum seien angemessene Behandlung.

**Heinrich Meyers** (CDU) hielt die im Antrag geäußerten Erwartungen an die Polizei für nicht realistisch angesichts fehlender Stellen, das gelte auch für die Schule. Gleichberechtigung als Erziehungsziel zu vermitteln, sei mit Ursachenermittlung zu verbinden. Im übrigen gebe es auch verbale Gewalt. Wer wie die Grünen Toleranz verlange, solle mit gutem Beispiel vorangehen.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) hielt eine öffentliche Diskussion über Schwule für an der Zeit, damit Homosexuelle nicht in eine kriminelle Nische gerieten, weil sie sich nicht bekennen dürften. Im Ausschuß solle intensiv über ein Kölner Projekt informiert werden. Aus vielen Gesprächen mit Schwulen kenne sie deren Angst. Das Thema dürfe nicht tabu und Gegenstand von Witzeleien sein.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) sah im Antrag Übertreibungen, soweit den Behörden Voreingenommenheit gegenüber Homosexuellen unterstellt werde. Die Bezeichnung Schwule trage dazu bei, diese an den Rand zu stellen.

## Studie weist in den Wäldern des Landes erhebliches Holzpotential nach

Da sich die Studie nicht auf das Land NRW beschränkt, sondern die angrenzenden Regionen in den Niederlanden, Belgien sowie der Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen mit einbezieht, fand Michel Letocart von der Forstinспекtion Malmedy im benachbarten Belgien Gelegenheit zur Stellungnahme. Er begrüßte, daß in der Studie zum ersten Mal ein weites, grenzüberschreitendes Gebiet betrachtet worden sei, das auch die belgischen Ardennen umfasse. Letocart sprach sich für mehr grenzüberschreitende Kooperation aus, die eventuell unter der Schirmherrschaft der EG erfolgen könne. Eine Zusammenarbeit gebe es mit den deutschen Forstämtern in Monschau und Elsenborn bereits auf dem Gebiet der Wildschadensverhütung. Ein weiteres Thema seien die Schutzgebiete des Hohen Venns, wo die umfangreiche Belastung durch Erholungssuchende zu begrenzen und zu kanalisieren sei.

Assessor Welz, Sprecher des Waldbauernverbandes NRW, sah in der Studie eine gute Hilfe für die Holzindustrie, die vor Investitionsentscheidungen stehe. So hoffe man, daß das Rohstoffangebot der Forstwirtschaft im verkehrsgünstigen und verbrauchernahen Raum NRW die Industrie bewegen werde, hier vermehrte Be- und Verarbeitungskapazitäten zu schaffen. Die Waldbauern ihrerseits müßten nun ihren Willen zu einer aktiveren Vermarktung ihrer Produkte im Hinblick auf die Nachfragekonzentration stärker bündeln. Dabei biete der Waldbauernverband ein Forum für kooperatives Handeln. Zum Landeswaldbericht merkte Welz unter anderem an, „mit Freude und Erleichterung erkenne man an, daß der dritte Landeswaldbericht der Holzherstellung die ihr angemessene volkswirtschaftliche und umweltpolitische Bedeutung beimißt“.

Rainer Kerz vom Waldbesitzerverband der Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Körperschaften in NRW warnte vor örtlicher „Umwelthysterie“, die die walddnahe Holzverwertung behindere und zu der anfechtbaren umweltpolitischen Problemlösung führe, daß geringwertiges deutsches Holz nach Schweden exportiert, dort verarbeitet und als Zellstoff oder Papier

## Fortwirtschaft soll naturnah und ökonomisch sein

*Die vor zwei Jahren bei einer finnischen Consulting-Firma von der nordrhein-westfälischen Landesregierung in Auftrag gegebene „Jaakko Pöyry Studie“ über Holzaufkommen und Holzverbrauch sowie Entwicklungsmöglichkeiten der holzverbrauchenden Industrie in NRW bildete zusammen mit dem von der Landesregierung vorgelegten Waldbericht 1991 die Themen einer Anhörung des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unter dem Vorsitz von Heinrich Kruse (CDU).*

reimportiert werde. In der Bauordnung sollte dem Holz im Interesse der Konsumenten ein „bewußterer Anteil“ eingeräumt werden. Im übrigen teile man die im Waldbericht enthaltene Bewertung nicht, daß zur Abwendung der Belastungen des Waldes aus Erholungsfunktion die Regelungen des Landesforstgesetzes ausreichen: Unangeleitete Hunde, Mountainbikefahren und Orientierungsläufe erforderten eine an der Reiteregelung ausgerichtete Lösung, der sich der Landtag annehmen sollte.

Eine landesweite Waldinventur sei erforderlich, gestützt auf permanente Stichproben und vielleicht auch ein Umwelt-Monitoring-System, verlangte Herr Offermann als Sprecher des Bundes Deutscher Forstleute, Vertretung der im Wald Beschäftigten. Er begrüßte das „Mehrzweckforstwirtschaftsmodell“, denn nur über die Holzproduktion könne den Privatwaldbesitzern Anreiz geschaffen werden, den Wald zu erhalten und ihn auf künftige Generationen weiterzugeben. Auch Offermann war der Meinung, daß für Holz als umweltfreundlichem Baustoff mehr getan werden müsse, und die Förderungsmaßnahmen der öffentlichen Hand für Privat- und Körperschaftswald beizubehalten seien. Notfalls müsse Wald aufgekauft werden, wenn Gemeinden aus finanziellen Gründen daran gingen, Wald „scheibchenweise“ zu veräußern. Die Bo-

denschutzalkung des Waldes qualifizierte der Sprecher als „Offizialaufgabe des Landes“.

In Anlehnung an die finnische Studie stellte Hermann Wegelt, Sprecher des Landesverbands der Sägeindustrie und verwandter Betriebe in NRW, für das Land ein erhebliches Holzpotential fest, vor allem bei Fichte. Er warnte davor, einen ausländischen Investor für den in der Studie für erforderlich gehaltenen Großbetrieb heranzuziehen und gab zu bedenken, daß ein einziger Großbetrieb 30 mittlere und Kleinbetriebe zur Aufgabe zwingen würde, was den Verlust von 350 Arbeitsplätzen zur Folge hätte.

Dr. Klaus-Peter Kibat vom Verband Deutscher Papierfabriken rief besondere Aufmerksamkeit mit seinem Plädoyer für die in den letzten Jahren in die Diskussion geratene Fichte auf: Seiner Meinung nach sollten landwirtschaftliche Flächen bei der Umwidmung in erster Linie mit Fichte aufgeforstet werden, das sei der „Brotbaum der Forstwirtschaft und der Holzindustrie“.

Die in seinen Augen antiquierten Verkaufs- und Abrechnungsmodalitäten beim Holzkaufl kritisierte Hans-Jörg Wechselberger für den Verband der Deutschen Holzwerkstoffindustrie. Sie seien auf Dauer für die Industrie nicht hinnehmbar. Auf diesem Gebiet müsse man die Voraussetzungen für „sinnvolle“ Verträge schaffen, die eine kontinuierliche, ganzjährige Versorgung der Spanplattenwerke ermöglichen.

Neun Forderungen für ein naturnahes Wald-Ökosystem nannte der Sprecher der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt, Professor Dr. Wilfried Stichmann: Erhöhung des Waldanteils im Lande auf den Bundesdurchschnitt, Vergrößerung des Laubholzanteils, Ausrichtung des Wildbestands an der ökologischen Tragfähigkeit des Waldes, gesetzgeberische Initiativen gegen die unregelmäßige Nutzung des Waldes, Abänderung der Verkehrssicherungspflicht der Waldbesitzer, naturnahe Bewirtschaftung des Staatswaldes, Ausdehnung der Waldreservate, Beteiligung der Landesgemeinschaft an der Aufstellung von Waldpflegeplänen und Ausweitung des Vertragsnaturschutzes auf die Landwirtschaft.

Besondere Kritik fand bei Helmut Scherer, Bund für Umwelt- und Naturschutz, die große Zahl der Baumfällungen unter dem Begriff „Verkehrssicherungspflicht bei Bäumen“. Um die Risiken aufzufangen, regte Scherer analog zur Waldbrandversicherung eine Haftpflichtversicherung für Baumbesitzer an.

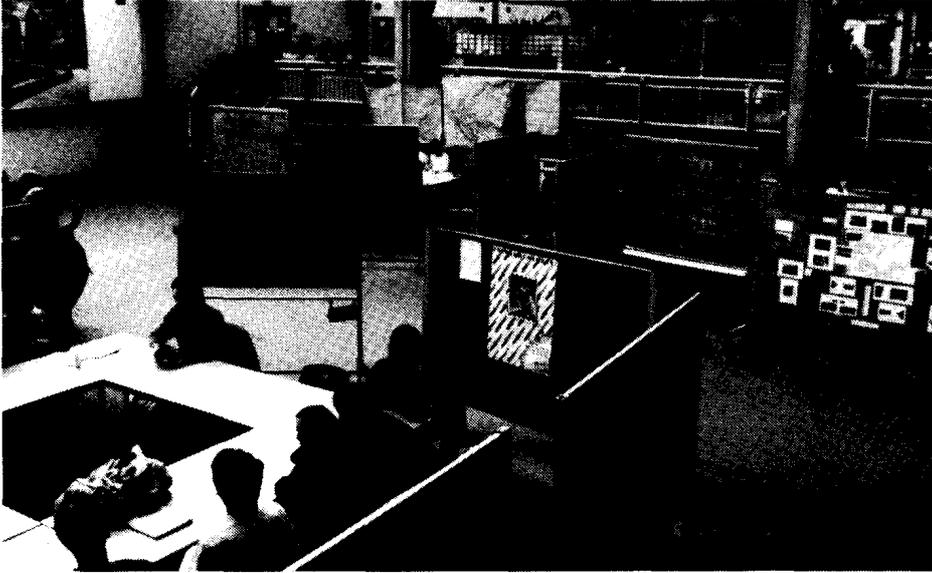
Dr. Klaus Gelmroth vom Naturschutzbund Deutschlands wandte sich gegen die nahezu ausschließlich ökonomische Ausrichtung der Studie. Es sei zu hoffen, daß sie „als ein Baustein für eine ökologisch verträgliche Forstwirtschaft und eine umweltfreundliche Holzverarbeitende Industrie in eine den Ansprüchen des Natur-2000-Programms angemessene Gesamtstrategie eingebaut wird“.



Die von der Landesregierung vor zwei Jahren in Auftrag gegebene Studie über das Holzaufkommen in NRW bildete den Mittelpunkt der Anhörung des Landwirtschaftsausschusses.

Dr. Herbert Limpens, zuvor Richter am Obergerverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster, ist als Nachfolger von Günther Brinker von Justizminister Dr. Rolf Krumsiek als neuer Präsident des Verwaltungsgerichts Aachen in sein Amt eingeführt worden.

## Der Prozeß der gegenseitigen Anerkennung von Graden schreitet voran



NRW verfügt über eine ausgebaut und vielfältige Bildungslandschaft, die im europäischen Vergleich gute Chancen hat, sich zu behaupten. Unser Bild: Unterrichtssituation am Oberstufenkolleg in Bielefeld.

Foto: Knobbe

Auf Vorschlag des Sprechers der CDU-Fraktion, Professor Dr. Horst Posdorf, wird die Beratung des von der Fraktion der CDU eingebrachten Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen — Drucksache 11/1820 — zurückgestellt, bis die von der Landesregierung angekündigte Novellierung der Hochschulgesetze vorliegt. Dieser Gesetzentwurf, der die Promotionszulassung für besonders qualifizierte Hochschulabsolventen ohne Erwerb eines weiteren Hochschuldiploms ermöglichen soll, soll dann innerhalb des Gesamtkomplexes behandelt werden.

Die Auswirkungen der Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes auf die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen standen im Mittelpunkt der weiteren Ausschlußdiskussion. Bis zum 31. Dezember 1992 wird der Europäische Binnenmarkt schrittweise verwirklicht. Er umfaßt dann, wie es der EWG-Vertrag beschreibt, einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen des Vertrages gewährleistet ist. Zu dem ausführlichen Bericht des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung nahm Staatssekretär Dr. Gerhard Konow auch zu den Befürchtungen Stellung, die im Hinblick auf die Verwirklichung des Binnenmarktes immer wieder geäußert werden, nämlich die Sorge, die Kulturhoheit der deutschen Bundesländer könnte angetastet, ja sogar ausgehöhlt werden. Die luxemburgische Präsidentschaft habe am 18. Juni 1991 einen Entwurf zur Änderung des EWG-Vertrages vorgelegt, der eine Reihe von Schwierigkeiten in sich berge. Die die Bildung, Kultur und die Forschung betreffenden Bereiche seien in den vergangenen Wochen Gegenstand intensiver Beratungen innerhalb der Kommission für EG-Angelegenheiten der Kultusministerkonferenz gewesen. Mit dem Ziel, die bundesstaatliche Struktur Deutschlands möglichst unbeschädigt in den Prozeß der europäischen Einigung einzubringen, habe man zahlreiche Änderungsvorschläge erarbeitet; die Bildungsartikel seien mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft abgestimmt.

Oberstes Ziel müsse sein, Kompetenzveränderungen zugunsten der Europäischen Gemeinschaft nur dann im Vertrag aufzunehmen, wenn sie klar umschrieben und sachlich begrenzt seien. Andererseits wären die Länder durchaus bereit gewesen und seien es auch, der Europäischen Gemeinschaft in einigen Bereichen Zuständigkeiten zuzuweisen. In erster Linie seien hier, so Dr. Konow, die Aktionsprogramme zur Förderung der Mobilität von Studenten und Wissenschaftlern und zum Zwecke des Erwerbs

### Fremdsprachenkenntnisse

europäischer Fremdsprachen zu nennen (zum Beispiel Erasmus, Tempus, Comett und Lingua). Das zusammenwachsende Europa stelle die Hochschule vor große, aber auch vor interessante Herausforderungen. Bei den sich hier stellenden zahlreichen Fragen müsse auch herausgehoben werden, daß die nordrhein-westfälischen Hochschulen den innereuropäischen Vergleich nicht zu fürchten bräuchten. Allerdings müsse sich das Augenmerk vor allem auf folgende Bereiche richten:

- Die EG verstärke ihre Programme im Bildungswesen. Bei diesen Programmen sei in der Regel die Mitfinanzierung der beteiligten Hochschulen gefragt, wobei unsere Hochschulen darauf vielfach nicht eingerichtet seien.
- Fast alle unsere Fachhochschulen verfügen noch nicht über ein akademisches Auslandsamt. Um aber überhaupt eine Administrierung der wichtigen Aktivitäten dieser europäischen Komponente zu ermöglichen, müßten an allen Fachhochschulen solche Auslandsämter eingerichtet werden.
- Nicht alle Hochschulen verfügten über genügend Mittel und Stellen zur Vermittlung von Fachsprachen. Hier müsse geholfen werden.
- Europabezogene Forschung und Lehre könne nur durch zusätzliche Mittel verstärkt betrieben werden.
- Die Bibliotheken der Hochschulen des Landes seien nicht ausreichend mit Fremdsprachenliteratur ausgestattet und

## Hochschulen auf Europa vorbereiten

Dem Gesetzentwurf der Landesregierung über ein Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Drs. 11/1880) stimmte der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung unter Vorsitz von Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) einstimmig zu. Mit diesem Gesetz wird die Führung von EG-Graden zustimmungsfrei gestellt. Gleiches soll für die Grade aus Staaten mit Äquivalenzabkommen zur Bundesrepublik Deutschland gelten. Die Möglichkeit genereller Zustimmung nach Graden, Staaten und Abschlüssen wird mit diesem Gesetzentwurf erweitert. Die Gründe für die Versagung einer Zustimmung werden stärker konkretisiert.

für den internationalen Austausch von Studierenden stünden an unseren Hochschulstandorten nicht genügend Wohnplätze zur Verfügung.

Es gebe also viel zu tun. Deswegen soll eines der vier Maßnahmenpakete des Hochschulsonderprogramms II gezielt die Europafähigkeit der Hochschulen des Landes stärken.

In der Ausschlußdiskussion dankte Rudolf Apostel (SPD) als Sprecher seiner Fraktion für den engagierten Vortrag des Staatssekretärs. Die europäische Wissenschaftsentwicklung sei auch eine Frage von Europa allgemein. Entscheidend sei, ob wir unsere Wirkungsmöglichkeiten verbessern könnten oder nicht. Auch sei die Frage von Bedeutung, welche Rolle die Bundesrepublik Deutschland in der Gemeinschaft übernehme oder ob andere EG-Länder die Nase vorn hätten. Der Vorsitzende zeigte sich insbesondere beunruhigt über die Zentralisierungstendenzen in der Grundlagenforschung. Ein guter Europäer zu sein heiße nicht, alle Kompetenzen zu zentralisieren. Es müsse sichergestellt werden, daß die Europafähigkeit nicht nur bei Bonn oder auf der Rheinschiene bleibe, sondern auch Nordrhein-Westfalen gleichflächig berücksichtige.

### Nachteile bei ...

Fortsetzung von Seite 14

bände. Das gelte auch bei den Kosten für die vollstationäre Betreuung. Beim Maßregelvollzug müsse es volle Kostenerstattung geben, 122 Millionen Mark für beide Landschaftsverbände reiche bei weitem nicht aus. Zusätzliche Zinsen für Darlehen aus Mitteln der Wohnungsbauförderung summieren sich teilweise zu erheblichen Kosten.

In Beantwortung der Fragen aus dem Ausschuß kamen Erwägungen zur Sprache, gegen die gespaltene Umlage bei den Einheitskosten eine Verfassungsklage zu erheben. Die Sprecher der kommunalen Spitzenverbände hielten Finanzierungsanteile der Kommunen bei Mehreinnahmen in Höhe von 23, bei Mindereinnahmen jedoch von 44 Prozent für unverständlich.

Dr. Klaus Masuhr (Prognos AG Basel) faßte als Ergebnis der Studie zusammen, der Schwerpunkt der Minderung von Kohlendioxid-Ausstoß liege bei den Einsparungen. Hierdurch könnten 14 Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2005 erreicht werden. Bei Reduzierung von Braunkohlestromerzeugung und Ersatz durch Kraft-Wärme-Kopplung sowie Gas werde ebenso wie bei Reduzierung der Steinkohle um zehn Millionen Tonnen nur eine Minderung des Ausstoßes um drei Prozent erreicht. In Beantwortung von Fragen der Ausschußmitglieder bezeichnete er gegenüber der von der Bundesregierung angestrebten Emissionsminderung von 25 bereits 20 Prozent als sehr ehrgeizig. Von energiewirtschaftlichen Veränderungen werde NRW besonders betroffen sein. Positiv könnten Neuinvestitionen im Einsparbereich und bei neuer Kraftwerkstechnologie für NRW zu Buche schlagen.

Demgegenüber hielt Dr. Rolf Bierhoff vom RWE-Vorstand die von Prognos errechneten Einsparungen durchweg für zu hoch. Zudem setzten sie politische Lenkungsmaßnahmen mit deutlichen Einschränkungen der Marktwirtschaft voraus. Hinterfragt werden müsse auch, ob ein Sparszenario bei uns mit erheblichem Aufwand und ungewissen Realisierungschancen sinnvoll sei, während in anderen Regionen Energie im großen Stil sinnlos verschwendet werde. Bei den Einsparpotentialen der privaten Haushalte seien entgegen der Prognos-Bewertung Wärmepumpen kostengünstig und wirksam. Gegenüber einer Ölzentralheizung würden zwischen 30 und 60 Prozent weniger CO<sub>2</sub> emittiert. Wegen der verschärften Gesetzgebung seien in einer Crash-Aktion alle RWE-Kraftwerke zur Entschwefelung und Entstickung nachgerüstet worden. Die Kosten dafür würden nur beim Betrieb bis mindestens zum Jahr 2000 erwirtschaftet. Mit neuer Kraftwerkstechnologie auf der Grundlage geringerer Emissionen sei nicht vor dem Jahr 2000 zu rechnen.

Eher „pessimistische“ Annahmen bei Energiebedarfsprognosen hielt Dr. Wilhelm von Braunmühl (Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie) für sicherer. Bei Prognos werde von hohem Zuzug von Aussiedlern und hohem Wirtschaftswachstum ausgegangen, der gering geschätzte Ölpreisanstieg sei fraglich. Ein grundsätzliches Defizit bei Prognos sei das Hinweisen auf Einsparhemmnisse ohne Aufzeigen von Überwindungsmöglichkeiten. Das Wuppertal-Institut suche dagegen nach Wegen für mehr Anreize für die Nutzung effizienter Technologien und dadurch raschere Entwicklung. Insgesamt könnten weniger gravierende wirtschaftliche Einbußen für NRW angenommen werden.

Dr. Norbert Hüttenhölcher (Energieagentur NRW) hielt höhere Einsparpotentiale für möglich. Von der Technik her könnten diese bei 35 bis 40 Prozent liegen. Deutliche Preissteigerungen und emissionsbezogene Abgaben könnten die Einsparung fördern.

Professor Dieter Schmitt (Fachbereich Energiewirtschaft der Universität Essen) hielt eine Energiesteuer für unwirksam, eine CO<sub>2</sub>-Abgabe mit Verwendungsbindung der Mittel für auf EG-Ebene eher durchsetzbar. Prognos schätze die Einsparpotentiale durch Kostensenkung, Wirkungsgradsteigerungen und Verfügbarkeit neuer Technologien zu optimistisch ein. Konsequenzen stark steigender Preise würden nicht erfaßt. Zweifel seien auch an deren Substitutionsmöglichkei-

## Wirtschaftsausschuß: Experten zu Energieprognosen Durch Energiesparen Klima schützen

Im Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie äußerten sich am 11. Oktober unter Leitung des Vorsitzenden Dr. Jürgen Schwericke (CDU) Energieexperten aus der Wissenschaft zu dem vom Wirtschaftsminister in Auftrag gegebenen Gutachten „Möglicher Beitrag des Landes NRW zur Reduzierung energiebedingter klimarelevanter Emissionen“.



Vor dem aktuellen Hintergrund des Braunkohle-Aufschlusses Garzweiler II fand die Anhörung des Wirtschaftsausschusses zur künftigen Energiepolitik angesichts der Bedrohung des Weltklimas auch Interesse bei einigen Vertretern der Medien.  
Foto: Schüler

ten (Gas, Kraft-Wärme-Kopplung, Wind, Photovoltaik) angebracht. Mehr Stromimporte, Öl oder Kernenergie seien nicht untersucht worden. Angesichts der vielen Unwägbarkeiten komme nur eine Mischstrategie in Frage: Verbindung von Einzelmaßnahmen (Beratung, finanzielle Anreize, höhere Grenzwerte) mit globalen Instrumenten wie Abgaben. Die Mittel daraus müßten für Schadstoffminderung eingesetzt werden. Der Energiebranche müsse ein Suchprozeß ermöglicht und ein Zeitziel gesetzt werden, das vorzeitige Kapitalvernichtung ausschließe. Die Mischstrategie müsse international angegangen werden.

Uwe Leprich (Öko-Institut Freiburg) hielt bei Prognos die Kostenansätze für neue Kern-

kraft- und Kohlekraftwerke für zu niedrig, die für Gaskraftwerke für zu hoch angesetzt. Eine auf das Kohleland NRW ausgerichtete Energiestrategie müsse auf andere Kohleverwendung setzen. Die Kosten für Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung lägen bei gleichzeitiger CO<sub>2</sub>-Reduktion unter denen neuer Großkraftwerke. Im übrigen fehle den Empfehlungen die Handlungsorientierung. Das Öko-Institut empfehle der Landesregierung „ungefragt“ eine Effizienzoffensive bei Neubauten und Least-Cost-Planning, ein in den USA entwickeltes Verfahren, das Energieversorgungsunternehmen zu Akteuren bei der Einsparung mache. Ein Landesenergiegesetz könne Energiedienstleistung den Vorrang einräumen.



In der Reihe „Museen aus Nordrhein-Westfalen stellen sich vor“ zeigt die SPD-Fraktion in ihrem Foyer im Landtag Originale und Plakate aus dem Museum am Ostwall in Dortmund. Die Ausstellung ist bis zum 19. Dezember geöffnet. Sie ist Teil einer Ausstellungsreihe, mit der die SPD-Fraktion in drei Schwerpunkten die Arbeit nordrhein-westfälischer Museen, junger Künstler aus dem Land sowie zeitgenössischer Künstler aus den neuen Bundesländern vorstellen will. Das Dortmunder Museum am Ostwall ist nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet worden. Seine Sammlungsschwerpunkte sind Expressionismus, Internationale Avantgarde der 50er, 60er und 70er Jahre sowie moderne Außenplastik in einem Skulpturengarten. Die Begrüßungsansprache bei der Ausstellungseröffnung im Landtag hielt SPD-Fraktionschef Professor Dr. Friedhelm Farthmann (2. v. r.). Zur Einführung sprach der Kulturdezernent der Stadt Dortmund, Dr. Gerhard Langemayer (r.). Links neben Farthmann Museumsleiter Dr. Ingo Bartsch, Parlamentarischer Geschäftsführer Gerd Wendzinski und Abgeordneter Dr. Eugen Gerritz (beide SPD).  
Foto: Schüler

## Kurz nach Sieg der Bürgerlichen besucht Ausschußkommission Nachbarland:

# Arbeitgeber: Das schwedische Modell muß grundsätzlich überdacht werden

„Der Zeitpunkt des Besuchs hat unserer Informationsreise ihren besonderen Charakter gegeben.“ Dieses Fazit zog der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge, Bodo Champignon (SPD), als Leiter einer Kommission des Ausschusses, die sich vom 21. bis 29. September in Schweden über aktuelle Entwicklungen vor allem in der Arbeitsmarkt- und der Altenpolitik informierte.

Eine Woche nach der schwedischen Reichstagswahl, bei der die bis dahin regierende Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAP) ihre Mehrheit an die bürgerlichen Parteien verloren hatte, waren die Gespräche und Begegnungen der Kommission immer auch von der Frage geprägt, wie es in Schweden sozialpolitisch weitergeht.

Um das Spannungsverhältnis zwischen Kontinuität und Wandel der Sozialpolitik ging es bei einem Zusammentreffen mit Mitgliedern des Sozialausschusses im Schwedischen Reichstag. Die lebendige und interessante Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Sozialdemokraten, der Moderaten Sammlungspartei (des inzwischen zum Ministerpräsidenten gewählten Carl Bildt) und der Liberalen Volkspartei bekräftigte den Eindruck, daß nach der Regierungsneubildung zwar einige Abstriche bei den wohlfahrtsstaatlichen Leistungen zu erwarten sind, jedoch niemand grundsätzlich die sozialpolitischen Errungenschaften Schwedens aufgeben will.

Während sich in der Phase der Regierungsbildung die beteiligten Politiker nicht immer eindeutig festlegen wollten, waren in Gesprächen mit Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer schon klarere Worte zu hören. So war man beim Zentralverband Schwedischer Arbeitgeber (SAF) der Meinung, die derzeitige konjunkturelle Schwäche der schwedischen Wirtschaft bedinge ein politisches Umdenken, das auch vor den sozialpolitischen Standards nicht haltma-

chen dürfe. Zu hohe Lohn- und Lohnnebenkosten sowie die Ausdehnung des öffentlichen Sektors mit einer Vielzahl staatlicher Dienstleistungen seien Haupthindernisse im Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit der schwedischen Wirtschaft auf dem europäischen und außereuropäischen Markt. Das schwedische Modell eines engen Zusammenwirkens von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Staat funktioniere nicht mehr und müsse grundsätzlich überdacht werden. Außerdem müßten für Dienstleistungsbereiche, die bislang staatlich organisiert seien, wie etwa die vorschulische Erziehung, Möglichkeiten der Privatisierung eröffnet werden. Im Hinblick auf die angestrebte EG-Mitgliedschaft sollten sich auch die bisher staatlicherseits angebotenen Dienste verstärkt den Gesetzen des Marktes stellen.

Auch im Gespräch mit einem Vertreter des schwedischen Gewerkschaftsbundes „Landsorganisationen“ (LO) war Hauptthema die Frage nach künftigen Verhandlungsmodellen der Tarifpartner. Die neuen politischen Mehrheiten würden zwangsläufig zu größerer Distanz zwischen der Regierung und dem den Sozialdemokraten nahestehenden Gewerkschaftsbund LO führen. Dies könne nicht ohne Auswirkungen bleiben auf die Verhandlungsposition gegenüber dem Arbeitgeberverband SAF. Allerdings seien die politischen Pläne der neuen Regierung noch nicht hinreichend klar umrissen, um sich ein abschließendes Urteil über anstehende Veränderungen bilden zu können. Einerseits habe man mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß die bürgerlichen Parteien im vergangenen Wahlkampf ein Festhalten an dem Instrumentarium der aktiven Arbeitsmarktpolitik zugesagt hätten. Dies spreche dafür, daß ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit von der neuen Regierung nicht leichtfertig hingenommen werde. Andererseits aber gäben Äußerungen aus den konservativen Parteien, die das wirtschaftspolitische Primärziel der Vollbeschäftigung in Frage stellten, sowie die Öff-

nung hin zur EG Anlaß zur Sorge um die international nach wie vor hohe Beschäftigungsquote in Schweden.

Über praktische Arbeitsmarktpolitik konnte sich die Kommission bei einem Besuch im Arbeitsministerium sowie bei Besichtigungen eines Arbeitsamtes mit neuem Konzept (Jobb-Expo) und einer Arbeitsmarkt-Ausbildungsstätte (AMU) für die Ausbildung, Umschulung und Weiterqualifizierung in zahlreichen qualifizierten Berufsbereichen informieren.

Im Arbeitsministerium wurde ein allgemeiner Überblick über die derzeitige Situation des schwedischen Arbeitsmarktes und über die Einrichtungen und Instrumente der Arbeitsmarktpolitik gegeben. Trotz eines Rückgangs der Erwerbstätigenquote von 86,1 im August 1990 auf 84,7 Prozent im August 1991 liegt der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung in Schweden nach wie vor deutlich höher als in allen anderen westlichen Industrieländern. Für die EG lag die Erwerbstätigenquote Mitte 1990 bei rund 67 Prozent.

Von besonderer Bedeutung für den schwedischen Arbeitsmarkt ist die hohe Frauenerwerbstätigkeit. Im August 1991 waren acht von zehn aller schwedischen Frauen zwischen 16 und 64 Jahren erwerbstätig. Die überwiegende Zahl der Frauen ist im öffentlichen Sektor tätig.

Mit 142 000 Arbeitslosen und einer Arbeitslosenquote von 3,1 Prozent im August 1991 hat sich die Arbeitslosigkeit in Schweden binnen eines Jahres (August 1990 = 1,6 Prozent) nahezu verdoppelt. Damit sind auf die Arbeitsverwaltung, die für die Arbeitslosigkeit jahrelang ein relativ geringes Problem war, neue Herausforderungen zugekommen.

Das schwedische Arbeitsministerium umfaßt als Organisation nur einige Kopfstellen der Verwaltung. Zahlreiche Aufgaben der allgemeinen Arbeitsverwaltung, der Arbeitsvermittlung, der Qualifizierung und des Arbeitsschutzes sind nachgeordneten Behörden übertragen. Zentrale Stelle der Arbeitsverwaltung ist das schwedische Zentralamt für Arbeit (AMS), das für die allgemeinen Arbeitsmarktfragen zuständig ist. Ihm unterstehen 24 Bezirksarbeitsämter, 390 öffentliche Arbeitsvermittlungen und mehr als 100 Beratungs- und Rehabilitationszentren, in denen Arbeitssuchende mit geminderter Erwerbsfähigkeit rehabilitiert und für den Arbeitsmarkt qualifiziert werden. Mit etwa 70 Prozent der im schwedischen Haushalt für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden rund 23 Milliarden Kronen fließt der Großteil des Etats der Arbeitsverwaltung in aktive Maßnahmen für die Berufsförderung (rund 27), in Sondermaßnahmen für Erwerbsbehinderte (etwa 23) und in Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (circa zwölf Prozent). 1990 machten die Mittel für Arbeitslosenunterstützung demgegenüber nur knapp 30 Prozent des Gesamtetats aus. Somit liegt Schweden, was den Finanzanteil für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen angeht, im Vergleich mit den westlichen Industrieländern deutlich vorne. Auf der anderen Seite ist das Gesamtvolumen des Etats für den Arbeitsmarkt gemessen am Gesamthaushalt des schwedischen Staates durchaus mit den Gegebenheiten der anderen Industrieländer vergleichbar.

Fortsetzung folgt



Interessante und informative Einblicke in die Sozialpolitik des Wohlfahrtsstaats Schweden nahm eine Delegation des Arbeitsausschusses, die sich hier auf der Treppe zum Reichstag in Stockholm zum Gruppenbild formiert hat. Foto: Hoffmann

## Hauptausschuß in Prag

# CSFR will für Rundfunk duales System einführen

Um in den Bereichen Parlament, Medien und Wirtschaft Informationen zu sammeln, Kontakte zu entwickeln und Möglichkeiten für eine zukunftsgerichtete Zusammenarbeit auszuloten, reiste eine Kommission des Hauptausschusses nach Prag und Polen. Der Vorsitzende des Hauptausschusses und Delegationsleiter, Reinhard Grätz (SPD), hatte für die Mitglieder des Hauptausschusses und einige Mitglieder des Kulturausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen ein terminreiches Programm vorbereitet, um Informationen über eine mögliche Verzahnung nordrhein-westfälischer mit tschechischen und polnischen Filmproduktionsstätten und Rundfunk- und Fernsehkanälen zu sammeln. Daneben stehen die Regionen Kattowitz und Krakau durch ihre Industrien und Bergwerke und den damit verbundenen Problemen im Umweltbereich entsprechenden nordrhein-westfälischen Fragestellungen nahe. Hier der erste Bericht über die Reise in die CSFR.

Der Besuch ordnete sich ein in eine zur Zeit stattfindende sehr rege Besuchsdiplomatie und intensive Beratungen über europäische und internationale Fragen, über wirksame wirtschaftliche Zusammenarbeit und kulturelle Kontakte. Im Gespräch mit Staatssekretär Fürst Schwarzenberg, einem der engsten Vertrauten des Präsidenten Václav Havel, wurde deutlich, daß auf tschechoslowakischer Seite der Verbesserung des Verhältnisses zur Bundesrepublik zentrale Bedeutung zugemessen wird. Die Tschechoslowakei gehöre geographisch und geschichtlich zum Westen und konzentriere sich in ihren Bemühungen um eine Rückkehr nach Europa insbesondere auf wirtschaftliche Reformen. Diese verliefen bisher planmäßig und auch die Inflation sei wirksam bekämpft. Als schweren wirtschaftlichen Rückschlag bezeichnete Fürst Schwarzenberg den Zusammenbruch der Staaten in Osteuropa. Sie seien Hauptkunden und -lieferanten gewesen, inzwischen sei die Bundesrepublik zum Hauptwirtschaftspartner aufgestiegen. Mit dem Zusammenbruch alter Wirtschaftsbetriebe seien auch soziale Probleme entstanden, und man sei auf allen Ebenen zuerst einmal mit Engagement bemüht, eine neue Identifikation zu finden, die vorher die Partei gegeben habe. Sein Land sei allerdings optimistisch, so Schwarzenberg abschließend, weil hochqualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stünden, das technische Know-how vorhanden sei und auch gute Ausbildungsmöglichkeiten vorhanden seien. Die Industrie leide allerdings nach wie vor unter dem stalinistischen Gigantentum und unter einer technischen Infrastruktur mit dem Stand des 19. Jahrhunderts. Es sei nötig, die großen Gesellschaften zu zerschlagen und zu privatisieren und ähnliche Umstrukturierungen wie etwa in Nordrhein-Westfalen durchzuführen. Man wolle mit Hilfe von Nordrhein-Westfalen und der EG Kraft- und Heizwerke



Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ist der CDU-Abgeordnete Heinz Paus ausgezeichnet worden. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden im Beisein der Familie des CDU-Parlamentariers. In ihrer Laudatio erklärte die Präsidentin, der Detmolder Abgeordnete sei seit 1980 Mitglied des Landtags. Er gehöre dem erweiterten Fraktionsvorstand der CDU-Fraktion an, sei Sprecher seiner Fraktion im Innenausschuß und Fraktionsjustitiar. Im Rahmen seiner landespolitischen Arbeit sei Heinz Paus ferner Mitglied im Rechtsausschuß. In den vergangenen Legislaturperioden habe er auch dem Petitionsausschuß, dem Kulturausschuß und dem Sportausschuß angehört. Darüber hinaus sei er von 1985 bis 1990 Mitglied im Wahlprüfungsausschuß, im Wirtschafts- sowie im Hauptausschuß gewesen. Bei ihrer Gratulation überbrachte die Präsidentin zugleich die „herzlichen Glückwünsche“ von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).  
Foto: Leuschner

umweltfreundlicher ausrüsten und der Energieverschwendung durch entsprechende Sparprogramme begegnen, wobei aus tschechischer Sicht es kaum andere Möglichkeiten gebe, als auch weiterhin auf die Kernenergie zu setzen.

## Kulturelle Identität

Beim tschechischen Fernsehen gab dessen Direktor einen Überblick über die derzeitige Situation dieses Mediums in der CSFR. Das Parlament diskutiere zur Zeit ein Gesetz über den Rundfunk, wodurch die Staatsmonopole aufgehoben würden und zugleich ein duales System eingeführt werde. Zum einen werde ein öffentlich-rechtliches System geschaffen, darüber hinaus die Bedingungen für privates Fernsehen festgelegt. Dieser Übergang werde in mehreren Ebenen stattzufinden haben. Eine längere Übergangszeit sei zu erwarten, weil Fachleute mit Führungs- und Leistungskompetenzen in bezug auf eine demokratische freie Marktwirtschaft zur Zeit nicht zur Verfügung stünden. Ein flächendeckendes Fernsehprogrammangebot sei bisher noch nicht möglich, insbesondere auch wegen der enormen Investitionskosten. Das Angebot einströmender ausländischer Investoren kollidiere regelmäßig auch mit der kulturellen Identität des tschechischen Volkes. Gleichwohl sei die Kooperation mit privaten bzw. ausländischen Anstalten, insbesondere in den Bereichen Kinderfilme und -serien, gut angelaufen.

Der Rundfunk in der CSFR war ein Instrument der kommunistischen Partei und muß ebenfalls neu gebildet werden. Durch das sogenannte „Kleine Kompetenzgesetz“, so der stellvertretende Direktor des tschechischen Rundfunks, sei ein tschechoslowakischer Rundfunk sowie zwei nationale, nämlich ein tschechischer und ein slowaki-

scher Rundfunk geschaffen worden. Der Rundfunk solle öffentlich-rechtlich organisiert werden, allerdings gebe es bisher dafür keine parlamentarischen Initiativen. In Ausführung des Kompetenzgesetzes sei der slowakische Rundfunk bereits eingerichtet. Der noch bestehende tschechoslowakische Rundfunk sende auf drei Programmen, von einem klassischen konventionellen Programm über ein Musik- und Sportprogramm bis hin zu Regionalprogrammen.

In Gesprächen mit Abgeordneten der föderativen Versammlung der CSFR wurden insbesondere die Arbeitsmöglichkeiten, aber auch die politische Lage nach der Reform, diskutiert. Das tschechoslowakische Parlament sei sehr hohen Anforderungen ausgesetzt und habe allein in 1990 weit über 100, zum Teil sehr schwierige Gesetze verabschiedet müssen. Die Bevölkerung gewöhne sich nur langsam an das Parlament, übe aber zugleich starken Druck auf die Parlamentarier aus. Alle Gesprächspartner wiesen Befürchtungen zurück, es könne in der Tschechoslowakei zu Verhältnissen ähnlich wie in Jugoslawien kommen. Die Tschechen und Slowaken seien nicht verfeindet, hätten eine ähnliche Kultur und sprächen die gleiche Sprache.

Sehr kontrovers diskutiert worden sei in der Tschechoslowakei ein Gesetz, welches die Mitglieder der früheren kommunistischen Partei und Sympathisanten von der Ausübung öffentlicher Ämter ausschließe. Das Gesetz werde nach Einschätzung vieler teilweise absurde Konsequenzen haben und sei in der jetzt verabschiedeten kompromißlosen Form eigentlich gar nicht gewünscht. Hier bestehe die Gefahr, daß sich die Kommunisten als „Schutzengel“ für die Betroffenen aufspielten.

Für die Tschechoslowakei ist die europäische Assoziierung von großer Bedeutung. Enger Kontakt zur EG und zur Bundesrepu-

Fortsetzung Seite 28

## Landesminister fordern Bund zu einer Aufstockung der Finanzhilfen auf

### Ziel: Ökologische Qualität der Städte deutlich verbessern

*Die Kürzung der Bundesfinanzmittel wirkt sich auf den Wohnungs- und Städtebau seit 1992 nicht unerheblich aus. Dies wurde aus den Einführungsreden von Ministerin Ilse Brusis (SPD) und Minister Franz-Josef Kniola (SPD) deutlich, die darauf in der Sitzung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen am 25. September aufmerksam machten.*

Ilse Brusis wies darauf hin, daß alle Länderbauminister die Aufstockung der Bundesfinanzhilfen forderten. Im Finanzausschuß des Bundesrates werde der Antrag gestellt, die Verwaltungsvereinbarung einzuhalten, die 2,2 Milliarden Mark an Bundesmitteln vorsehe. Demgegenüber seien mit Hinweis auf die steigenden Folgekosten der Deutschen Einheit 1991 nur noch Finanzhilfen von 1,76 Milliarden gezahlt worden, was allein für Nordrhein-Westfalen einen Einnahmeverlust von über 120 Millionen Mark bedeute. Minister Kniola appellierte an die Bundesregierung, zu ihrem Wort zu stehen und ab 1992 die Bundesfinanzierung in Höhe von 660 Millionen Mark für alle alten Bundesländer wie bisher zur Verfügung zu stellen. 1991 seien diese Mittel abrupt auf 380 Millionen Mark gekürzt worden. Hier bitte er um entsprechende Unterstützung in Richtung Bonn.

Brusis betonte, daß die Bewältigung der Wohnungsnot auch im kommenden Jahr eine wichtige Aufgabe bleiben werde. Allerdings sei es nicht mehr möglich, 1992 mehr Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen als anteilig Bundesmittel flößen. Man müsse zur Komplementärfinanzierung zurückkehren. Allein die Finanzierung des Wohnungsbauprogramms mit 26 700 Einheiten mache es erforderlich, stärker auf das Landeswohnungsbauvermögen zurückzugreifen. Bedauerlicherweise sei der freifinanzierte Wohnungsbau ziemlich zum Erliegen

gekommen. Hier sei eine Expertenkommission einberufen, um Aufschluß darüber zu bekommen, wie die Anreize für den freifinanzierten Wohnungsbau effektiver gestaltet werden können.

Im Bewußtsein seiner wohnungspolitischen Verantwortung habe Nordrhein-Westfalen eine Reihe von eigenen Akzenten gesetzt. Trotz angespannter Finanzlage seien die Komplementärmittel des Landes nicht im entsprechenden Umfang wie die Bundeshilfe gekürzt worden, so daß 1991 ein Wohnungsprogramm von rund 30 000 Wohnungen verwirklicht werden könne. Statt einer Politik, die auf kurzzeitige Effekte setze, werden in NRW weiterhin nur Wohnungen mit langfristiger Sozialbindung öffentlich gefördert. Ökologische und energiesparende Aspekte seien seit 1991 mit Priorität im Neubau Förderungsziel. Eine Weiterentwicklung der Förderinstrumente stehe an, um auf die geänderte Wohnungsmarktsituation besser reagieren zu können. So würden zum Beispiel in Anlehnung an die Wohngeldverordnung regionale Mietpreisunterschiede bei der Höhe der Bewilligungsmiete berücksichtigt, aber auch in der Förderungshöhe werde stärker auf unterschiedliche finanzielle Leistungsfähigkeiten abgestellt.

Als Schutzmaßnahme gegen Spekulation sei die Bauaufsicht angewiesen worden, bei der sogenannten Abgeschlossenheitsbescheinigung, die die Voraussetzung für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist, als Bewertungsgrundlage Neubaustandards zugrunde zu legen. In weiten Teilen des Landes gelte darüber hinaus zukünftig ein verbesserter Schutz bei Kündigungen wegen Eigenbedarfs bei umgewandelten Mietwohnungen. Zu dieser Akzentsetzung der Landesregierung gehöre auch die Auslobung von Wettbewerben zum ökologischen Bauen und zum Thema Kinder und Wohnen. In der Ressortforschung werde unter anderem wie folgt an der Weiterentwicklung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus gearbeitet: Stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse und Erfahrungen von Frauen im sozialen Wohnungsbau, Grenzwerte für Energiekennzahlen in zukünftigen Förderrichtlinien und Überar-

beitung der Informationsschrift „Gesundes Bauen und Wohnen“.

Im staatlichen Hochbau, so Ilse Brusis weiter, hätten Instandsetzung und die Sicherung der Substanz Vorrang vor dem Neubau. „Dabei widmen wir uns besonders den schwierigen und kostenintensiven Aufgaben wie der Asbestsanierung oder der Sanierung von Abwasseranlagen in landeseigenen Liegenschaften.“

Städtebauminister Franz-Josef Kniola führte aus, angesichts der erheblichen Absenkung der Städtebauförderungsmittel und der Kürzung der Strukturhilfemittel, insgesamt 143 Millionen Mark, müsse sich Stadtentwicklung und Stadterneuerung auf die bereits vorgestellten inneren Schwerpunkte konzentrieren. Das Stadterneuerungsprogramm 1992 werde ein Fördervolumen von rund 515 Millionen Mark umfassen. Darin seien Fördermittel für Planungen und Untersuchungen unter anderem im Zusammenhang mit Wohnungsbauvorhaben sowie rund 70 Millionen Mark Landesmittel für die städtebauliche Ergänzungsstufe zur Modernisierung und zum Ausbau von Wohnraum enthalten. Das Programm sei Teil der mittelfristigen Planung zur Stadterneuerung in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts. „Diese vor uns liegende Zeit wird dafür genutzt werden müssen, die großen Schwerpunkte der erhaltenen Stadterneuerung systematisch anzugehen“, so Kniola.

Zu diesen Schwerpunkten zählten im einzelnen

- Qualitativ geeignete Flächen für die Wohnungsversorgung zu schaffen und den Wohnungsbestand in einem intakten Wohnumfeld zu sichern.
- Den Verkehr in der Stadt so zu organisieren, daß die städtischen Funktionen des Wirtschaftens, der Freizeit und des Handelns, der Kultur und der Kommunikation dabei nicht weiter Schaden leiden.
- Qualitativ hochwertige Standorte für Industrie und Gewerbe aufzubereiten und anzubieten, um den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen weiter voranzutreiben.
- Denkmalwerte und stadtbildprägende Bausubstanz vor dem Verfall zu bewahren und neue Nutzungen darin zu ermöglichen.

Die große Aufgabe des kommenden Jahres bestehe darin, die ökologische Qualität in den Städten deutlich zu verbessern, zusätzlichen Wohnungsneubau zu ermöglichen, Schritte zur Verbesserung des Stadtverkehrs einzuleiten und zugleich die Städte lebens- und liebenswert zu erhalten. Kniola: „Dies bedeutet eine äußerste Kraftanstrengung, zu der das Land Nordrhein-Westfalen bereit ist.“ Bleibe es dabei, daß der Bund die Kürzungen nicht zurücknehme, könnten viele sinnvolle Aufgaben nicht erfüllt werden. Die Auswirkungen würden zunächst bei den Neubewilligungen deutlich spürbar werden. Ausführlich befaßte sich der Ausschuß mit Erfahrungsberichten über die Durchführung städtebaulicher Ideenwettbewerbe und Gutachterverfahren für größere Neubauprojekte sowie die Durchführung der städtebaulichen Beratung. Hier konnte Ausschußvorsitzender Volkmar Schultz (SPD) als ein Ergebnis festhalten, die Wettbewerbe hätten dazu geführt, daß sich öffentliches Bauen nunmehr auch durch Qualität auszeichne. Das sei sehr erfreulich.



Wohl fühlen sollen sich junge und alte Menschen in den Städten und in ihren Wohngebieten: Dies ist und bleibt Ziel der Stadterneuerungspolitik des Landes. Auf dem Bild: Zwei Jungen in einer Arbeitersiedlung in Lünen. Foto: Korten

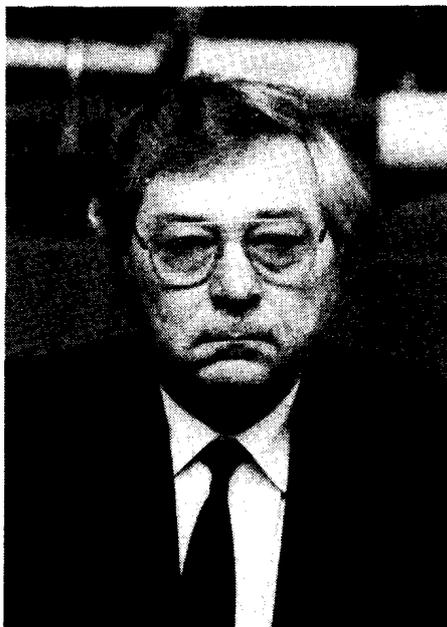
## Ausschuß für Innere Verwaltung befaßte sich mit Fragen der Neuorganisation

### Keine einheitliche Struktur für alle Polizeibehörden

Einer der Einsatzleiter während des „Gladbecker Geiseldramas“ und Leiter der Kriminalpolizei in Recklinghausen, Friedhelm Meise, soll stellvertretender Leiter des Landeskriminalamtes in Düsseldorf werden. „Eine Berufung Meises auf diesen wichtigen Posten halte ich für untragbar“, hatte der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heinz Paus, in einem Zeitungsinterview der „Welt am Sonntag“ geäußert. Dies nahm die SPD-Fraktion zum Anlaß, den Innenminister um Stellungnahme im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde darüber zu bitten, wie er diesen und weitere gegen den Beamten erhobene Vorwürfe beurteile.

Stefan Frechen, innenpolitischer Sprecher der Fraktion der SPD, wollte ferner wissen, wie sich eine solche Darstellung in der Öffentlichkeit auf den Betroffenen auswirke und ob nicht ein vorheriges Informationsgespräch zwischen den Kritikern und dem Innenminister nützlicher gewesen wäre. Staatssekretär Wolfgang Riotte (Innenministerium) bestätigte, wie Paus in der Sitzung anmerkte, daß diese Personalentscheidung im Landeskriminalamt teilweise abgelehnt werde.

Helmut Diegel (CDU) bezeichnete es als Armutszeugnis, daß im ganzen Land außer „Herrn Meise“ keine andere geeignete Person für diese Stelle hätte gefunden werden können, auch nicht, nachdem der Fall in die öffentliche Diskussion geraten sei. Riotte hob hervor, daß Friedhelm Meise weder durch den damals tätig gewesenem Untersuchungsausschuß noch durch die Staatsanwaltschaft ein Fehlverhalten im Zusammenhang mit dem „Gladbecker Geiseldrama“ vorgehalten worden sei. Es sei festgestellt worden, daß Meise als Einsatzleiter nicht versagt habe. In seinen bisherigen, herausgehobenen Positionen habe er sich bewährt und sich aus der Gesamtsicht für seine neue Aufgabe qualifiziert. Die Entscheidung, ihn als stellvertretenden LKA-Chef zu berufen, sei nach sorgfältiger Abwägung seiner Leistungen und dem Abgleich mit anderen in Betracht kommenden Personen getroffen worden.



Friedhelm Meise, Leiter der Kriminalpolizei in Recklinghausen. Foto: Schüller

### Kriminalitätsbekämpfung

Ein weiteres aktuelles Thema der Ausschußsitzung war die Neuorganisation der Kreispolizeibehörden. Ausschußvorsitzender Egbert Reinhard (SPD) begrüßte die Tatsache, daß das Innenministerium nunmehr offiziell sein Konzept den Mitgliedern des Ausschusses für Innere Verwaltung gegenüber habe vorstellen können, bemerkte aber auch kritisch, daß sich nicht nur einige Fraktionen vorher schon damit befaßten, sondern die Fraktion der CDU bereits mit einer Stellungnahme in die Presse gegangen sei.

Das Konzept sieht im wesentlichen

- eine Zusammenfassung von Verwaltungs- und Logistikaufgaben einschließlich der Technik in der Abteilung Verwaltung/Logistik (VL),

- die spartenübergreifende Zusammenfassung der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung nach außen in der Abteilung Gefahrenabwehr/Strafverfolgung (GS) sowie

- die sich daraus ergebende Gliederung der Behörden in zwei Abteilungen vor.

Das Ministerium erläuterte Aufgaben und Gliederung der Abteilungen und wies darauf hin, daß es keine einheitliche Struktur für alle Polizeibehörden geben werde. So bestünden Unterschiede der inneren Organisation, die jedoch nicht von der Größe der Kreispoli-

zeibehörde, sondern eher durch personelle und örtliche Gegebenheiten bestimmt seien. Paus begrüßte die damit erreichte Flexibilität der Organisationsstrukturen. Er verwies allerdings auf die Ergebnisse der in der vorigen Sitzung erörterten Funktionsanalyse und fragte das Innenministerium, ob davon ausgegangen werde, daß die dort festgestellten Personaldefizite und die Unterbezahlung sich im Zuge der Neuorganisation erledigen würden. Auf seinen Hinweis, daß die Verletzung der regionalen und zentralen Kriminalitätsbekämpfung ein noch ungelöstes Problem sei, wies Staatssekretär Riotte darauf hin, daß die Informationsstrukturen bei der Kriminalitätsbekämpfung wesentlich verbessert würden. Der Leiter der zentralen Kriminalbehörde habe die fachlichen Entscheidungsbefugnisse darüber, welche Fälle abzugeben und dezentral bearbeitet werden könnten. Somit sei die Verzahnung gewährleistet.

Gegenüber dem vorgestellten Arbeitsgruppenbericht stellte Stefan Frechen Veränderungen fest.

Auch einige Anregungen aus den Ausschußberatungen seien in die Organisationsüberlegungen des Innenministers eingeflossen. So seien einerseits einige Querschnittsaufgaben gebündelt, andererseits die bisherige Spartenrennung zwischen Schutz- und Kriminalpolizei aufgegeben worden. Er gehe jetzt von einer behutsamen Umsetzung des ministeriellen Konzeptes und einer damit verbundenen Stellenbesetzung nach Qualifikation aus.

Er habe den Eindruck, daß auch der Bund der Kriminalbeamten einlenke und kooperationsbereit sei. Zu begrüßen sei auch, daß

die CDU in der Presse bereits deutlich gemacht habe, mit der Grundlinie des Konzeptes einverstanden zu sein. Er wies allerdings das Ansinnen der F.D.P.-Fraktion zurück, noch ein parlamentarisches Hearing durchzuführen. Damit seien überflüssige Zeitverzögerungen verbunden. Die anderen Fraktionen hätten schon vorher die Möglichkeiten genutzt, Gespräche zu führen und deren Ergebnisse einfließen zu lassen. Der nunmehr gefundene breite Konsens sollte nicht durch neue Unruhen gefährdet werden. Auch Heinz Paus betonte, daß ein Hearing nicht vorrangig zur Organisation stattfinden sollte, sondern zur Gesamtsituation im polizeilichen Bereich, wie sie in den unterschiedlichsten Anträgen der Landtagsfraktionen und beispielsweise auch in der Großen Anfrage der Fraktion der SPD zur inneren Sicherheit und Situation der Polizei dargestellt sei.

Schließlich erörterte der Ausschuß in einem ersten Beratungsdurchgang den Haushalt für das kommende Jahr. Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) erkundigte sich vorab, ob das Funktionsgutachten, das Gutachten zum Einsatz von Kommunikations- und Informationstechniken sowie das Konzept zur Neuorganisation der Polizei bereits ihren Niederschlag in den Haushaltsansätzen für das kommende Jahr fänden. Während das Innenministerium keine Dringlichkeit sieht, das Funktionsgutachten bereits im Haushalt 1992 zu berücksichtigen, bemerkte Vorsitzender Egbert Reinhard: „Der Wohlhat des Parlaments sind aber keine Grenzen gesetzt.“ Heinz Paus erkundigte sich nach dem finanziellen Mehraufwand, der notwendig sei, wenn in teilweiser Umsetzung des Funktionsgutachtens eine Stellenumwandlung vollzogen würde. Hierzu erwartet der Ausschuß zur nächsten Sitzung schriftliche Erläuterungen. Staatssekretär Riotte wies bei der Gelegenheit darauf hin, daß sich Auswirkungen des ADV-Gutachtens darin widerspiegeln, daß bereits zehn Millionen Mark für die Beschaffung technischer Einrichtungen in den Ansätzen enthalten seien. Auf die weiteren Fragen von Heinz Paus nach investiven Ausgaben in bestimmten Bereichen wurde bekanntgegeben, daß

- die Landeskriminalschule nicht auf einem landeseigenen Grundstück gebaut werde, ein Investor die Arbeit übernommen habe und das Land die Räumlichkeiten ab voraussichtlich 1994 anmieten könne,

- der Neubau des Landeskriminalamtes voraussichtlich im Haushaltsentwurf für 1993 mit einer ersten Baurate vorgesehen werde,
- der schlechte bauliche Zustand der Bereitschaftspolizeiabteilung Stukenbrock beseitigt und das Gebäude auf jeden Fall für eine Bereitschaftspolizeiabteilung erhalten bleiben solle.

Heinz Paus war der Ansicht, diese Abteilung sei nach einem vorliegenden Gutachten nicht mehr verwendbar, aber die Unterbringung einer Abteilung der Fachhochschule denkbar.

## Referendare: Ist eine Abkehr von den Pflichtarbeitsgemeinschaften möglich?

### Schwerpunkt liegt ohnehin auf Hausarbeit und mündlichem Examen

In einem ersten Beratungsdurchgang befaßte sich der Rechtsausschuß mit dem Einzelplan des Justizministeriums zum Haushaltsgesetz 1992. Dabei wurden Fragen von Ausschlußmitgliedern beantwortet.

Egbert Reinhard (SPD) verwies auf die immer noch zu lange Verfahrensdauer in Verwaltungsgerichtsverfahren und sagte, wenn erstinstanzliche Verfahren zwei bis drei Jahre dauern, Verfahren über zwei Instanzen etwa fünf Jahre, dann habe selbst der „kein Recht, der im Verfahren Recht bekäme“. Bezüglich der 18 Richterstellen, die umgewidmet würden zugunsten der Verwaltungsgerichte und der drei zusätzlichen Kammern, wollte er wissen, ob dies ausreiche für eine Beschleunigung der Verwaltungsgerichtsverfahren insgesamt oder ob hier – auch vor dem Hintergrund der vielen Asylverfahren – im Personalhaushalt noch mehr getan werden müsse.

Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) bedauerte, mehr Stellen könnten nicht umgewidmet werden. Auch wäre abzusehen, daß die drei zusätzlich zu schaffenden Kammern nicht ausreichen würden, falls es zu den in der Diskussion befindlichen Einrichtungen von Sammellagern für Asylbewerber käme.

Ein Appell zur sparsameren Beschaffung von Neuwagen und zur zurückhaltenderen Aussonderung gebrauchter Dienstwagen bei den Fahrdiensten richtete der Abgeordnete Manfred Ludwig Mayer (SPD) an die Landesregierung. Marie-Luise Morawietz (SPD) und Marlis Robels-Fröhlich (CDU) erinnerten an dringende Umbaumaßnahmen bei der Justizvollzugsanstalt Oberhausen. Der Justizminister sagte zu, die Wand aus Glasbausteinen, die bei zu warmen Wetterperioden stets zu Klagen führte, noch vor dem kommenden Sommer umzugestalt-

ten. Egbert Reinhard erkundigte sich ferner danach, wann im Etat endlich die erste Bau-rate für die nun zu errichtende JVA Essen in Gelsenkirchen erscheinen werde. Das Justizministerium sagte den Beginn der Baumaßnahmen zu für den Zeitpunkt nach Fertigstellung der Justizvollzugsanstalt Aachen (voraussichtlich Sommer 1993).

Im Anschluß an die in der vorigen Sitzung geführte Diskussion über den Täter-Opfer-Ausgleich gab sich Marita Rauterkus (SPD) mit dem Mittelansatz in unveränderter Höhe zugunsten des Vereins zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs e.V. in Köln, Modellprojekt „Die Waage – Köln“, zufrieden. Der Ausschuß wird die Haushaltsberatungen Mitte November abschließen.

Unterschiedliche Auffassungen zwischen den Fraktionen traten bei der Behandlung des Themas „Durchführung der Klausurenkurse während der Referendarausbildung“ zutage. Die Vertreterinnen und Vertreter des Hauptpersonalrats der Oberlandesgerichtsbezirke haben vorgebracht, nach übereinstimmender Meinung sei die Durchführung von Arbeitsgemeinschaften beziehungsweise freiwilligen Klausurenkursen auch in Nordrhein-Westfalen nach hessischem Muster möglich. Die Arbeitsgemeinschaften als auch Klausurenkurse könnten an Wochentagen während der Dienstzeit durchgeführt werden. Um dies zu erreichen, schlugen sie

- eine Abschichtung anderer Arbeitsgemeinschaften,
- eine drastische Kürzung beziehungsweise einen gänzlichen Wegfall der Einführungslehrgänge (mit Ausnahme des Einführungslehrgangs der ersten Ausbildungstage) sowie zur Bewältigung der räumlichen Probleme ein Ausweichen auf andere Verwaltungsgebäude vor.

Wesentlich sei insbesondere die examensorientierte Ausbildung. Hier befürchtete der Präsident des Landesjustizprüfungsamtes, formale Fertigkeiten sollten auf Kosten inhaltlichen Wissens angeeignet werden. Hessen sei mit den bundesweit schlechtesten Klausurennoten kein gutes Beispiel. Er hielt die bisherigen Pflichtarbeitsgemeinschaften für sinnvoll, sie sollten nicht abgeschafft werden. Er wies in diesem Zusammenhang auch auf die gute Schulung der Arbeitsgemeinschafts-Leiter und die hervor-

ragende inhaltliche Neugestaltung der Ausbildung in diesen Arbeitsgemeinschaften seit Verkürzung der Referendarausbildung hin.

Demgegenüber neigte Helmut Diegel (CDU) dazu, den Wünschen der Referendare Rechnung zu tragen. Ohne die formalen Fertigkeiten, die bei den Klausuren eingeübt würden, sei ein Examen nicht mehr zu bestehen. Nach Meinung der Fraktion DIE GRÜNEN wäre ein ausbildungsfreier Samstag anzustreben, und Egbert Reinhard fügte hinzu, das Ausbildungsschwergewicht läge auf Hausarbeit und mündlicher Prüfung. Bei den Klausuren handele es sich um Fälle, die sich in der Praxis kaum wiederholen dürften, auch die Bedingungen der Anfertigung von Klausuren entspreche nicht den späteren Arbeitsbedingungen. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Friedrich Schreiber (SPD), hielt die Anregung der Referendare einerseits aus Kostengründen für überlegenswert, andererseits teilte er die Meinung, daß die Pflichtarbeitsgemeinschaften teilweise überflüssig sind und eine entsprechende Umwidmung anzustreben sei. Er schlug vor, die Frage spätestens dann wieder aufzugreifen, wenn das Deutsche Richtergesetz novelliert und eine Anpassung des Landesgesetzes zu erwarten sein wird.

Erst in einer späteren Sitzung – und nur, wenn vorher zwischen den Fraktionen ein einvernehmlicher Vorschlag erarbeitet wird – soll der Rechtsausschuß darüber befinden, ob zum Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN zur Änderung des Sexualstrafrechts eine Anhörung durchgeführt werden soll. Während die Fraktion der CDU dies im Hinblick auf die Aktivitäten auf Bundesebene möglicherweise für überholt betrachtet, legte die antragstellende Fraktion eine komplette Liste der anzuhörenden Sachverständigen vor.

Schließlich wurde ein Streit zwischen dem Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands und dem Justizministerium erörtert, der sich an der fristlosen Entlassung eines katholischen Pfarrers in einer Justizvollzugsanstalt entzündet hat. Nach einer kurzen Darstellung des Sachverhalts und der Rechtfertigung der Maßnahme wies Krumsiek auf das anhängige Arbeitsgerichtsverfahren hin und sagte zur Vorbereitung auf weitere Gespräche detaillierte Informationen zu.

### Rau am 27. September ...

Fortsetzung von Seite 1

äußern, sondern parken zu wollen, sei eine Erklärung allein dieser Bank. Auf die Frage des CDU-Fraktionsvorsitzenden, Dr. Helmut Linsen, ob er es für sinnvoll halte, alle Beteiligten an einem runden Tisch zu versammeln, erklärte Rau, wenn beide Seiten, Hoesch und Krupp, das wollten, stünde er zu einem solchen Gespräch zur Verfügung. Beide Vorstände hätten jedoch deutlich gemacht, daß zur Zeit das Erarbeiten eines gemeinsamen Konzeptes im Vordergrund stehe. Danach wolle man auf ihn zukommen. Auf Fragen der GRÜNEN-Sprecherin Bärbel Höhn, die von der Bedrohung von Tausenden von Arbeitsplätzen gesprochen hatte, sagte Rau, diese Meinung halte er für falsch. Er äußerte die Hoffnung auf ein einvernehmliches Konzept zwischen Krupp und Hoesch.



Erste Station der Ausbildung zum Juristen und zur Juristin sind die Universitäten, hier das Gebäude der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster. Foto: Kampff

## Unterausschuß Europa beeindruckt von Grenzregion Aachen—Maastricht—Lüttich

### Alltägliche Grenzprobleme als Prüfsteine für die europäische Einigung

Während einer achtstündigen Tagesfahrt informierte sich der Unterausschuß Europapolitik des Hauptausschusses unter Leitung seines Vorsitzenden Jürgen Büssow (SPD) über Fortschritte der Zusammenarbeit in der Euregio Maas-Rhein. Auf halber Strecke zwischen Düsseldorf und Brüssel wird in der niederländisch-belgisch-deutschen Region schon lange die europäische Einigung erprobt.

Im Haus des Kölner Regierungspräsidenten in Aachen informierte RP Franz Josef Antwerpes die Düsseldorfer Abgeordneten über den deutschen Teil der Euregio, die Region Aachen, die jetzt schon 15 Jahre besteht. In den Grenzregionen spiegeln sich, so führte Antwerpes aus, die ungelösten Probleme wie in einem Mini-Europa wider. Insgesamt hätten sich in Europa schon 43 Grenzregionen zusammengefunden. An 15 davon sei Deutschland beteiligt, an vier das Land NRW.

Im April 1991 haben sich die vier Provinzen mit zusammen mehr als 3,6 Millionen Einwohnern in einer Stiftung zusammengefunden: die niederländische Provinz Süd-Limburg, die belgische Provinz Limburg, die Provinz Lüttich und die Regio Aachen. Damit ist die Euregio Maas-Rhein die einzige Region mit einem juristischen Status.

Vom überwiegend kulturellen Austausch früherer Jahre habe sich, sagte der RP als derzeitiger „Gouverneur“ die Zusammenarbeit mehr und mehr auf die Wirtschaft und damit verbundene Bereiche ausgeweitet, nicht zuletzt dank der Zweckzuweisungen der EG. Die Euregio unterhalte eine Beschwerdestelle für Grenzbewohner, die vom Beschwerdeausschuß der Europaparlamentarier unterstützt werde. Zur Zeit werde über die Einrichtung von zwei Sozialschaltern verhandelt, die von Brüssel hoch bezuschußt würden. Das Interesse der Bewohner an der Überwindung zwischen-

staatlicher Hindernisse sei groß, wie auch eine Informationsschrift der Regio Aachen zum Hauskauf in den drei Ländern gezeigt habe.

Nach genauer Darstellung von Organisation und Arbeitsweise der Euregio Maas-Rhein und der Regio Aachen (mit Vereinsstatus) besprachen die Landtagsabgeordneten aktuelle Probleme wie Umweltverträglichkeitsprüfungen, Nord-Süd-Verkehrsausbau mit Antwerpes. Bei der obersten Entscheidungsinstanz der Euregio, der Gouverneurskonferenz in Maastricht, erläuterte Emile Mastenbrock „Kommissar der Königin“ (Gouverneur von Limburg) den Strukturwandel und Umbau des früheren Montanreviers und des neuen Stadtteils von Maastricht, in dessen Kongreßgebäude der nächste Europagipfel im Dezember stattfinden wird.

In der Person des Wirtschaftsdezernenten des Kreises Düren Dr. Michael Gramm stand den Abgeordneten bei der anschließenden Fahrt durch den westlichen Teil der Region und zur Maas-Schleuse in Belgien ein kenntnisreicher Spezialist für Grenzprobleme, Strukturpolitik und regionale Förderung zur Verfügung. Angesichts des in gut einem Jahr bevorstehenden europäischen Binnenmarkts seien hohe Informationsdefizite bei der Bevölkerung vorhanden, wie die Grenzen in den einzelnen Lebens- und Wirtschaftsbereichen überwunden werden sollen, sagte der frühere Wirtschaftsforscher, der sich mehr als ein Jahrzehnt an der RWTH Aachen mit dieser Region befaßt hat. Der Unterausschuß zeigte sich vom Gestaltungswillen und dem Ausmaß des Umbaus in Niederländisch-Limburg sehr beeindruckt (weiterer Bericht folgt).



Auf dem Gelände der Maas-Schleuse Lamaie (Belgien) im Süden von Maastricht wurde dem Unterausschuß Europapolitik des Hauptausschusses der Nutzen eines überstaatlichen Planens und Bauens von Wasserstraßen verdeutlicht.

## Ausschuß für Frauenpolitik in Brüssel

### Viel zu tun für Frauen in Europa

Über die Situation der Frauen in der Europäischen Gemeinschaft, die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Frauen, die Möglichkeiten der Förderung von beruflicher Bildung und Beschäftigung durch den EG-Sozialfonds und über die Chancengleichheit der Frauen im Rahmen des Dritten Aktionsprogramms informierte sich der Ausschuß für Frauenpolitik des Landtags Nordrhein-Westfalen während eines Besuchs Ende September bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

Die Vorsitzende, Marie-Luise Morawietz (SPD), hatte zum Auftakt des Besuchs eine Ausschußsitzung im Verbindungsbüro NW angesetzt, um sich über dessen Aufgaben zu informieren und mit Parlamentarierinnen über die Struktur des Europäischen Parlaments zu diskutieren. Das Verbindungsbüro, so der Leiter Folker Schreiber, verstehe sich als Hör- und Sprachrohr der Landesregierung und erfülle zugleich Servicefunktionen für die Wirtschaft des Landes.

Im Anschluß an ein Referat von Christopher Docksey, Mitglied im juristischen Dienst, mit Erläuterungen zu vorhandenen Möglichkeiten „die Frauenpolitik in der EG zu beeinflussen“, war Gelegenheit für die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Mechthild Rothe und Geka Maibaum, ihre Arbeit darzustellen. Frau Maibaum, u. a. Mitglied des Frauenausschusses, berichtete von Bestrebungen, sachkompetente Frauen stärker in

die Gremien einzubinden, die die wesentlichen Entscheidungen treffen. Sie erläuterte ihre Arbeitsmöglichkeiten und Hilfen bei der Erstellung eines Berichtes. Auch Frau Rothe berichtete über eine Vielzahl von Initiativen aus dem Frauenausschuß, wo durch ständigen Druck auf die Kommission Empfehlungen verabschiedet wurden, so z. B. in der Kinderbetreuung. Sie war der Meinung, daß die neue politische Lage eine Änderung der Römischen Verträge verlange, um noch bestehende Ungereimtheiten zu beseitigen. Die EG sei ein positives Beispiel, Gemeinsamkeiten zu formulieren und trotzdem regionale Eigenheiten zu belassen, hielt sie der Sprecherin der SPD-Fraktion, Brigitte Speth, entgegen, die angesichts der regionalen Entwicklungstendenzen von Anachronismus in bezug auf den weiteren Ausbau des „Hauses Europa“ sprach (wird fortgesetzt).

## Europa-Forum war politisch notwendig

Mit dem Europa-Forum vom 26. bis 28. Juni 1991 im Düsseldorfer Landtag befaßte sich auswertend der Unterausschuß Europapolitik des Hauptausschusses am 25. September. Bedauert wurde, daß die Presse den Versuch des NRW-Parlaments nicht positiv aufgegriffen habe, den Gedanken eines „Europa der Regionen“ den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes nahezubringen. Der Vorsitzende des Unterausschusses Jürgen Büssow (SPD) wies die Kritik an der Veranstaltung als nicht sachgerecht zurück. Den Sponsoren der Veranstaltung, die im einzelnen in einer soeben erschienenen Dokumentation über das Europa-Forum genannt werden, sei zu danken.

Der europapolitische Sprecher der F.D.P.-Fraktion Dr. Horst-Ludwig Riemer, deklarierte die Veranstaltung als politische Notwendigkeit, um Bewußtsein für ein vereintes Europa zu schaffen. Diese Auffassung wurde auch von den Sprechern der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN, Erich Heckelmann und Bärbel Höhn, geteilt.

# Parlamentarismus in Sachsen: Unfertige Antworten auf fertige Fragen Hoher Erklärungsbedarf für die Bonner Politik und ihre Werte

Im Sächsischen Landtag in Dresden wurde ein Jahr nach der deutschen Einheit erneut die parlamentarische „Vereinigung“ geprobt. Bei der Herbsttagung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen (DVParl) sollten sich Landtagsabgeordnete aus Sachsen zum Thema „Landesparlamentarismus in den neuen Bundesländern“ äußern. Dabei zeigte sich, daß trotz strahlender Sonne über Dresden die „dunklen Wolken“ der Vergangenheit die Arbeit am Staatsaufbau überschatteten, daß aber die junge Pflanze Demokratie bereits kräftige Triebe angesetzt hat.

„Ostkollegen empfehlen Runde Tische und eine neue Verfassung“ war vor einem Jahr der Titel des Berichts in „Landtag intern“ über die Passauer Tagung 1990 der DVParl. Beides war auch 1991 noch nicht vom Tisch, jedoch bedeutend gründlicher aufgearbeitet. Zudem bedrängt das „Krebsgeschwür Stasi“ den Sächsischen Landtag. Belastete Mitglieder sollten, so empfahl dessen Präsident, freiwillig ihr Mandat niederlegen, damit sie nicht Ende Oktober öffentlich an den Pranger gestellt werden müßten. Bisher habe sich kein Abgeordneter schuldig bekannt, zur Mitarbeit ja, das sei ein Fortschritt, aber sie beharren darauf, nur noch mehr Unrecht verhindert zu haben. Zur Begegnung mit den überwiegend aus Westdeutschland angereisten Politikwissenschaftlern, Parlamentsmitarbeitern und wenigen Abgeordneten hatten von den 160 Mitgliedern des Sächsischen Landtags nur die sieben Referenten Zeit. Im ehemaligen SED-Hauptquartier, das nach Monaten räumlicher Zwänge durch weitere neue Mieter jetzt ganz den Abgeordneten und der Landtagsverwaltung zur Verfügung steht, fanden die Gäste einen ansprechenden Rahmen auch bei den Mahlzeiten vor. Dem deutlich erkennbaren Aufbau der gesetzgebenden Gewalt in Sachsen macht jedoch die Publikumsferne parlamentarischer Mühen bereits ebenso zu schaffen wie den Landesparlamenten in den alten Bundesländern. Die Bürger wendeten sich enttäuscht schon wieder ab, meinte der Dresdener SPD-Abgeordnete Dr. Bernd Kunzmann. Sie erwarteten Rettung „von oben“, aber von da komme diese nicht.

Ist es nicht ein fragwürdiges Unterfangen, im Seminarraum über Parlamentarismus zu parlieren, während vom „Volk“ zum Teil drastisch gestiegene Mieten (ab Oktober), Gewalt auf den Straßen, das endlose „Abwickeln“ alter Strukturen, Teuerungszwang und westdeutsche Distanz zu ver-

kraften sind? „Wir sind eine unfertige Gesellschaft und ein unfertiges Parlament, und Sie stellen fertige Fragen!“ sagte nicht ohne vorwurfsvollen Unterton der SPD-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag Dr. Karl-Heinz Kunckel aus Radebeul. Und weiter: „Wir sprechen eine Sprache, aber wir verstehen die Botschaft nicht. Wir haben Schwierigkeiten, das Wertesystem des Westens zu begreifen“, fuhr Kunckel fort und erläuterte, der im Westen geschätzte Ausgleich von Interessen durch Politik etwa werde im Osten häufig als „fauler Kompromiß“ angesehen.

In der Tat, zwischen den auf dem DVParl-Podium früherer Jahre üblichen Theoriediskussionen über Fraktionsdisziplin oder das freie Mandat und der Zwischenbilanz eines

## Krebsgeschwür

„Wenn das Problem hier bewältigt ist, wird es in die alten Bundesländer gehen“, sagte Landtagspräsident Erich Iltgen zum Komplex Stasi-Tätigkeit. Er bezeichnete die Stasi als Krake und als Krebsgeschwür, dem Einhalt geboten werden müsse, damit nicht ein neues System der Bespitzelung und Schnüffelei entstehe. Der innere Frieden in Gesamtdeutschland hänge davon ab.

Landtagsjahres von Vertretern der technischen Intelligenz der früheren DDR liegen Welten. Besonders deutlich wurde das am zweiten Tag der Veranstaltung, als es um die neue Landesverfassung ging. Verfassungsfragen, das ist im Westen ein Thema für Juristen, bei dem sogar die Politikwissenschaftler meist den kürzeren ziehen. In den neuen Landtagen quälen sich damit Ingenieure, Mathematiker, Physiker und sogar ein Archäologe herum: Dr. Volker Schimpff (CDU) aus Leipzig, Vorsitzender des Verfassungs- und Rechtsausschusses im Sächsi-



„Viele Vorgänge durchschauen wir nicht“: Landtagspräsident Erich Iltgen (CDU, r.) bei der Parlamentarismus-Tagung in Dresden unter Leitung des Passauer Politikwissenschaftlers und Dresdener TUDekans Heinrich Oberreuter (l.). Foto: Wieland Krug

schen Landtag, wußte dem jedoch auch Positives abzugewinnen. Vielleicht könnten die ostdeutschen Landtage ja dazu beitragen, allzu verfestigte Strukturen in den alten Bundesländern neu zu gestalten.

Das hörte sich ziemlich progressiv an. Aber die Fronten in der Verfassungsdiskussion, bei der ohne Vermittlung von Sachstand Vorkenntnisse des Publikums vorausgesetzt wurden, waren bald klar. Zu viele plebiszitäre Elemente wird es in der sächsischen Landesverfassung bei der Mehrheit der CDU mit 92 von 160 Mandaten nicht geben. Eine „praktikable Volksgesetzgebung“, wie von Kunzmann (SPD) befürwortet, oder eine „Veralltäglicung“ von Politik, an der auch die Hausfrau teilhabe, wie vom Gründungsmitglied des Neuen Forum Dr. Martin Böttger empfohlen, gehört nach Schimpff zu einem anderen Staat. Die derzeitige Mehrheit in Sachsen setzt auf das repräsentative System der Volksvertretung, bei dem die Gewählten stellvertretend die Aufgaben der Kontrolle, Gesetzgebung und Willensbildung erfüllen. Höchstens über stärkere Rechte für die Minderheitsfraktionen, vielleicht auch die Verankerung von Opposition in der Verfassung, wird zu reden sein.

Kein Wunder, daß sich bereits Frust im Oppositionslager ausbreitet. Dr. Böttger, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Grüne, die mit zehn Abgeordneten vertreten sind, bedauerte, durch den Einbruch der D-Mark und das aufgepfropfte wirtschaftliche und politische System seien die Vorkämpfer für „Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung“ enttäuscht; viele zögen sich wieder in die Wohnküchen und die Tarnung des Untergrunds zurück. Die Linke Liste/PDS (17 Mitglieder) war erst gar nicht eingeladen. Die Vergangenheit belaste alle noch zu stark, wurde dies begründet.

In der SPD, mit 32 Mandaten stärkste Oppositionsfraktion, setzt man auf Zusammenarbeit mit der Exekutive. „Erst kommen der Aufbau, dann die Partei!“ sagte ihr Vorsitzender Kunckel; die Herausforderung heiße nicht Biedenkopf, sondern Sachsen; dafür kämpfe die SPD an der Seite der Regierung. Anlaß zur Kritik gaben die Erfahrungen seinem Fraktionskollegen Kunzmann: Vorherrschaft der Ministerien, westliche Dominanz, Parteienstaat, Machtkämpfe statt Sachauseinandersetzungen, Ohnmacht des einzel-

## Sächsischer Landtag: Technische Intelligenz

Als „wertvolles Kapital, um das uns die alten Bundesländer beneiden könnten“, bezeichnete der Präsident des Sächsischen Landtags Erich Iltgen (CDU) den hohen Anteil naturwissenschaftlichen und handwerklich-technischen Sachverstands im vor einem Jahr gewählten Landesparlament. Das im Mai 1991 erschienene Handbuch weist aus: Nur 16 der 160 Mitglieder haben kein Studium absolviert. Mit 90 Prozent dürfte dies der höchste Akademikeranteil eines deutschen Parlaments sein. Von den 144 Studierten sind 55 Ingenieure, 15 Ärztinnen und Ärzte und nur fünf Juristen. Lehrer zählen zu den Ausnahmen. Weitere Berufe: Mathematiker, Physiker, Dramaturg, Architekt, Museumsdirektor, Journalist, Schriftsteller, Musikpädagoge. Nur-Hausfrauen und Arbeiter gibt es im neuen Landtag nicht. Ein gelernter Bauarbeiter war zuletzt FDJ-Sekretär. Der Sächsische Landtag soll bei der nächsten Wahl um ein Viertel verkleinert werden. An der Einwohnerzahl des Landes gemessen, hat er doppelt so viele Mitglieder wie der Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Jüngster Abgeordneter ist ein neunzehnjähriger Kreuzschüler, der in diesem Sommer eine Banklehre begonnen hat. Ein 24 Jahre junger Unternehmer aus Bayern trat 1989 aus der CSU aus und kandidierte erfolgreich für die F.D.P. in Sachsen. Die meisten Abgeordneten sind zwischen 30 und 60 Jahre alt, verheiratet und Väter oder Mütter (15 Prozent) mehrerer Kinder. Die katholische Konfession, der auch der Landtagspräsident angehört, ist die Ausnahme, 80 Prozent bekennen sich zum evangelischen Glauben. Etwa zwei Drittel der Abgeordneten üben weiter ihren bürgerlichen Beruf neben dem Mandat aus. Oft werden sie einfach dringend gebraucht. Außer 14 Fachausschüssen gibt es einen Sonderausschuß zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch infolge der SED-Herrschaft und einen Untersuchungsausschuß.

nen Abgeordneten, die vierte „Gewalt“ der Medien.

Vom Chef der Staatskanzlei, dem 36 Jahre jungen ehemaligen Wortführer am Runden Tisch des Bezirks Dresden Arnold Vaatz (CDU) hatten sich die Politikforscher Aufschluß über das Innenleben der Regierungspartei (Konkurrenz und Kooperation zwischen Mehrheitsfraktion und Staatsregierung) erhofft. Aber Vaatz befaßte sich noch einmal mit der „in einigen Punkten zu schwachen Revolution“, dem verbissenen Kampf der neuen Demokraten gegen alte Funktionäre in den Bezirken um das Sagen, und mit der Seelenlage im Osten. Auf allen Ebenen des Freistaats hätten Laien „mit tausend Seiten Recht ohne Vorkenntnisse“, mit einer gnadenlosen Presse und mit ungeheurem Erkenntnisdruck zu tun. Bei Politikern und bei Bürgern mache sich zunehmend ein Minderwertigkeitsgefühl breit. Es gebe Verletzungen ohne Adressaten, das führe psychologisch in eine Sackgasse.

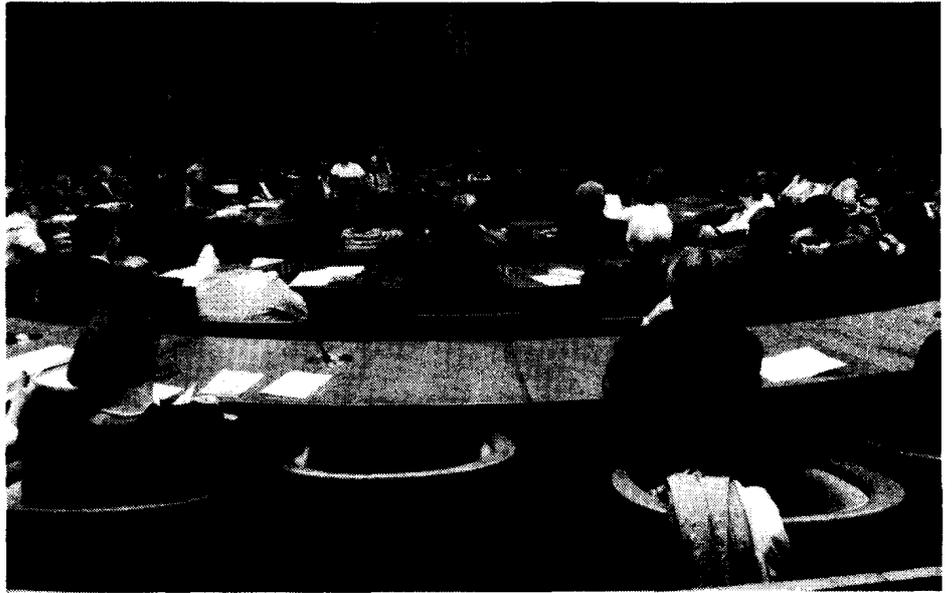
Als Ausweg wurde aber auch ein neues Selbstbewußtsein auf der Grundlage von bereits Erreichtem erkannt: 32 Plenarsitzungen in einem Jahr, weniger Geschäftsordnung, straffere Verhandlungen, Grundkonsens quer durch alle Fraktionen, was nicht mehr sein dürfe (Landtagspräsident Iltgen). Die SPD-Opposition verzeichnete Stolz auf zwei eigene Gesetzentwürfe (Schul- und Polizeigesetz), die sie zwar nicht durchgebracht habe, die aber eine positive öffentliche Wirkung erzielt hätten. Dr. Reinhard Höppner (SPD), Vorsitzender des Verfassungsausschusses in Sachsen-Anhalt, berichtete von der gemeinsam von allen Fraktionen getragenen Verfassung, bei der erst im Ausschuß richtig „getextet“ worden sei.

„Sie würden uns allen einen Gefallen tun!“ appellierte Höppner an die Westpolitiker, mehr Zusammenhänge zu erklären und nicht nur Standpunkte zu verkünden. „Viele Vorgänge durchschauen wir nicht“, bekannte Präsident Iltgen und nannte die Anerkennung der Berufsjahre im öffentlichen Dienst als Beispiel. Kunckel bemerkte in den Altbundesländern „Sandkastenspiele um marginale Unterschiede in politischen Positionen“. Anders allerdings Kunzmann, der meinte, „schnelle Erklärungen im Westen“ trügen wenig zum Verständnis der Ostdeutschen bei, die aus ihrer Vergangenheit noch nicht herausgetreten seien.

Was bleibt? „Gestatten Sie uns als Osis, daß wir das Nachdenken über die Runden Tische einbringen“, schlug bescheiden Erich Iltgen (CDU), Moderator am Runden Tisch des Bezirks Dresden bis Mitte 1990, vor. Sie seien geeignet, Strukturen neu zu beleuchten und das Zuhören zu lernen. Ohne sie drohe ein Verlust an Demokratie.

Das Zuhören zeichnete wie schon vor einem Jahr in Passau auch die Dresdener Tagung der DVParl aus. Mit Ratschlägen und Belehrungen hielt man sich zurück. Vorstandsmitglied Professor Uwe Thaysen erkannte im Schlußwort: Im Parlament der Naturwissenschaftler werde mit sehr feinen Sonden beobachtet und bis dahin vorgestoßen, wo es wichtig sei. Was noch bleibt: Schwerarbeit für Parlamentarismus-Erklärer, in den alten Bundesländern politische Bildung genannt. Außerdem bleiben: DVParl-Moderator Professor Heinrich Oberreuter aus Passau als Gründungsdekan der Philosophischen Fakultät der TU Dresden, sein Assistent Sewaldt sowie zahlreiche DVParl-Mitglieder als Helfer und Freunde.

Maria Mester-Grüner



Im Fraktionssaal der SPD fand das diesjährige Treffen der Familienverbände des Landes statt. Foto: Schüler

## Tagung der Familienverbände zum Thema „Wohnraum“

### Für Kinder Platz in der Küche

*Die Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Nordrhein-Westfalen hat am 10. Oktober im Landtag ihre Jahresveranstaltung 1991 durchgeführt. Von der Landesarbeitsgemeinschaft, der der Deutsche Familienverband, der deutsche familien-dienst NW, die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, der Familienbund der deutschen Katholiken sowie der Verband alleinstehender Mütter und Väter angehören, war die Ministerin für Bauen und Wohnen des Landes Nordrhein-Westfalen, Ilse Brusis, zu einem Vortrag gewonnen worden.*

Vor rund 140 Teilnehmern forderte die Ministerin für Kinder mehr Platz zum Spielen in den Wohnungen von heute. Die klassischen Wohnungsgrundrisse mit repräsentativem Wohnzimmer, winziger Küche und Mini-Kinderzimmer seien längst nicht mehr familien- und kinderfreundlich.

Zum Thema der Tagung „Kein Wohnraum für Familien?“ nahm ferner die Referentin bei der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park, Christa Klimek, Stellung. Sie ging auf die Bauausstellung ein und ob sich mit ihr Möglichkeiten und neue Ideen für den Wohnungsbau ableiten ließen. Frau Klimek stellte auch ein Projekt in Bergkamen vor,

das nur von Architektinnen entwickelt wurde. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, ob Wohnungsbau anders aussehe, wenn nur Frauen ihn planten.

Für die Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände sprach die derzeitige Vorsitzende, Carola Schewe, vom Verband alleinstehender Mütter und Väter, die hauptberuflich Frauenreferentin bei der Fraktion DIE GRÜNEN im Landtag ist. Frau Schewe kritisierte die üblichen Wohnungsgrundrisse mit ihren abgelegenen Küchen. Für Einelternfamilien wirke sich die heute übliche, zwischen fünf und acht Quadratmetern große Küche besonders nachteilig aus. Aber auch Paarfamilien dürften mit diesen Küchen eigentlich nicht zufrieden sein. Sie machten jede partnerschaftliche Teilung der Hausarbeit unmöglich. Die Sprecherin beklagte ferner, daß Architektinnen, die Modellbauten realisieren wollten und nur geringfügig von der Tradition abwichen, von den Behörden Steine in den Weg gelegt würden.

„Sie können Kinder- und Elternfreundlichkeit von Wohnungen und Wohnumfeld zu einem unumgeharen Förderungskriterium machen“, sagte die Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft. Die Ministerin könne solche Ideen in die Gemeinden und Wohnungsbaugesellschaften hineinragen.

### Möhrmann: Dilemma der Restaurierungsausbildung

„Gewiß ist: Das Bewußtsein für die Sicherung unseres kulturellen Erbes, für die Notwendigkeit umfassender Restaurierungstätigkeit, ist in den letzten Jahren erheblich gewachsen.“ So sei eine erweiterte Restaurierungsausbildung, wie sie der Kulturausschuß in seiner Sitzung am 11. September diskutiert habe, grundsätzlich zu begrüßen. Das erklärte die CDU-Abgeordnete Professor Dr. Renate Möhrmann ergänzend. Was der Arbeitskreis Kultur der CDU-Fraktion nachdrücklich kritisiere, sei nicht nur, daß

die neuen Ausbildungsstätten für Restaurierungstechnik kein klares Berufsbild vermittelten, die Abbruchquote in diesen Ausbildungsgängen erschreckend hoch und die Ausstattung unzulänglich sei, sondern daß zwischen der Landesregierung und den Landschaftsverbänden offenbar keinerlei konzeptionelle Absprachen stattgefunden hätten. Auf die Frage der CDU während dieser Kulturausschußsitzung sei zugegeben worden, daß das letzte Gespräch zwischen Kultusministerium und Landschaftsverbänden vor zwei Jahren stattgefunden habe. Gegen eine solche Mißachtung der Interessen von Auszubildenden und Schlamperei im Umgang mit Geld werde in der CDU entschieden Einspruch erhoben.

## SPD-Fraktion

### CDU erschöpft sich in Grundgesetz-Diskussion

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, hat die CDU aufgefordert, in der Asyldebatte endlich mit der Gespensterdiskussion über eine Änderung des Grundgesetzes aufzuhören. Kein einziger Flüchtling studiere erst das Grundgesetz, bevor er in der Bundesrepublik um Asyl nachfrage. Das Problem bestehe darin, daß zu viele Menschen zu uns kommen, die keinen Anspruch auf Asyl haben und daß sie zu lange bei uns bleiben können, weil ihre Verfahren sich über Jahre hin-

ziehen. Entlastung bringe nur eine erhebliche Straffung und Beschleunigung des Asylverfahrens im Rahmen des geltenden Verfassungsrechts, stellte Farthmann fest. Dazu gehöre, daß die gerichtliche Nachprüfung auf eine Instanz beschränkt werde. Bund und Länder müßten für eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber sorgen.

Farthmann warf der Bundesregierung vor, sich in der ständigen Diskussion über den Artikel 16 des Grundgesetzes zu erschöpfen. Sie bringe es nicht fertig, konkret zu handeln. Hintergrund dafür seien die Meinungsverschiedenheiten zwischen Union und F.D.P., die bis heute nicht ausgeräumt seien. Farthmann: „Es ist unverantwortlich, Entscheidungen weiter zu verzögern. Für den Bürger entsteht so der Eindruck, die Politik sei handlungsunfähig. Das stärkt die rechtsradikale Szene.“

Die SPD-Landtagsfraktion hat nach den Worten ihres innenpolitischen Sprechers Stefan Frechen die Neuorganisation der Kreispolizeibehörden begrüßt. Das Ministerium hatte den Innenausschuß des Landtages die Änderungsvorschläge vorgestellt. Frechen sieht darin die Chance, organisationsbedingte Schwachstellen im Polizeidienst zu beseitigen. Wichtig sei vor allem die Beseitigung von Mehrfachzuständigkeiten der streng spartenorientierten Organisation bei Querschnitts- und Logistikaufgaben. Sie hätten die Effektivität der polizeilichen Arbeit in der Vergangenheit in weiten Bereichen beträchtlich gemindert.

Auf Anregung der Sozialdemokraten soll der Innenminister dem Ausschuß erneut berichten, wenn erste Erfahrungen mit der Neuorganisation der Kreispolizeibehörden vorliegen.

## CDU-Fraktion

### Rau soll Bonner Asylbeschlüsse unverzüglich umsetzen

Eine unverzügliche und konsequente Umsetzung der Bonner Asylbeschlüsse hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Linssen, von Ministerpräsident Rau gefordert. „Die in Bonn getroffenen Vereinbarungen sind aufgrund der Blockadepolitik der SPD bei der Änderung des Artikels 16 Grundgesetz sowieso nur der kleinste Nenner und haben ohne die notwendige Grund-

gesetzänderung nur sehr geringe Erfolgsaussichten. Wenn sie jedoch jetzt auch noch von SPD-Ländern wie Niedersachsen blockiert werden, geraten sie vollends zu Makulatur. Auch die Regierung Rau hat bis zur Stunde noch keine Ankündigungen gemacht, wie sie konkret handeln will“, so Linssen.

Statt dessen stelle Raus engster Vertrauter, Minister Clement, die Bonner Beschlüsse in Frage. „Ich fordere den Ministerpräsidenten auf, unverzüglich eine Liste mit Standorten für die in NRW einzurichtenden Sammelunterkünfte mit Festlegung der Belegungszahl vorzulegen“, so Linssen. Gleichzeitig müsse die Landesregierung sofort die organisatori-

schen und personellen Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Verwaltungs- und Gerichtsverfahren auf den vereinbarten Zeitraum von sechs Wochen begrenzt werden könnten.

„Wenn wenigstens in Nordrhein-Westfalen das Wort des SPD-Parteivorsitzenden Engholm Gültigkeit haben soll, ist es Zeit, daß die SPD die von der CDU neben einer Änderung des Artikels 16 GG seit Jahren geforderten Maßnahmen endlich umsetzt.“ Linssen machte jedoch erneut deutlich, daß alle diese Maßnahmen ohne eine Änderung des Grundgesetzes nur das Kurieren an den Symptomen, aber nicht die Lösung des eigentlichen Problems sein könnten.

## F.D.P.-Fraktion

### Zu früh gefreut

Nachdem der Verfassungsgerichtshof in Münster die Klage der Grünen gegen Umweltminister Matthiesen zurückgewiesen und festgestellt hat, daß dessen Anzeigenkampagne zur Abfallvermeidung vor der Landtagswahl keine unzulässige Wahlwerbung gewesen ist, triumphierte das Umweltministerium. Mit dieser Entscheidung des Gerichtshofes sei der Versuch der Grünen,

der CDU und der F.D.P. endgültig gescheitert, die sachgerechte Aufklärung der Landesregierung über Abfallvermeidung und -verwertung zu verhindern. Das sollte sitzen. Im Übereifer hat allerdings das Ministerium wohl übersehen, daß am gleichen Tage der Verfassungsgerichtshof die Organklage der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion in gleicher Sache mündlich verhandelt hat. In der über drei Stunden dauernden mündlichen Verhandlung ist klar geworden, daß das Budgetrecht des Landtags grob mißachtet worden ist. Matthiesen hatte seine rund fünf Millionen Mark teure Anzeigenkampagne vom Finanzminister als außerplanmäßige Ausgabe genehmigen lassen, ohne die

Zustimmung des Landtags dazu einzufordern. Im Etat waren Matthiesen nur rund 1,2 Millionen Mark für die Öffentlichkeitsarbeit bewilligt worden. Aber einen agilen Minister ficht so etwas nicht an. Es standen ja auch (natürlich nur rein zufällig) Landtagswahlen vor der Tür. Ein Schuft, der Böses dabei denkt.

Nun wird der Verfassungsgerichtshof am 28. Januar 1992 sein Urteil über die Organklage von CDU und F.D.P. verkünden. Man darf gespannt sein, wie das Umweltministerium auf diesen Richterspruch reagieren wird.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Besuch aus Kurdistan

Auf Einladung des grünen Landtagsabgeordneten Siegfried Martsch besuchten Anfang Oktober drei Vertreter der Kurdistan Front und der Kurdisch Demokratischen Partei (KDP) die Landtage in Düsseldorf und Potsdam. Der grüne Abgeordnete und gelernte Brummi-Fahrer hatte mehrfach Lastwagen mit Hilfsgütern nach Kurdistan gesteuert. Teilnehmer der kurdischen Delegation waren M. Desaji, persönlicher Botschafter von Massoud Barsani, Dr. Kamal, Mitglied der Führung der KDP, und A. Al-Delawe, Vertreter der Studenten Kurdistans

in Europa. Bei den Gesprächen mit Vertretern der Landesregierungen wurden Hilfsmöglichkeiten für Projekte im Norden des Iraks diskutiert, die von Nordrhein-Westfalen und Brandenburg unterstützt werden. Die Brandenburger Gesundheitsministerin Hildebrandt sicherte der Delegation zu, weiterhin Ärzte und medizinische Hilfsgüter nach Kurdistan zu entsenden. In NRW besichtigten die kurdischen Politiker die Rheinische Landeslinik in Viersen. Besonders interessant war die dortige Prothesenwerkstatt, da wegen der vielen Minenopfer auch im irakischen Kurdistan eine entsprechende Werkstatt eingerichtet werden soll.

NRW-Innenminister Schnoor versprach ebenfalls weitere humanitäre Hilfe, insbesondere im Hinblick auf den bevorstehenden Winter. Wenn im Dezember die Mandatszeit der UNO über die Schutzzone im Süden des

Irak ausläuft, so machten die kurdischen Vertreter deutlich, ist die politische und humanitäre Hilfe aus dem Ausland notwendiger denn je.

★

„Gravierende Versäumnisse bei der Instandhaltung von Personalwohnheimen der Universitätskliniken“ hat Daniel Kreuzt, sozialpolitischer Sprecher der Grünen, der Landesregierung vorgeworfen. In den Wohnheimen in Düsseldorf, Bonn und Köln beständen „akute Unfall- und Gesundheitsgefahren“. Die Wohnheime befänden sich an der „Schwelle der Unbewohnbarkeit“. Daniel Kreuzt: „Bei solchen Wohnsituationen ist es kein Wunder, daß die Pflegeberufe immer unattraktiver werden. Wer sie attraktiver machen will, darf sich solche Schlampereien bei der Instandhaltung der Wohnheime nicht erlauben.“

## Schwarzer Himmel über Bonn stoppte FC Landtag

Orkanartige Gewitterböen beendeten den brasilianischen Fußballzauber des FCL. Auf dem schmalen Platz im Schatten des Langen Eugen glänzte der FCL mit begeistern-dem Kurzpaßspiel. Doppelpässe und Dribblings, garniert mit Absatzzicks und Jonglier-einlagen, ließen die Bundestags-Mannschaft nicht zur Ruhe kommen. Der Landtag NRW präsentierte Fußball-Kultur auf höchstem Niveau. Die zahlreichen zuschauenden Wählerinnen und Wähler in den Bonner Rheinauen hatten ihre helle Freude.

Im Tor des FCL beeindruckte Hans-Joachim Kuhl, wie einst der Kölner National-Keeper Fritze Ewert, durch seine Sachlichkeit. Der hünenhafte Abwehrrecke Uwe Herder dirigierte lautstark seine Truppe. Sein überraschendes Ausscheiden hinterließ eine Lücke, in die die Bundestagself schmerzhaft hineinstieß.

Die andere, die rechte Abwehrseite beherrschte Konditionswunder Hans Kraft. Im Mittelfeld schwang das Duo Hans-Helmich van Schewick und Rainer Maedge das Zepter. Der eine unauffällig, aber effektiv im Dienst der Mannschaft; der andere mit der Spielfreude und der Dynamik eines Billy Bremner gesegnet.

Im Sturm schließlich wirbelte Werner Mayer, der Burgenländer im Dreß des FCL, wie weiland der österreichische Wunderstürmer Sindelar. Sein elegante Spiel unterstützte Yvonne Kempen durch ihre rasanten Flügel-läufe. Beim FCL stimmte alles. Schiedsrichter Walter Eschweiler mußte das Spiel beim Stande von 1:0 für den Bundestag noch vor der Pause abbrechen. Die FIFA hat die Begegnung für 1992 neu angesetzt.

## Ganztagsschulen in privater Trägerschaft

Von den 386 privaten Ersatzschulen im Lande Nordrhein-Westfalen werden 57 Schulen als Ganztagsschulen geführt. Das teilte das Kultusministerium auf eine Kleine Anfrage des F.D.P.-Abgeordneten Andreas Reichel mit. Reichel hatte unter anderem wissen wollen, wie viele Ganztagsschulen privater Trägerschaft es in NRW gebe (Drs. 11/1266 und 1065).

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebel  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 1143.

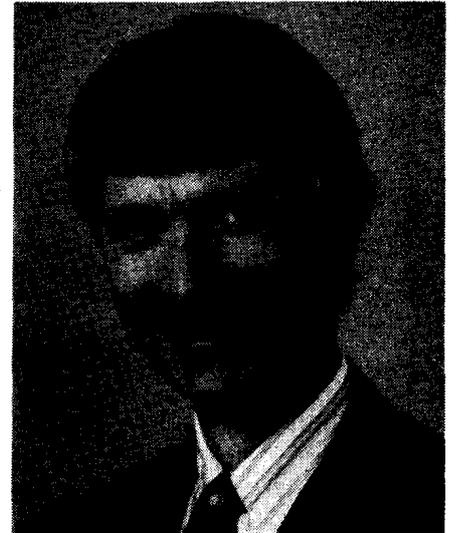
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8842303, 8842304 und 8842545, btx: # 56801\*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraeds, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzeliski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

## Porträt der Woche



Ernst Walsken (SPD)

Wer das bisherige politische Wirken des Solinger Diplom-Verwaltungswirtes Ernst Walsken bilanziert, wird dem oft geäußerten öffentlichen Vorurteil, die Sozialdemokraten könnten „nicht mit Geld umgehen“, widersprechen. Für den SPD-Landtagsabgeordneten war das Gebot zur strikten „Ausgabendisziplin“ schon in der Vergangenheit keine Worthülse. Als neuer Landesgeschäftsführer der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten — zusammen mit seinem Fraktionskollegen Bernhard Kasperek — dürfte er in diesem Bereich vor eine neue schwere Herausforderung gestellt werden. 1947 in Solingen geboren, besuchte Ernst Walsken nach der mittleren Reife die Höhere Handelsschule. Anschließend bei der Landesverwaltung tätig, wechselte er später zur SPD-Bundestagsfraktion und war dort einer der ersten Assistenten. Bereits mit 18 Jahren SPD-Mitglied, nahm er 1970 das Angebot des SPD-Bezirksverbandes Niederrhein an, dessen hauptamtlicher Geschäftsführer zu werden.

Neben anderen ehrenamtlichen Funktionen in der Partei, war der Solinger auch zehn Jahre lang bis 1985 im Rat seiner Heimatstadt tätig. Die Wirtschaftsförderung war dabei der Schwerpunkt seines kommunalpolitischen Wirkens. Die SPD-Ratsfraktion wählte ihn zudem nach fünf Jahren zu ihrem Vorsitzenden. Mit den von ihm initiierten Forderungen an die Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), „endlich etwas zu tun“ für den Umweltschutz und auch aus der Kernenergie auszustiegen, machte die Stadt Solingen bundesweit Schlagzeilen.

Mit knapp vierzig Jahren, wo es nach seinen Worten „sinnvoll ist, sich einer anderen Aufgabe zuzuwenden“, bewarb sich Ernst Walsken 1985 für ein Landtagsmandat. Mit absoluter Mehrheit holte er übrigens auch fünf Jahre später den Wahlkreis 38, Solingen I, für die Sozialdemokraten. Gleich nach seinem ersten Einzug in das Düsseldorf-Landesparlament wurde der Solinger von seiner Fraktion in den gewichtigen Haushalts- und Finanzausschuß berufen, in den „sehr exklusiven Kreis“, wie er heute meint. Und nach Ernennung des damaligen SPD-Finanzexperten Heinz Schleußer zum Finanzminister im Mai 1988, übernahm er in seiner Fraktion Verantwortung für die Personalets der Landesministerien. Die Spannungen zwischen den öffentlich Beschäftigten sowie deren Interessenverbänden und dem relativ engen finanziellen Handlungsspielraum des Landes waren vorprogrammiert.

Unter dem Druck der gespannten Finanzlage drängt der Sozialdemokrat auf eine kritische Prüfung aller Landesaufgaben und erwartet von der im Finanzministerium eingesetzten Kommission „hilfreiche Erkenntnisse“. Man müsse sich von allen Aufgaben trennen, die nicht „originäre Landesaufgaben“ seien, fordert Ernst Walsken. So sieht er nicht ein, daß beispielsweise die Polizei sich mit der Aufnahme von Verkehrsunfällen mit Sachschaden beschäftigt. Das sollten die Versicherungen übernehmen. Auch sollten die Sportvereine eigenständig die Verantwortung für die Ordnung in den Stadien tra-

gen, und die Fluggastkontrolle sollte dem Staat nicht länger aufgebürdet werden. „Wenn wir nicht genügend Personal haben und zusätzliche Stellen nicht finanzieren können, sollten wir nicht so tun, als könnten wir uns alles leisten“, betont der SPD-Parlamentarier folgerichtig.

Auch als Mitglied eines weiteren Parlamentsgremiums, des Kulturausschusses, sieht er sich in seiner Verantwortung für den sparsamen Umgang mit Landesmitteln verpflichtet. Während viele seiner Kollegen vor allem Forderungen stellen, verlangt der Solinger, erst einmal stärker zu definieren, „was Landes- und was Kommunalaufgaben im Kulturbereich sind“. Bei knapper Landeskasse könne man es sich nicht länger leisten, daß der Kulturret als „verlängerter Finanzierungsarm“ der Städte und Gemeinden angesehen wird. So plädiert er dafür, die Förderung der Bibliotheken und Musikschulen zwar generell nicht einzuschränken, sie aber stärker auf die „Landesinteressen“ hin zu untersuchen. Nach seiner Auffassung sei es effektiver, wenn beispielsweise das Land alle paar Jahre eine neue Bücherei finanziert, nicht aber laufend geringe Unterhaltungskosten zahlt. „Das macht für die einzelnen Bibliotheken nicht viel aus, landesweit sind es aber mehrere Millionen Mark.“

Nicht zuletzt dieser verantwortungsbewußte wie kritische Umgang mit Geld dürfte SPD-Landeschef, Ministerpräsident Johannes Rau, bewogen haben, den Solinger Parteifreund als Landesgeschäftsführer zu berufen. Seine Marschroute verriet er bereits: „Sparen und trotzdem Politik vermitteln.“

Der Sozialdemokrat, verheiratet, hat über seinen Vater, der Maler ist, Zugang zu den bildenden Künsten erhalten. Eine inzwischen stattliche Sammlung von Bildern insbesondere junger Künstler bekundet seine Liebe zur Malerei. Auch greift er gern zu einem Buch, am liebsten zu historischen Werken oder modernen Romanen. Doch die Politik läßt nicht viel Zeit für entspannende Lektüre. „Das merke ich am schmerzlichsten“, gesteht Ernst Walsken bedauernd.

Jochen Juretko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 28. Oktober bis 12. November 1991

28. 10. **Hermann Jansen** (SPD), 60 J.  
 6. 11. **Brigitte Speth** (SPD), 47 J.  
 8. 11. **Ruth Hieronymi** (CDU), 44 J.  
 11. 11. **Ludgerus Hovest** (SPD), 41 J.  
 12. 11. **Hermann-Josef Schmitz** (CDU),  
 55 J.

★

**Reinhard Grätz** (SPD), Vorsitzender des Rundfunkrats des Westdeutschen Rundfunks (WDR), will sich erneut für die Wahl als Vorsitzender dieses Gremiums stellen. Der Rundfunkrat will die Wahl vom 1. Oktober, gegen die vor allem die Opposition im Landtag rechtliche Bedenken erhoben hatte, am 19. November wiederholen. Vor dem Hauptausschuß teilte Grätz am 17. Oktober mit, die fünf Vorsitzenden des Rundfunkrats, sein Stellvertreter und drei Ausschußvorsitzende, wollten sich noch einmal zur Wahl stellen. Noch am gleichen Tag beschloß der Rundfunkrat in Köln, so zu verfahren. Das Gremium geht davon aus, daß bis zum 19. November die 4. Änderung zum Rundfunkgesetz in Kraft ist. Der Weg zu einer Neuwahl wollen die Vorsitzenden durch Rücktritt freimachen. Vor dem Hauptausschuß, dessen Vorsitzender er ist, kritisierte Grätz den Verfahrensgang bis zur ersten Wahl. Er sagte, er müsse davon ausgehen, daß Auskünfte der Rechtsaufsicht verbindlich seien für den Rundfunkrat.

★

**Wolfgang Jäger** (CDU), Landtagsabgeordneter, ist erneut zum Vorsitzenden des nordrhein-westfälischen Landesverbandes im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands gewählt worden. Die Wiederwahl des Parlamentariers aus Gelsenkirchen, der den CGB im Land seit zwölf Jahren führt, erfolgte einstimmig.

★

**Wolfram Dorn**, F.D.P.-Landtagsabgeordneter, stellte als Autor auf der Frankfurter Buchmesse sein 20. Buch der Öffentlichkeit vor. „Wenn die Bäume Blätter weinen“ ist der Titel seines neuen Lyrikbandes, der im Karin Fischer Verlag in Aachen erschienen ist. Wolfram Dorn ist Vorsitzender der Gesellschaft für Literatur in Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Bundesvorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller. Er veröffentlichte bisher mehrere Lyrikbände, Biographien, Sachbücher und Prosatexte.

### Hauptausschuß in Prag

Fortsetzung von Seite 19

blik sei wichtig als Stabilisierung und zugleich Beruhigung. Die Wirtschaft leide darunter, daß auch sie sich völlig umstelle und nicht mehr nur auf Anforderung der UdSSR produziere, sondern sich auf dem freien Markt behaupten müsse.

Auch der deutsch-tschechoslowakische Vertrag wurde diskutiert. Man sieht in Prag die Gefahr, daß bestimmte Formulierungen negative psychologische Wirkungen haben könnten und daß auch hier die kommunistische Linke den Vertrag bei enttäuschten Tschechen mißbraucht. „Wir sind enttäuscht, wir hatten mehr erwartet“, so der Ausspruch eines Abgeordneten, „aber wir hoffen, daß insbesondere die Beziehungen zu Nordrhein-Westfalen fruchtbar weiterge-



### Münster: Fahrradfreundliche Arbeitgeber

Zur Entlastung der Innenstadt vom Kraftfahrzeugverkehr fördert die Stadt Münster besonders das Radfahren und die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. In einem Wettbewerb „Fahrradfreundlichster Arbeitgeber“ gehört das Nordrhein-Westfälische Staatsarchiv Münster unter 67 Teilnehmern zu den drei gleichrangigen Preisträgern. Gewertet wurden die Anzahl der überdachten Fahrradstände im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl, radfahrerfreundliche Maßnahmen im Umfeld der Dienstgebäude, Radlerduschen, Umkleidemöglichkeiten, aber auch Busverbindungen und Fußwege vom Hauptbahnhof im Briefkopf der Behörde sowie angepaßte Dienstzeiten. Die Preisträger — neben dem Staatsarchiv der Landschaftsverband Westfalen-Lippe und der Landwirtschaftliche Versicherungsverein — wurden mit einem verkehrssicheren Dienstfahrrad ausgezeichnet. Das Bild zeigt von links Oberbürgermeister Dr. Jörg Twenhöven (CDU), Mitglied des Landtags, bei der Übergabe der Fahrräder an Verwaltungsleiter Alfred Wagner vom Staatsarchiv Münster, Landesrat Rainer John vom Landschaftsverband und Direktor Erhard Plum vom Landwirtschaftlichen Versicherungsverein.

führt werden und es uns gelingt, den Bürgern in der CSFR die Vielfalt der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln.“ Die Probleme im Zusammenhang mit der Braunkohle seien ähnlich gelagert wie in Nordrhein-Westfalen, weshalb man auf den sachverständigen Rat von NRW-Fachleuten angewiesen sei. In Nordböhmen seien schlimme Umweltschäden zu beklagen mit entsprechenden sozialpathologischen Folgen. Der Gesundheitszustand sei beunruhigend, und Nordrhein-Westfalen, welches dieses Problem bereits gelöst habe, könne zum wichtigsten Partner für die CSFR werden.

Ein Besuch machte die Delegation auch in den Filmstudios Barandov, die ebenfalls dabei sind, eine neue moderne Gesellschaftsreform zu finden, nach wie vor aber den ersten Platz in der osteuropäischen Filmproduktion einnehme, so die stellvertretende Direktorin. Entscheidend sei die ökonomische Frage, da seit Beginn des Reformpro-

zesses auch die Förderungen und Subventionierungen ausblieben.

In Prag wurde auch ein Gespräch mit dem stellvertretenden Nationalratspräsidenten Jiri Vlach geführt, der kurz die Arbeit des Parlaments vorstellte. Als wichtige Maßnahme des Reformprozesses steht nach seiner Meinung die ökonomische Reform im Vordergrund; während vorher alles staatlich geregelt war, sei jetzt eine umgehende Privatisierung in allen Bereichen notwendig. Bisher sei durch das „Kleine Privatisierungsgesetz“ festgelegt, daß bezirksweise durch die Kommunen Betriebe in Privathand überführt werden. Er rechnet damit, daß im Oktober die Privatisierung der großen staatlichen Betriebe beginnen kann. Die Betriebe sind aufgefordert, entsprechende Konzepte zur Genehmigung vorzulegen. Er erläuterte auch die Probleme der Regierung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Finanzplans und die Umweltprobleme in sehr vielen Bereichen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)